

Herr Abg. Loidl, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Loidl: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich will mich hier nicht als Prophet aufspielen, aber ich glaube sicher sagen zu dürfen, daß wir uns hier im Lande einigen, wofür das Geld verwendet wird, welches von den einzelnen Bürgern als Steuerzahler in sehr vielfältiger Form aufgebracht wird. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß wir als Sozialisten gegen das große Unrecht, welches die ÖVP durch ihre Steuer- und Belastungspolitik an breiten Schichten der Bevölkerung zum Vorteil kleiner Gruppen praktiziert, auf das schärfste ablehnen und verurteilen. (Zwischenruf von der ÖVP: „Wieso Unrecht?“)

Aber darüber will ich nicht sprechen, obwohl ich das gerne täte. (Landeshauptmann Krainer: „Das tust Du in Versammlungen!“)

Darauf werden Ihnen die Betroffenen zum gegebenen Zeitpunkt eine bessere Antwort erteilen, als ich das zu tun in der Lage bin, vor allem eine wirkungsvollere. (Landesrat Peltzmann: „Das hat man uns 1963 auch schon vorausgesagt!“)

Ich möchte mich mit der Frage beschäftigen, wie die öffentliche Hand das Geld, dessen Höhe und Verwendungszweck im einzelnen in den Voranschlägen festgelegt ist, ausgibt. Und wenn ich hier von der öffentlichen Hand spreche, dann spreche ich nicht nur vom Land, sondern auch vom Bund und von den Gemeinden (Abg. Ritzinger: „Auch von der Stadt Graz!“), ganz gleichgültig, welche Farbe diese öffentlichen Körperschaften haben. Und ich meine damit auch das, ausgedehnt auf die Genossenschaften, auch wieder ganz gleichgültig, von wem sie geführt sind. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Konsum auch?“)

Alle, die bauen, alle ohne Ausnahme. Die Wichtigkeit und Bedeutung dieser Frage leite ich von der Tatsache ab, daß die Voranschläge solche Dimensionen angenommen haben, daß die Existenz ganzer Wirtschaftszweige davon abhängig ist.

Meine Damen und Herren! Das bedeutet gigantische wirtschaftliche Macht, ausgeübt von den Repräsentanten der öffentlichen Hand. Und wer Macht ausübt, der trägt auch die Verantwortung. Mit der Beantwortung der Fragen, die hier so vielfältig gestellt werden und wurden, ob und wann Straßen, Brücken, Kraftwerke, Kanäle, Krankenhäuser, Wohnungen usw. gebaut werden — Fragen, die von unzähligen daran interessierten Menschen immer wieder aufgeworfen werden — ist auch gleichzeitig die Entscheidung getroffen, ob für hunderttausende Menschen ihre wirtschaftliche Existenz weiterhin gesichert ist oder nicht.

Meine Damen und Herren! Ein Wirtschaftszweig, der rund 11 Prozent zum Bruttonationalprodukt beiträgt, in dem mit den Familienangehörigen rund 16 Prozent aller Beschäftigten Österreichs vereint sind und dem wegen seiner Schlüsselposition so große gesamtwirtschaftliche Bedeutung zukommt, befindet sich in großen Schwierigkeiten. Ich nehme es auf mich, wenn

ich das behaupte, hier als Miesmacher bezeichnet zu werden oder subversive Tätigkeit auszuüben. Ich wäre sehr glücklich, wenn der Herr Landeshauptmann so wie gestern da unten sitzen und rufen würde „Die Konjunktur ist schon da!“ oder wenn er mir zumindest sagen könnte, daß sie in der Bauwirtschaft in absehbarer Zeit kommen wird.

Meine Damen und Herren! Ende Juli waren um 4,5 Prozent weniger Bauarbeiter beschäftigt als im Vorjahr und um 6,5 Prozent weniger als 1966.

Die Investitionen in der Bauwirtschaft waren 1966 um 6 Prozent zurückgegangen, 1967 um 26 Prozent und für dieses Jahr wird ein Rückgang um abermals 27 Prozent angenommen. Das sind Zahlen, die nicht von mir stammen, sondern die ich von den Unternehmerorganisationen bekommen habe, die von ihnen selbst errechnet wurden. Mit einem Wort, die Bauwirtschaft nahm und nimmt an der Wirtschaftsbelebung nicht teil; im Gegenteil, wir befürchten eine noch weitergehende Verschlechterung, vor allem eine katastrophale Winterarbeitslosigkeit in den kommenden Monaten.

Meine Damen und Herren von der ÖVP ich mache diese Feststellungen nicht, um Sie zu ärgern (Landesrat Peltzmann: „Können Sie ruhig!“ — Landesrat Bammer: „Sie kennen die Ziffern so selbst!“), wenn ich es nicht kann, dann trifft sich das mit meiner Absicht.

Aber wem soll man das sonst sagen, als jenen, die die Verantwortung dafür tragen und zweitens hoffe ich, daß der Ernst der Situation Sie doch veranlaßt, manches zu tun. Als ich im vergangenen Jahr von dieser Stelle aus eine große Winterarbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft voraussagte, war, abgesehen von zornigen Zwischenrufen, die sachliche Erwiderung, daß meine Befürchtungen unbegründet seien, denn es werde alles geschehen, um dies zu verhindern. Ich wollte, ich hätte recht gehabt, meine Damen und Herren, aber die Arbeitslosigkeit war in unserem Lande im März 1968 um sage und schreibe 145 Prozent höher, als ein Jahr vorher. So geht es einfach nicht. (Landesrat Peltzmann: „Ihre Ziffern sind Niete!“)

Das sind Ziffern des Arbeitsamtes und hinter diesen 145 Prozent verstecken sich hunderte Bauarbeiter, die auf einen Arbeitsplatz gewartet haben, Herr Landesrat, die kein pragmatisiertes Dienstverhältnis haben. (Landeshauptmann Krainer: „Nichts dramatisieren, nichts dramatisieren!“ — Abg. Dr. Klauser: „Herr Landeshauptmann, Sie werden gleich herunter verwiesen werden vom Herrn Präsidenten, wenn Sie von dort oben Zwischenrufe machen!“)

Meine Damen und Herren, wenn die Bauwirtschaft mit ihrem Maschinenpark, der immerhin einen Wert von 4 Milliarden Schilling repräsentiert, einigermaßen in Gang zu halten ist, muß das Bauvolumen mehr als 45 Milliarden Schilling betragen. Rund 80 Prozent davon stammen direkt oder indirekt von der öffentlichen Hand und daraus resultiert auch die Verantwortlichkeit, der sich niemand entziehen kann, der öffentliche Interessen vertritt. Die vielfältigen

Krisenerscheinungen, an denen die Bauwirtschaft im zunehmenden Maße leidet und die nicht ohne Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft bleiben, haben letzten Endes zu den konkreten Vorschlägen, zur Neuordnung der Bauwirtschaft geführt. Diese Vorschläge werden aber zum Großteil noch immer hartnäckig negiert. Ich werde noch darauf zu sprechen kommen wie hartnäckig. Sicherlich sind Lösungen nicht einfach, weil die Probleme vielschichtig sind und man muß auch mit einer ganzen Summe von Maßnahmen versuchen, einen Erfolg zu erreichen. Da bei solchen Diskussionen jedesmal der Einwand kommt, ja, wenn Du dies oder jenes willst, so muß Du auch sagen, woher das Geld genommen werden soll. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß sich die Vorschläge des Beirates für Bauwesen nicht mit der Höhe, sondern vor allem mit dem optimalen besten Einsatz des Geldes beschäftigen. Und auch ich will hier — wie schon eingangs gesagt — die Frage des „Wie“ und nicht die Frage des wieviel behandeln. Ja, ich glaube sogar, daß dann, wenn weniger Geld zur Verfügung steht, das „Wie“ besondere Bedeutung erhält und in dieser Situation dürften wir uns derzeit befinden.

Vor allem, meine Damen und Herren, erscheint es mir unerlässlich, die Besonderheiten des Baumarktes vor Augen zu führen. Schauen Sie, wenn auch in der sogenannten freien Marktwirtschaft in der Realität das Modell der vollkommenen Konkurrenz oft und oft abweicht, so steht im großen und ganzen doch einer Vielzahl von Anbietern eine Vielzahl von Nachfragen gegenüber, so daß ein gewisses Gleichgewicht zumindest möglich ist. Dort wo dieses Gleichgewicht all zu sehr gestört wird, hat die Gesetzgebung dafür zu sorgen, daß einer schädlichen Kartellisierung und Monopolisierung entgegen gewirkt wird. Das soll zumindest geschehen. Wie aber sieht es am Baumarkt aus? Während auf der Anbotseite eine überaus große Zahl von Unternehmern und Zulieferanten vorhanden ist, hat auf der Nachfrageseite die öffentliche Hand als Auftraggeber weitgehend eine Monopolstellung, beim Straßen- und Tiefbau nahezu 100prozentig. Man kann mit Fug und Recht behaupten, daß die öffentliche Hand eine absolute Marktherrschaft ausübt und tatsächlich Prosperität oder Ruin der Bauunternehmer und der ihnen vor- und nachgelagerten Wirtschaftszweige in der Hand hat.

Meine Damen und Herren, bedenken Sie, in einem Wirtschaftszweig von solchem Ausmaß, mit so viel Beschäftigten wie es die Bauwirtschaft ist, gibt es in Wahrheit kein freies Unternehmertum, oder glauben Sie wirklich, daß ein Unternehmer, dessen Existenz ausschließlich vom öffentlichen Auftraggeber abhängig ist, in seinen Entschlüssen frei ist. Ich frage mich oft, wo denn diese wackeren Streiter für das freie Unternehmertum bleiben, die dann, wenn es um etwas mehr Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben geht, nicht laut und energisch genug kund tun, daß sie dieses Verlangen als frevelerisch, als Anmaßung, als unverantwortlichen Angriff auf die Grundpfeiler menschlicher Frei-

heit verdammen. Ich wiederhole, daß die öffentliche Hand eine Marktherrschaft ausübt gegenüber der Bauwirtschaft und ich füge hinzu, daß die Art und Weise, wie diese Herrschaft ausgeübt wird, schon unermesslichen Schaden in materieller aber auch in anderer Hinsicht angerichtet hat und noch anrichtet. Wenn ich diese Vorwürfe gegen die öffentliche Hand erhebe, so möchte ich noch folgendes hinzufügen. Die Marktherrschaft der öffentlichen Hand wird letzten Endes durch eine Reihe von Menschen ausgeübt. Die Repräsentanten dieser Macht haben in Erfüllung ihrer Pflicht das Bestreben, mit den vorhandenen Mitteln einen möglichst großen Effekt zu erzielen, also ein durchaus gutes Motiv, dem abhängigen Vertragspartner für den Auftraggeber vorerst günstige Bedingungen abzuverlangen. Ich will hier keineswegs die Bauunternehmer davor bewahren, daß sie einer echten, ja scharfen Konkurrenz ausgesetzt sind, aber jeder weiß, daß bei der derzeitigen Vergabe der öffentlichen Aufträge viele Unzulänglichkeiten bestehen und es hat schlechte Auswirkungen in jeder Richtung. Das beginnt schon bei den oft zu kurzen Ausschreibungsterminen, unzureichenden Anbotunterlagen, bei Terminfestsetzungen ohne Bedachtnahme auf reale Möglichkeiten der Einhaltung, lange Prüfdauer und Überschreitung von Zahlungszielen. Unter dieser Formulierung meine ich die gigantischen Schulden der staatlichen Stellen für bereits erbrachte Bauleistungen. (Abg. Scheer: „Sehr richtig!“)

Ich meine allen Ernstes, meine Damen und Herren, diese Zahlen sind so hoch, daß man behaupten kann, die offiziellen Angaben über unsere Staatsverschuldung stimmen in Wirklichkeit nicht. Abgesehen von der Gefährlichkeit solcher Schulden, zahlen die Unternehmer die Zinsen nicht aus ihrer Tasche, sondern sie stecken letzten Endes in den Baupreisen.

Eine ähnliche Rolle spielen die sogenannten Haftrücklässe. Bei allem Verständnis für die Absicherung ist die Praxis, wie sie vor allem von Genossenschaften geübt wird — und ich mache auch hier keine Ausnahme — in ihren Auswirkungen schädlich, weil sie am Ende ebenfalls zu Preiserhöhungen führen muß. Ein Haftrücklaß von 5 oder 10 Prozent auf ein oder zwei Jahre ist eine arge Belastung. Und wenn sie, wie es so oft geschieht, dafür nicht einmal eine Bankgarantie nehmen, sondern das Bargeld, so bleibt dies bei den im Baugeschehen fast immer sehr hohen Beträgen nicht ohne Auswirkung auf die Preise. Zahlen muß es eines Tages letzten Endes der Mieter. Dann ist noch die leidige und — wie ich zugebe — sehr schwer zu lösende Frage der Zuschlagserteilung an den Billigstbieter und nicht an den Bestbieter. Ich meine, daß sich die öffentliche Hand, insbesondere deswegen, weil sie diese beherrschende Stellung besitzt, anders verhalten soll als etwa ein privater Auftraggeber und neben der Sparsamkeit auch volkswirtschaftliche Überlegungen einbeziehen muß. Sicher, meine Damen und Herren, haben die Bauunternehmer einen großen Irrtum begangen, zu glauben, durch Preisabsprachen, geschützte Offerte und

was es da noch alles gibt, den monopolistischen Tendenzen auf der Nachfrageseite entgegenzuwirken oder durch andere Methoden die „Beherrscher“ ihrer Existenz milder oder großzügiger zu stimmen. Das Ergebnis war der sogenannte Bauskandal. (Landeshauptmann Krainer: „Ein Polizei- und Justizskandal!“ — Landesrat Bammer: „Bitte das ins Protokoll!“)

Ich komme noch darauf zu sprechen, Herr Landeshauptmann. Ich habe damals, als er am Höhepunkt war, schon gesagt, das Wichtigste ist, die Ursachen zu erkennen und zu beseitigen. Aber mit der Einstellung, wenn man sagt „Es ist ein Polizei- und Justizskandal“ wird man diesen Ursachen meines Erachtens nicht auf den Grund kommen. Es ist in diesem Zusammenhang gar nicht wichtig, wie viele von den 640 Beschuldigten verurteilt werden und wie groß die erwiesene Schuld ist. Der wirkliche und unmeßbare Schaden liegt in der Erschütterung des Vertrauens. Was müssen sich die jungen Menschen denken, denen man bei feierlichen Gelegenheiten Bescheidenheit, Redlichkeit, Pflichterfüllung predigt, wenn sie in der Zeitung lesen „51 Beamte nahmen 17,5 Millionen Schilling und sind dennoch nicht strafbar“ und wenn der Justizminister Klecatsky dazu erklärt, „Die Beamten werden deshalb nicht strafrechtlich verfolgt, weil kein Beweis dafür erbracht werden konnte, daß der Beamte das Geschenk oder den Vorteil für eine in sein Amt einschlagende Handlung angenommen, sich zugewendet oder sich versprechen lassen hat.“ (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Koren: „Das ist in einem Rechtsstaat üblich!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Für diese 350.000 Schilling pro Mann müssen viele, viele Menschen 10 Jahre ihres Lebens schwer arbeiten.

Meine Damen und Herren, es gehört zu meinen Aufgaben, jahraus, jahrein, ich möchte sagen, tagaus, tagein oft kleine Beträge durch Interventionen oder durch Arbeitsgerichtsprozesse für meine Kollegen einzutreiben. Es sind mehr als eine Million Schilling pro Jahr. Ich habe diese Großzügigkeit im Geldgeben noch nie empfunden. Man muß es hier dem klar denkenden Menschenverstand und dem Gefühl überlassen, was da los ist. Oder die Eröffnungen des Herrn Justizministers bei seiner Pressekonferenz am 4. Dezember, die können Sie hier auch nachlesen, die erschreckenden Tatsachen, die hier der Öffentlichkeit mitgeteilt wurden. (Landeshauptmann Krainer: „Aber sie werden mitgeteilt!“ — Abg. Heidinger: „Da haben wir etwas davon!“ — Landesrat Peltzmann: „In der Koalition ist nichts mitgeteilt worden!“)

Das ist zu begrüßen, Herr Landeshauptmann, und das steht ja auch im Widerspruch zu Ihrer sonstigen Auffassung, daß man, wenn man Kritik übt, ein Miesmacher ist. Ich bin kein Miesmacher, ich greife das nur auf, weil ich daraus Schlußfolgerungen ziehe und nicht sage, das ist ein Justiz- oder ein Polizeiskandal. (Abg. Heidinger: „Der Seidl ist ein Koalitions-Sektions-

Chef!“ — Landeshauptmann Krainer: „Du siehst nur vieles falsch!“)

Aber was mich berührt ist, in welchem aufreizenden Gegensatz doch das zutage getretene großzügige und oberflächliche Verhalten der Finanzbehörden bei der Prüfung der Geschäftunterlagen, wo man Beträge für Perlenketten, Diamantdiademe, Perserteppiche usw., ja sogar Notizen „Schmiergelder für Beamte“, die ganz öffentlich in den Büchern standen, in vielen Fällen übersehen hat, zu der pedantisch genauen, an das Schikanöse grenzenden Gründlichkeit bei der Lohnsteuerprüfung der Bauarbeiter steht. Und da könnte ich Ihnen ganze Romane erzählen.

Ich könnte Ihnen Beispiele aufzählen, meine Damen und Herren, welche Mühe es uns schon gekostet hat, versuchte, ich möchte fast sagen „Willkürakte“ abzuwehren, mit denen man diesen armen Teufeln von ihrem schwer verdienten Geld noch ein paar Schillinge abknöpfen möchte. (Landeshauptmann Krainer: „Aber das zahlt doch nicht der Dienstnehmer, sondern der Arbeitgeber!“ — Präsident: „Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen, weil es sonst zu einer Wechselrede wird.“)

Aber das Entscheidende, was Minister Klecatsky sagte, ist: „Unternehmer und Beamte arbeiten leider vielfach rechtlich im Zwielficht. Unsere Rechtsordnung ist veraltet und paßt nicht auf die heutige Situation, in der von der öffentlichen Hand jährlich gewaltige Beträge ausgegeben werden.“ Aber dieses Zwielficht beseitigen und die Rechtslage ändern, können doch nicht die Bauunternehmer, aber auch nicht die Beamten. Sicher ist das gegenseitige Vertrauen und auch das Vertrauen der Öffentlichkeit nur durch eine konkrete und konsequente Neuordnung wieder herzustellen. Die von mir in diesem Haus schon wiederholt zitierten Arbeiten des Wirtschafts- und Sozialbeirates, erschienen unter dem Titel „Neuordnung der Bauwirtschaft“ noch vor Auffliegen des Bauskandals, haben dem Vergabe- und Bedingungswesen einen eigenen Abschnitt gewidmet. Meine Gewerkschaft hat diese Studien und Vorschläge, da wir sie für aktuell und wichtig hielten, auf eigene Kosten veröffentlicht, da es die dazu Berufenen damals nicht taten. Wir werden sehen, meine Damen und Herren, was jetzt geschieht.

Und nun erlauben Sie mir, daß ich mich wieder einmal, beinahe möchte ich sagen alle Jahre wieder, auf die betrübliche und kostspielige Tatsache beziehe, daß in den nächsten Tagen und Wochen wegen Fehlens von Aufträgen im Baugeschehen riesige Maschinenkapazitäten stillgelegt und 10.000de Arbeiter zu monatelanger Arbeitslosigkeit verurteilt werden.

Die Arbeitslosigkeit hat im vergangenen Jahr in unserem Lande eine Höhe erreicht, die durch nichts mehr zu rechtfertigen ist. Nicht mit technischen Schwierigkeiten, aber auch nicht mit dem von manchen so gern gebrauchten Argument, daß die Bauarbeiter ohnehin im Winter nicht arbeiten wollen. Wer kann rechtfertigen, daß die Bauwirtschaft im Jänner dieses Jahres praktisch zu 50 Prozent stillstand und daß im März bei

wunderbarem Bauwetter, ich habe es vorhin schon gesagt, die Arbeitslosigkeit um 145 Prozent höher war, als ein Jahr vorher. Dies trotz der Anerkennungswerten Bemühungen vom Herrn Landesrat Dr. Niederl im Spätherbst des vergangenen Jahres durch forcierte Freigaben von Wohnbaumitteln noch Ärgeres zu verhindern.

Meine Damen und Herren, ich spreche jetzt wirklich in großer Besorgnis und im Namen meiner Kollegen, die zu tausenden in nächster Zeit und viele vor Weihnachten ihre Arbeitsplätze verlieren. Ich weiß durch Berichte von Betriebsräten, daß diesmal nicht wenige dabei sind, die nach 10 oder 15 Jahren oder überhaupt das erstmal in ihrem Leben arbeitslos werden.

Versetzen Sie sich doch einmal in die Lage eines Familienvaters, den es noch vor Weihnachten trifft, eine Woche Karenzfrist, das heißt, weder Lohn noch Arbeitslosengeld, keine laufende Bezahlung und vor sich Arbeitslosigkeit auf unbestimmte Zeit. Ich zweifle keineswegs an den guten Absichten, die Sie, meine Damen und Herren, bei der Bewältigung dieses Problems mit den Ihnen als ausreichend erscheinenden Maßnahmen hatten und ich bin auch sicher, daß es in diesem Haus niemanden gibt, der nicht gegen den Abbau der Winterarbeitslosigkeit wäre, aber ich glaube, es hat sich im Laufe der Jahre nun doch gezeigt, daß neue Wege beschritten werden müssen, selbst auf die Gefahr hin, daß man sie als einen Versuch bezeichnen müßte. Eines der Grundübel, welches alljährlich zur Winterarbeitslosigkeit führt, ist die ungleichmäßige Aufteilung der Bauaufträge und um dem entgegenzuwirken, wurde schon vor vielen Jahren die Idee eines sogenannten Terminplanes geboren. Zuerst lediglich von den Gewerkschaften unablässig gefördert bis sich zuletzt immer mehr Fachleute und schließlich auch das Bautenministerium dieser Auffassung anschloß.

Am 28. Mai dieses Jahres hat der Ministerrat für den Bereich des Bundes den Terminplan als verbindlich erklärt und den Ländern und Gemeinden empfohlen, gleichlautende Anordnungen zu treffen. Obwohl unser, die gleiche Materie behandelnder Antrag vom Oktober 1965 noch immer nicht erledigt war, haben wir selbstverständlich unverzüglich die Landesregierung in einem neuen Antrag ersucht, den Empfehlungen des Ministerrates Rechnung zu tragen. Ich freue mich über die Nachricht, daß der Herr Landeshauptmann am Freitag, dem 6. Dezember, bei der Sitzung des Landesbeirates für Arbeitsmarktpolitik, die Erklärung abgab, die Landesregierung werde den Terminplan ebenfalls als verbindlich erklären und allen anderen Körperschaften, insbesondere den Gemeinden seine Einhaltung empfehlen. Ich meine, daß ist eine sehr gute und wichtige Entscheidung. Es ist erfreulich, daß damit wohl das Schicksal dieser alten und von uns so sehr bekämpften, wie Sie sehen schon ganz zerknitterten — ich möchte fast sagen, eine alte Regimentsfahne — Regierungsvorlage besiegelt ist. Ich kenne mich da nicht so genau aus, aber ich hoffe, daß die Geschäftsordnung eine Möglichkeit zum Staatsbegräbnis 1. Klasse

gibt. Ich werde auf eine Grabrede verzichten und sie auch nicht von einem anderen verlangen. An die Stelle dieser Vorlage tritt dann dieser schon durch seine gelbe Farbe Aufmerksamkeit erregende Terminplan und das ist, glaube ich, doch ein Fortschritt. (Landesrat Bammer: „Die Farbe nicht!“)

Gelb heißt Achtung oder gelb kommt vor rot, kann man sagen. (Abg. Nigl: „Herr Landesrat Bammer, die letzte Werbeschrift von unserer Gewerkschaft war schwarz-gelb!“ — Landesrat Bammer: „Habt Ihr AAB'ler drinnen?“)

Meine Damen und Herren, wenn nun nach dieser erfreulichen Entscheidung alle mit der Materie Beschäftigten tatsächlich darnach handeln und wirken und im Zusammenhang — und das möchte ich ausdrücklich sagen — mit einer Reihe anderer Maßnahmen, die den Saisonschwankungen entgegenwirken, bleibt der Erfolg sicher nicht aus. Für den kommenden Winter fürchte ich, müssen wir uns mit dem, was auf uns zukommt, noch einmal abfinden. Und das wird schlimm genug sein.

Meine Damen und Herren, obwohl wir heuer schon die Gastarbeiter um einen Monat früher nachhause geschickt haben, mußten wir feststellen, daß die Arbeitslosigkeit der österreichischen Bauarbeiter im November, also im vergangenen Monat, immerhin um 30 Prozent höher lag, als im Jahr vorher und das sind keine sehr erfreulichen Anzeichen. Aber es ist möglich, wie ich schon sagte, für die Zukunft einen Wandel zum Besseren zu schaffen. Wollen wir hoffen, Herr Landeshauptmann, wir hoffen es sehr zuversichtlich, daß die Bauwirtschaft an dem sich abzeichnenden Erholungsprozeß unserer Wirtschaft früher oder später ebenfalls teilnimmt. Und wenn ich jetzt so wäre, wie Sie gestern waren mit Ihren Zwischenrufen, möchte ich fast sagen, Sie werden es hoffentlich nicht verhindern können, aber das tue ich nicht, weil ich Ihnen und Euch nicht zumute, was Sie uns zugemutet haben, daß wir, ausgerechnet wir, gegen die Konjunktur seien, die doch eine Krise oder Rezession in erster Linie trifft. (Beifall bei der SPÖ. — Landeshauptmann Krainer: „Krankgejammer habt Ihr sie!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Vom vorliegenden Budget kann gesagt werden, daß von ihm wesentliche Impulse ausgehen. Es besteht kein Zweifel, daß ohne die gewaltigen Leistungen der Bauwirtschaft, die von den Arbeitern, Ingenieuren und Unternehmern erbracht wurden, unsere wirtschaftliche Existenz gar nicht möglich wäre. Sorgen wir dafür, auch in unserem eigenen Interesse, daß diese Leistungen in geordneten Verhältnissen erbracht werden können. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Aichholzer das Wort.

Abg. Aichholzer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, zu den Flußbauten und Regulierungen, die seit einigen Jahren in unserem Bezirk an den Flüssen Laßnitz, Sulm,

Gamlitzbach, Schwarzaubach durchgeführt werden, noch einige Ausführungen zu bringen. Zu dem Antrag EZ. 246, der von meinen Klubkollegen und mir eingebracht wurde und der besagt, daß die Regulierung der Laßnitz raschest vorangetrieben und die Regulierung des Stainzbaches ehestens in Angriff genommen werden möge, wurde von der Steiermärkischen Landesregierung am 6. Februar 1968 dem Hohen Hause der Bericht vorgelegt, der bezüglich der Regulierung der Laßnitz feststellt: „Die Regulierungsarbeiten an der Laßnitz im Abschnitt Wettmannstätten-Grünau wurden bereits fertiggestellt. Die Regulierungsarbeiten der Laßnitz im Abschnitt Wettmannstätten-Preding sind soweit fortgeschritten, daß im Jahre 1967 auch dieses Baulos zum Abschluß gebracht werden kann. Für den Bauabschnitt Stangersdorf stehen ebenfalls die notwendigen Mittel zur Durchführung und Beendigung der Arbeiten zur Verfügung. Weiters ist im Jahre 1967 der Beginn der Regulierungsarbeiten im Baulos Schönberg-Preding vorgesehen. Die Projektierungsarbeiten für die Baulose Tillmitsch-Lang-Wagna-Leibnitz und Kaindorf sind abgeschlossen. Für die kommenden Jahre wird für die Fortführung der Regulierungsarbeiten an der Laßnitz wie bisher vorgesorgt werden.“

Meine Damen und Herren! Dazu wurde ferner berichtet, daß die Fortführung der Arbeiten an der Stainzbachregulierung erst dann verantwortet werden könnte, wenn die Unterlaufstrecken der Laßnitz und Sulm reguliert sind, da ansonsten eine zusätzliche Überflutungsgefahr für diese Unterlaufstrecken entstehen würde.

Ich habe mich nun vor einigen Tagen an Ort und Stelle von dem Fortgang der Regulierungsarbeiten überzeugt und konnte feststellen, daß der Bauabschnitt von Preding bis Schönberg sehr weit fortgeschritten ist. Da aus dem Voranschlag hervorgeht, daß für Flußbauten auch im Jahre 1969 ein Betrag von 18 Millionen Schilling, also um 1 Million mehr als in diesem Jahr, aufgewendet werden soll, hoffe ich, daß in diesem Betrag auch für den weiteren Ausbau des Unterlaufes der Laßnitz für das Gebiet Tillmitsch-Lang-Wagna-Leibnitz und Kaindorf entsprechende Mittel vorgesehen sind und daß die Bauarbeiten für diese Baulose damit in nächster Zeit in Angriff genommen werden können. Über die Dringlichkeit dieser Regulierungsarbeiten brauche ich, glaube ich, in diesem Hause nicht viele Worte zu machen. Was uns aber in Leibnitz dabei besonders interessiert, ist die Frage, ob es im Zuge dieses Ausbaues nicht vielleicht doch noch möglich wäre, das bereits bestehende Flußbad durch den Einbau einer neuen Wehranlage zu erhalten, da mir dies im Interesse des Fremdenverkehrs, Herr Landesrat, sehr vorteilhaft erschiene. Der Gemeinderat der Stadt Leibnitz hat wohl vor einigen Tagen den einstimmigen Beschluß gefaßt, ein neues Sportbecken zu errichten unter der Voraussetzung, daß es zu der versprochenen Subventionierung seitens des Landes kommt.

Ich glaube aber, meine Damen und Herren, daß die Erfahrung gezeigt hat, daß mit einem Sportbecken allein den Interessen des Fremden-

verkehrs zu wenig gedient ist. Anziehungspunkt in der Sommersaison — und wir haben im Bezirk Leibnitz nur die eine Saison, da die klimatischen Verhältnisse für eine ausreichende Wintersaison nicht gegeben sind — sind die in unserem Bezirk, aber auch darüber hinaus in den Nachbarbezirken liegenden Bäder oder die künstlich errichteten Seen, so daß ich mir durchaus vorstellen kann, daß ein gut angelegtes Flußbad im Reigen der Bademöglichkeiten, einen weiteren guten Anziehungspunkt bilden könnte. Diese Ansicht gewinnt noch dadurch, wenn sich weiterhin bestätigen sollte, was schon heuer von vielen Badbesuchern des Silbersees, der in unmittelbarer Nähe von Leibnitz liegt, beanstandet wurde, daß sich dieser See sehr stark zu verschlammen beginnt, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß dies die Bodenformation fördern mag, was aber wieder auf der anderen Seite der Fischzucht nicht schadet. Der See kann sehr gute Möglichkeiten für Sportfischer und sonstige Wassersportarten bieten. (Landesrat Bammer: „Ich habe geglaubt, das wird ein Badesee und kein Fischteich!“)

Wenn es daher in dem vorgelegten Bericht der Landesregierung heißt, daß die Projektierungsarbeiten für die Baulose der Unterlaufstrecke abgeschlossen sind, so möchte ich dennoch ersuchen, eine Überprüfung dieser Frage durchzuführen. Jedenfalls hoffe ich aber, daß im nächsten Jahr ein weiterer beträchtlicher Teil der Regulierungsarbeiten an der Laßnitz und Sulm durchgeführt werden kann, damit in diesen Gebieten, die an diesen Flüssen liegen, die Gefahr der Hochwasserüberflutung eingedämmt und auch die Meliorationen und Komassierungen der anschließenden Grundstücke durchgeführt werden können. Ebenso dringend, meine Damen und Herren, ist auch die Regulierung der Kainachmündung in die Mur sowie die Regulierung des linken Murufers im Raume von Wildon und Landscha und schließlich der weitere Ausbau des Gamlitzbaches im Raume von Ehrenhausen. Ich hoffe, Herr Landeshauptmann, daß auch diese Regulierungsarbeiten ehestens in Angriff genommen werden können. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich erteile nunmehr dem Herrn Landeshauptmann Ök.-Rat Krainer das Wort zu dieser Gruppe.

Landeshauptmann Krainer: Hohes Haus! Ich möchte zuerst versuchen, eine Antwort auf Fragen oder Forderungen zu geben, die die Damen und Herren Abgeordneten hier gestellt haben. Ich habe mich bemüht, einmal eine Rechnung aufzustellen, was etwa die Wünsche und Forderungen, die Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, vorgebracht haben, kosten würden einschließlich der großen Autobahnen, Südbahn, Pyhrnautobahn.

Ich bin auf den Betrag von mindestens 22 Milliarden — nach den derzeitigen Baukosten — gekommen, so daß die Beantwortung nach der Bekanntgabe dieser Zahl an sich sehr einfach sein müßte. Ich müßte erklären als redlicher Makler dieses Referates: Wir tun alles, was in unserer

Macht steht, wir nützen jede Möglichkeit, Geld ins Land zu bringen, sowohl für die Bundesstraßen als auch für die Autobahn, wir versuchen auch, hier im Land die Kassen zugunsten des Straßen- und Wasserbaues sowie des Güterwegebaues auszuräumen, aber es ist trotzdem alles in allem im heurigen Jahr nicht mehr als etwa 1,7 Milliarden Schilling von Bund und Land an Geld für diese Zwecke aufzutreiben. Die 1,7 Milliarden Schilling sind sicher ein großer Betrag und werden das Baugeschehen entsprechend anfeuern. Es ist ein Plus gegenüber dem Vorjahr von immerhin fast 200 Millionen, nur auf dem Sektor Tiefbau, Straßenbau, Wasserbau, nicht miteingerechnet der Wohnungsbau. Es wird das größte Budget, das die öffentliche Hand jemals für diese Bauaufgaben verwendet hat, zum Verbauen kommen.

Ich werde später noch auf die Jammerei vom Herrn Abgeordneten Loidl zurückkommen. (Abg. Loidl: „Das ist keine Jammerei!“)

Er hat sich eingeordnet in die gesamte Bauwirtschaft und im ersten Augenblick gar nicht so getan, als wenn er ein Arbeitnehmervertreter wäre, sondern er hat das Lied gesungen, das man überall hört. (Abg. Loidl: „Das ist doch selbstverständlich!“)

Ich mache aber aufmerksam, daß wir in den ersten zwei Dritteln des Jahres eine Aufwärtsentwicklung beim Verbrauch von Baustoffen wie etwa Zement von 14 Prozent aufzuweisen haben und bei Ziegeln oder sonstigen Baustoffen von 8,9 Prozent.

Das ist ja nicht irgendwo gestapelt, sondern das mußte verbaut werden. Man muß nämlich bei all diesen Dingen redlich sein. Die Rationalisierung hat ungeheure Fortschritte gemacht und daher sind weniger Arbeitskräfte beschäftigt. Es sind ja trotzdem noch ausländische Arbeitskräfte beschäftigt, das dürfen Sie nicht übersehen, sogar eine sehr beachtliche Zahl. Aber auch die kleinen Bauunternehmungen, die sich in der Rationalisierung nicht so bewegen konnten wie die großen, werden von diesen erdrückt.

Wenn nun versucht wird, der Regierung die Schuld an diesem Zustand zuzuspielen — nicht der Landesregierung, sondern der Bundesregierung — na so ist das zwar recht interessant und nett zusammengesucht, aber nicht wahr. Wahr ist, daß mehr Geld ausgegeben wird, viel viel mehr Geld ausgegeben wird und wahr ist, daß also die Beschäftigung durch die Rationalisierung immer geringer wird. Ich glaube, daß wir noch nicht den endgültigen Abschluß gefunden haben. (Abg. Leitner: „Arbeitszeitherabsetzung! Diese Notwendigkeit ergibt sich daraus!“)

Na, bitte schön. Wird alles kommen, nur nicht von Arbeitszeitherabsetzung abrupt zu reden, wenn man den Übergang suchen muß, den wir brauchen. Ich glaube nicht, daß Sie ein Interesse haben, daß wir mit einer Fehlentscheidung die ganze Wirtschaft lähmen. Hier muß also eine sinnvolle Einordnung erfolgen und es ist gar keine Frage, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit unauffaltbar sein wird, aber wie, das ist die Frage.

Nun zu den einzelnen Sorgen, die die Herren

Abgeordneten vorgetragen haben. Die Präbichlstraße, ja, das ist gar keine Frage, die Präbichlstraße ist ein Problem und zwar deshalb ein Problem, weil es ein sehr kostspieliger Ausbau ist. Es wurde vorgeschlagen, daß man etwa doch einen Tunnel hätte angehen sollen. Der Tunnel würde meines Wissens etwa 5 km lang sein und man rechnet beim Tunnelbau für den Kilometer mit Kosten von 70 bis 80 Millionen Schilling, wenn man ihn aber noch weiter ausbaut oder ausweitet, eine Doppelbahn macht, mit 100 Millionen. Also 5 mal 80 Millionen, Sie können es sich ja selbst ausrechnen, das würde also noch um etwa das Dreifache teurer sein, als der Präbichlstraßenausbau ohne Tunnel. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Das wäre nur ein Fünzigstel von den 22 Milliarden!“)

Bitte sehr! Weil immer wieder gesagt wird, das geht zu langweilig. Sie werden nicht bestreiten können, Herr Kollege, daß um Wasserrecht und Straße lange, lange gestritten wurde und das nicht unsere Schuld war. Das war ein Hindernis, daß mit dem Ausbau der Präbichlstraße nicht schon vor vier Jahren begonnen wurde. Ich muß das ausdrücklich feststellen. Nun, bei diesem Baulos besteht ja die Frage, wie kann ich weiterkommen. Jetzt müssen einmal Brücken gebaut werden, damit man wieder weiterbauen kann. Das Gelände ist ja nicht so wie hier in der Ebene, es ist ein außerordentlich schwieriges Gelände, wir dürfen auch nicht übersehen, daß die Bauzeit wegen der Witterungsbedingungen weitaus kürzer ist als sie etwa hier im Grazer Feld sein würde. Das sind alles Schwierigkeiten. Und wenn Sie jetzt meinen, 11 Millionen sind zu wenig, ist das sicher nicht viel, aber da sind eben einmal die Brücken, die gebaut werden müssen und natürlich werden größere Beträge und teurere Baulose eingerichtet werden müssen, damit wir noch in einer annehmbaren Zeit zur neuen Präbichlstraße kommen. Aber glauben Sie mir, es ist ja nicht böse Absicht, daß wir dort nicht einfach mehr Millionen hinwerfen, sondern das ist die Frage, wo die Schwerpunkte sind. Wir bestreiten nicht, daß auch der Präbichl zu den Schwerpunkten zählt, aber es gibt noch schlimmere Schwerpunkte, das heißt, noch schlimmere Verkehrsverengungen, die behoben werden müssen und zwar sehr sehr kostspielig behoben werden müssen.

Die Gesäusestraße soll vor allem eine Fremdenverkehrsstraße bleiben und es soll ja dort nicht eine Schnellstraße errichtet werden, die unerhört aufwendige Mittel benötigen würde, sondern sie soll die Schönheit dieser Landschaft und dieser Berge auch dem Autofahrer irgendwie erschließen. Wenn Sie also meinen, daß die Steiermark in der Zuteilung der Mittel zu kurz kommt und daß man deshalb stärker auf die Pauke drücken soll, so darf ich sagen, daß ich froh wäre, wenn überall und in allen Sparten der Bauwirtschaft, wo wir mit dem Bund zusammenhängen, ein so korrekter Aufteilungsschlüssel bestehen würde, wie das bei den Bundesstraßen der Fall ist.

Das nächste Problem war die Unterfahrlung in Leoben. Das ist auch ein sehr kostspieliges

Projekt. Es wurde vom Herrn Ziv.-Ing. Petrovitsch ein Plan, ein Projekt erstellt, das mußte verworfen werden. Es wird jetzt an einem neuen Projekt gearbeitet.

Ich meine, der Versuch, alles auf das Land abzuwälzen, ist auch nicht zielführend. Tatsache ist, daß bei dieser Straße Bund und Gemeinde zusammenarbeiten müssen. (Abg. Schön: „Herr Landeshauptmann, das haben wir ja auch gewollt, wir haben ja gesagt, der Bund muß einschreiten!“)

Das ist auf Grund des Straßenverwaltungsgesetzes einfach eine feststehende Tatsache und zählt zur Rechtsordnung. Wenn man aber die andere Lösung meint, so wäre es sicher eine große Hilfe für den Verkehr zwischen dem Krankenhaus und der Stadt, wenn wenigstens eine Gehsteigunterfahrung erfolgen würde. Aber bitte, Sie scheinen das also nicht für notwendig zu finden, sondern sie wollen auf die Gesamtlösung warten. Sie wird vorangetrieben, sie ist außer Zweifel eine der Notwendigkeiten, die nicht übersehen werden können.

Die Alplstraße und alle die Straßen, die in der Oststeiermark von allen Abgeordneten beider Parteien gefordert wurden, sind ja zum Teil im Ausbau. Alplstraße, da ist ein Baulos ausgeschrieben und wird in der nächsten Zeit zur Vergabe kommen mit weiteren 17 Millionen Schilling. Ebenso wird auch die Straße bis zum Schmied in der Weiz fertig sein.

Und wenn ich in dem Zusammenhang gleich allgemein etwas sage zur Übernahme von Gemeindestraßen als Landesstraßen: Ja, ich kenne die Dinge ziemlich genau, ich habe sie mehrmals versucht zu analysieren und zu teilen, was kann man verantwortlicherweise übernehmen, was kann man nicht übernehmen. Wissen Sie, wenn halt Anträge auf Übernahme von 300 km vorliegen und wenn wir wieder mit Rücksicht auf die Finanzen des Landes bei möglichster Großzügigkeit etwa 100 km übernehmen können, na, dann kennen Sie also schon die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind. Entweder doch noch eine optimale Lösung zu finden, die einigermaßen zufrieden stellt, oder diejenigen, die auf die 200 km verzichten müssen, zu verärgern und sie sozusagen anzueifern, uns den Vorwurf zu machen, wir hätten nicht ihre, wohl aber eine andere Straße und warum nicht beide übernommen. Das ist eben eine Frage der Finanzen. Und wir haben uns immer auf den Standpunkt gestellt, wir übernehmen nur Straßen, die wir auch erhalten können.

Es haben weder die Interessenten noch die Gemeinde etwas davon, wenn wir eine Straße übernehmen und sie nicht erhalten oder gar ausbauen. Zumeist ist es ja wohl so, daß wir, wenn wir eine Straße übernommen haben, sie auch gleich ausbauen sollen.

Wann die Wechsel-Bundesstraße fertig sein wird? — Ich bin sehr redlich und sage, wenn das Geld da ist in drei Jahren, aber ich lege mich nicht auf drei Jahre fest. Wir müssen ja auch flexibel sein. Es wäre dringendst notwendig, daß sie schon fertig wäre. Sie würde eine große Entlastung vor allem des Mürz- und Murtales mit

sich bringen, aber wir können nicht mehr tun, als möglich ist, ansonsten wird, obwohl wir dafür zuständig sind, der nächste Generalredner oder irgend ein Debattenredner sagen, diese Regierung da draußen erhöht die Steuern, unerhört. Wenn Sie wollen, daß mehr gebaut wird — woher sollen denn die Mittel kommen. Wir haben ja kein Tischlein deck dich, sondern wir können nur das ausgeben, was uns die Steuerzahler zur Verfügung stellen. Und daher bin ich so redlich, daß ich mich gar nicht festlege, damit Sie kein politisches Ballspiel damit aufziehen für die nächste Zeit. Was an Geld da ist, wird verbaut. Wir sorgen dafür, daß soviel als möglich auch bei uns gebaut wird und wenn die Dinge noch so schwierig sind. Was hat es für einen Sinn, wenn wir versuchen, hier ein Ballspiel zu betreiben und wenn ich sagen würde, was ist in Graz, wo man nicht einmal mehr Platz hat, die Autos abzustellen, wo viel zu wenig Verkehrsflächen sind, genauso, wenn Sie sagen, warum nicht mehr von Bund und Land.

Wir wissen alle genau, daß nicht mehr möglich ist. Oder wir sagen ebenso redlich, daß ist eine vordringliche Notwendigkeit, daher erhöhte Benzinsteuer, erhöhte Dieselölsteuer. Bleiben wir doch redlich in diesen Fragen. Es ist ja nicht böser Wille, sondern es fehlt einfach dazu das Geld, und wenn wir mehr wollen, dann eben höhere Leistungen.

Es wurden sehr viele Umfahrungswünsche angemeldet. Es ist sicher so, daß gerade die Durchfahrt durch Märkte und Dörfer oder auch durch eine kleinere Stadt sicher sehr, sehr unangenehm ist. Aber wir können nicht sagen, daß wir mit Ausnahme von Bruck a. d. Mur einen solchen Flaschenhals hätten, der unerträglich ist. Angenehm ist keine Durchfahrt. Aber hier darf ich wohl auf einen Wandel verweisen. Wir haben noch vor 12 Jahren mit aller Vehemenz versucht, in Schladming eine Umfahrung zu bauen. Da wären wir fast gesteinigt worden, weil wir so etwas beabsichtigen und alles ablenken würden von der Stadt Schladming. Inzwischen ist allerdings diese Gesinnungsänderung eingetreten, daß man doch gesagt hat, es wäre nicht schlecht, wenn wir eine bauen würden. Und so ist es bei vielen Umfahrungen. (Abg. Fellinger: „Bei uns nicht!“)

Sie führt trotzdem in die Stadt, daher ist es bei Ihnen nicht so. (Abg. Leitner: „Warum vertreten Sie das in Mürzzuschlag, Herr Landeshauptmann?“)

Ich vertrete es sehr nachhaltig, aber solange die Gemeinde ihre Zustimmung nicht gibt für die Umfahrung, kann sie nicht gemacht werden. (Abg. Leitner: „Das ist doch eine Durchfahrung, die Sie vorschlagen!“)

Die ist erst vor zwei Jahren neu errichtet worden oder gar erst vor eineinhalb Jahren.

Diese Wünsche der Umfahrung, ob nun Köf-lach, Deutschlandsberg, Wildon und viele andere; bei Wildon wissen wir schon, wo die künftige Fahrbahn geht. Aber wenn ich etwa Wildon vergleiche mit anderen Engstellen besonders im Oberland, wie in Bruck oder Kindberg oder auch Mürzzuschlag, muß ich sagen, ich bitte noch um etwas Geduld in Wildon. Es wird schon kom-

men. Es sei denn, es kommt zuerst mehr Geld, dann wird die Umfahrung früher kommen.

Darf ich noch auf eine Frage Antwort geben, nämlich die Frage der Pinggaubergstraße und der späteren kreuzungsfreien Unterfahung. Unsere Herren im Bauamt sind sehr sparsame Leute. Sie haben sich keine Großzügigkeiten im Bundesstraßenbau erlaubt. Immer im Sinne und in dem Wollen, möglichst viele Kilometer in Ordnung zu bringen und zu sanieren. Und so war es auch, weil es von der Bauseite her gesehen ohne große Schwierigkeiten möglich ist, diese kreuzungsfreie Stelle vor dem Pinggauberg auch später regeln zu können. Es hat sich gezeigt, daß sie notwendig ist. Sie muß vor allem deshalb kreuzungsfrei gemacht werden, weil 28 km Schnellstraße auf der Wechsel-Bundesstraße in diesem Abschnitt von der Grenze weg bis hinunter über Dechantskirchen in den nächsten Jahren fertig sein werden. Daher ist diese kreuzungsfreie Unterfahung dort unbedingt notwendig gewesen. Sie wurde noch rechtzeitig geplant. Bevor das Bauvorhaben Pinggaubergstraße abgeschlossen wurde, ist noch rechtzeitig mit dem Bau begonnen worden. (Abg. Schön: „Das war schon 1961!“)

Wir haben den Plan nicht durchgeführt auch wegen der Frage der Ersparung. (Abg. Heidinger: „Jetzt geht es erst, Herr Landeshauptmann, und jetzt kostet es mehr!“ — Abg. Schön: „Es mußten zuerst Unfälle geschehen!“)

Es hat sich ja allerhand getan in den letzten sieben oder acht Jahren, das werden Sie wohl sehen. (Abg. Dr. Klauser: „Es ist halt etwas ein bißerl daneben gegangen!“)

Es ist gar nichts danebengegangen. Ich habe sie ja nicht geplant und auch nicht gebaut. Ich trage nur die politische Verantwortung dafür. Auch wenn einmal etwas schiefeht, werde ich dazu stehen. Und das war in Wirklichkeit der Versuch zu sparen, später haben wir das Sparen aufgeben, weil es eben notwendig ist. (Abg. Heidinger: „Herr Landeshauptmann, das ist bei Ihnen so wie mit den blauen Vorhängen im Krankenzimmer. Ich mache Ihnen keinen Vorwurf!“ — Landesrat Sebastian: „Nur ist das teurer!“ — Heiterkeit.)

Ich möchte dem Herrn Abg. Pichler für sein Verständnis meine besondere Anerkennung sagen; mehr darf ich nicht, sonst mache ich Sie bei Ihrer Partei noch suspekt. (Heiterkeit.)

Es war geradezu erfreulich. — Er ist ja ein Knittelfelder. (Landesrat Sebastian: „Zwei Knittelfelder werden sich streiten!“ — Abg. Pichler: „Alte Freundschaft.“)

Die Pläne sind alle großartig, aber die reale Wirklichkeit sieht anders aus. Geben wir uns da keiner Täuschung hin. Ich habe ja vorhin die Ziffern genannt. Wann werden wir diese Dinge alle verkraftet haben. Natürlich wird man auch zu Überholspuren kommen müssen. Ich halte das für den einzigen Ausweg, um den Verkehr überhaupt flüssig zu halten. Und daher bin ich sehr dankbar für diese Meinung, die Sie, Herr Kollege Abg. Pichler, zum Ausdruck gebracht haben. Ich darf Ihnen aber gleich zum Krebsenbach auch etwas sagen. Bisher hat den

Krebsenbach in der Vorfinanzierung das Land gebaut. Wir haben bisher noch keinen Beitrag des Bundes erreicht. (Abg. Pichler: „500.000, Herr Landeshauptmann!“)

Nein, keinen Beitrag des Bundes. (Landesrat Bammer: „Die Gemeinde hat bezahlt!“)

Jawohl, die Interessenten haben also ihre Leistungen erbracht. Es sind weitere 380.000 Schilling beschlossen von der Landesregierung, die weiter eingesetzt werden, ob wir einen Bundesbeitrag dazu bekommen ist noch nicht feststehend. Ich hoffe, daß es gelingen wird. Aber der Krebsenbach wird weitergebaut.

Ja, es hat allerdings 60 Jahre gebraucht, bis dieses Bauvorhaben verwirklicht wurde. So, nun glaube ich, daß ich alle Fragen beantwortet habe. Das große Konzept, das die Weststeirer von Leibnitz bis Eibiswald in Sicht haben, ist sicher auch sehr interessant und wäre auch sehr attraktiv, selbstverständlich die Fertigstellung des Baues der Sobother-Bundesstraße, die ja ihrem Ende zugeht, allerdings die Kärntner sind hier etwas zögernd und zurückhaltend, obwohl sie seinerzeit mit sehr großem Nachdruck gefordert haben, diese Straße sei die einzig mögliche und notwendige Straße.

Inzwischen scheinen andere Überlegungen angestellt worden zu sein, daher kommen wir dort nicht recht weiter. Aber die Frage ist genau so wie jede andere Straßenfrage eine Frage, wieviel Geld wir zur Verfügung haben. Ich kann Sie versichern, meine Damen und Herren, daß wir sehr wohl und sehr überlegt, nicht planlos versuchen, den Straßenbau dort anzusetzen, wo er natürlich verkehrsnotwendig ist. Aber selbstverständlich spielt auch die Frage der Infrastruktur, das heißt die Aufschließung der Gebiete mit eine entscheidende Rolle und ich glaube, daß wir doch einige — und das haben mehrere Redner auch zum Ausdruck gebracht — Befriedigung auf dem Sektor erreicht haben.

Und jetzt möchte ich noch etwas allgemeines sagen. Im Straßenbau und überhaupt im Bauwesen wird es keine großen Sensationen mehr geben, weil schon so viele Pläne vorliegen und es werden soviel neue gefordert, daß es also Neues praktisch nicht mehr geben kann. Also keine Sensationen. Sicher ist dieser Abschnitt „Hoch- und Tiefbau“ und „Straßenbau- und Wasserbau“ der Abschnitt, der — ich habe ja schon die Zahl gesagt — einen echten Investitionsstoß herbeiführt und zur Belebung der steirischen Wirtschaft beiträgt. Ein wirklich echter Stoß, 1,7 Milliarden Schilling ist eine Menge Geld und schafft eine Menge Arbeit und beschäftigt eine Menge Bauarbeiter. Diese Investitionsstöße sind ja auch vor allem deshalb notwendig, damit wir unsere sozialen Aufgaben erfüllen können. Der Landesstraßenbau ist Landesaufgabe, der Güterwegbau ist Landes- und Bundesaufgabe.

Ja, wenn wir beispielsweise für unsere Krankenhäuser, für unsere Heime, für unsere Fürsorgeheime immer wieder auch neue Mittel bereitstellen können, so eben, weil alle jene, die beschäftigt sind, alle jene, die tätig sind, die wirtschaften, die arbeiten, eben die Steuern auf-

bringen, die wir für diese, für alle Bereiche aus der Wirtschaft auch auf dem sozialen Sektor verbrauchen und gebrauchen.

Das ist das Problem, es ist nicht so, daß wir jemanden zugrunderichten wollten, wie das auch von einem Redner gesagt wurde, etwa die Krankenkassen, ja ich möchte noch dazu fragen, warum sollen wir ausgerechnet die Krankenkassen zugrunde richten? Das ist ja ihre Aufgabe, die sind ja nicht Selbstzweck, für die Kranken zu sorgen, ist eine ihrer wesentlichsten Aufgaben. Wir haben immer sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir selbstverständlich auch unsere Verpflichtung hier fühlen, auch wenn es gar nicht unsere Aufgabe ist. Aber wir müssen eben immer auch besorgt sein, daß die Kranken gesund werden und daß wir recht viel Gesunde haben, damit wir alle die Leistungen erbringen können, zu denen wir uns verpflichtet fühlen.

Ich möchte nur noch mitteilen, daß wir versuchen, zu einem neuen Konzept zu kommen. Es haben schon Besprechungen stattgefunden und finden fortgesetzt Beratungen statt. Wir können der Tatsache der Verkehrsentwicklung nicht ausweichen. (Abg. Leitner: „Also doch zu neuen Plänen.“)

Schau, Pläne haben wir genug, Geld haben wir keines, Geld haben wir keines. Wir können also dem Verkehrsgeschehen nicht ausweichen, wir müssen versuchen, ihm zu begegnen. Und es ist sicher so, daß heute mehr als noch vor zwei oder drei Jahren, oder vor fünf Jahren natürlich die Verkehrsentwicklung das Um und Auf ist. Wenn wir die Autobahn Süd verlangen, so sehr wohl bewußt, nicht aus Gründen der Infrastruktur, obwohl da auch alle Argumente dafür gefunden werden könnten, wenn beispielsweise die Menschen verglichen werden, die mit der Südauto- bahn über die Oststeiermark, über die Mittelsteiermark hinauf in die Weststeiermark und nach Kärnten, wieviel hunderttausend Menschen dort erfaßt werden und wieviel im Oberland erfaßt werden, wenn wir auf den Streit eingehen würden, die Autobahn Süd nicht über Graz, sondern über das Mürztal und Murtal zu führen. Wir müssen einfach das Verkehrsbedürfnis sehen. Und wir haben, um hier nicht im Dunklen herumzutappen und Behauptungen aufzustellen, die nicht stimmen, im heurigen Sommer Verkehrszählungen durchführen lassen, sowohl durch ein Institut als auch durch unsere Beamten und wir haben festgestellt, daß besonders im Lastverkehr von jenen Lastwägen, die am Semmering sichtbar sind und gezählt werden, 54 Prozent auch am Neumarktersattel gezählt werden. (Landesrat Sebastian: „Das spricht für den Ausbau in der Obersteiermark!“)

Und bei den Pkw's ist es so ähnlich. Nämlich die Autos, die nur durchfahren durch das Mürztal und Murtal, die gehören ja dort weg, die gehören dort herausgezogen, die gehören von dort auf die Südauto- bahn umgelegt. Das ist das Problem, wenn ich 50 Prozent des Verkehrs im Murtal und Mürztal weg habe, dann habe ich überhaupt keine Sorgen, nicht einmal in Bruck.

(Landesrat Sebastian: „Die fahren dann über die Pack, dann müssen wir die Pack ausbauen!“)

Natürlich, selbstverständlich, na ganz klar, aber deshalb die Südauto- bahn als Entlastung.

Wenn ich also etwas sage zur Pyhrn- Auto- bahn, das ist ein sehr interessantes Projekt, es wird jetzt auch versucht, hochzuspielen. Aber nicht deshalb, weil es schon in kürzester Zeit gebaut werden soll, sondern, um damit die Südauto- bahn zu konterkarieren. (Landesrat Bammer: „Wer hat es denn hochgespielt? Das war doch ein Landtagsantrag der ÖVP!“)

Moment, lieber Bammer! Leben Sie nur von der Luft?

Scheinbar, wir leben aber wirklich im Leben stehend von dem, was möglich ist, nicht aber von Luftgeschäften. Ich würde also meinen, daß ein Regierungsmitglied ja mit der Regierung einig sein soll, daß wir uns da nicht so einfach langsam, aber sicher aufspalten lassen.

Man versucht also etwas hochzuspielen, um das andere zu verhindern. Wir werden daher mit sehr sehr gründlichen Studien und Überlegung versuchen, uns den Bedürfnissen der Zeit anzupassen, aber im Grundsätzlichen von dem was vor 10 Jahren letzten Endes geplant wurde, werden wir nicht sehr sehr weit abkommen. Nur eines, wir werden uns einfach auf bestimmte Punkte konzentrieren müssen und wir werden also dort und da, auch wenn es noch so notwendig ist, einfach zurückhalten, wir werden also nicht im ganzen Lande viele Baustellen haben, sondern wenige konzentrierter Baustellen haben müssen, um eben den Verkehrsbedürfnissen zu entsprechen, um die Verkehrsbedürfnisse zu befriedigen.

Ich möchte abschließend nur noch eines sagen. Am Eifer, am Fleiß, an Tüchtigkeit, an Kenntnissen fehlt es bei unserer Beamtenschaft nicht. Wir können sagen, daß unsere Straßenwärter gerade jetzt, wenn wieder Eisglätte sichtbar ist, auch um Mitternacht auf der Straße zu finden sind, unsere Straßenmeister, ja, daß sie wirklich bereit sind, immer wieder, Tag und Nacht Dienst zu tun, wenn es darum geht, die Sicherheit des Verkehrs zu gewährleisten. Das kann diesen Menschen nicht hoch genug angerechnet werden. Unsere Hofsleute ebenso wie unsere Mitarbeiter im Bauamt, sie sind auch Tag und Nacht bereit, wenn eine Katastrophe sich irgendwo ereignet oder auch, wenn es Eisglätte gibt. Sie sind immer bereit. Dafür möchte ich ihnen sehr herzlich Dank sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Sie sind auch immer wieder bereit, sich den Verhältnissen der Zeit anzupassen, alles, was an neuen Methoden irgendwo sichtbar wird, zu studieren. Und wenn ich eine sehr interessante Erkenntnis der Forschung unserer Baubeamten auch hier sagen darf: Daß wir heute nicht mehr auf den Zementstraßen davonholpern, sondern daß die Fugen praktisch nur mehr ganz kleine Millimeterfugen sind, das wurde von unseren Leuten erforscht, ausprobiert, und heute wird diese Methode in ganz Österreich und darüber hinaus angewendet.

Und zum Abschluß auch noch zu den Bauunternehmern ein Wort. Auch Bauunternehmer

haben wir, mit denen wir mit ganz geringen Ausnahmen sehr zufrieden sind, und auch Bauarbeiter haben wir, mit denen wir sehr zufrieden sind. Wenn der Herr Abgeordnete Loidl, der die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter vertritt, auch mitjammert, so gehört das eben zum Geschäft, glaube ich. Ich habe von ihm schon einmal gehört, daß das eine oder andere vielleicht auch Zweckjammerei sein kann. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Das soll es aber nicht nur bei der Gewerkschaft geben, Herr Landeshauptmann!“)

Ich möchte nur sagen, verehrter Herr Abgeordneter, Bauarbeiterbeschäftigung (Abg. Loidl: „Im Herbst reden wir weiter!“), sie ist eben wegen der Rationalisierung außer Zweifel geringer geworden und sie wird weiter geringer werden. Aber ist das nicht auch ein gutes Zeichen, ist das nicht Grund zur Freude, daß unsere Leute gar nicht mehr auf den Bau zu gehen brauchen, daß sie viel lieber eine Arbeit unter Dach angehen? (Abg. Loidl: „Es geht auch nicht um die Beschäftigung in erster Linie, sondern um die Saisonschwankungen. Es geht um die Vollbeschäftigung!“)

Die Saisonschwankungen werden nie zu lösen sein. (Abg. Loidl: „Aber zu mildern sind sie!“)

Es wird alles versucht, um sie zu mildern. Aber die Saisonschwankung ist nie zu lösen, Herr Kollege, Sie wissen das ja viel besser als ich. Der Bauarbeiter arbeitet ja nicht 45 Stunden im Sommer, er arbeitet ja 60 und 70 Stunden, und er hat auch Anspruch, einmal im Winter sich auszuruhen. Wir haben voriges Jahr im Arbeitsmarktpolitischen Beirat festgestellt, daß die Vermittlung gar nicht möglich ist, vom Arbeitsamt aus auch gar nicht gewollt ist. (Abg. Loidl: „Bei 10 Prozent, und wir haben 40 bis 43 Prozent Arbeitslose. Ich gestehe Ihnen zu, daß es bei 10 bis 15 Prozent zutreffend ist, was Sie sagen, aber es gibt andere, die jammern und weinen, weil sie vor Weihnachten entlassen werden sollen! Soll ich Sie Ihnen schicken?“)

Ich weiß schon, daß es auch solche gibt, und zwar bei jenen großen Firmen, wo der Winter auch so annehmbar verbracht wird, wo man keine Handschuhe braucht. Das brauche ich ja nicht zu erzählen. Du weißt es ja sehr, sehr genau. Ich muß sagen, daß wir uns immer bemüht haben, daß die Regierung sich bemüht hat, durch vorzeitige Freigaben einzugreifen, aber es hat irgendwo seine Größenordnung und Grenze, über die wir eben nicht hinwegkommen. Wenn behauptet wird, daß die Vergabungsordnung nicht die richtige sei, man solle dem Bestbieter und nicht dem Billigstbieter geben, da ist Gewerkschaft und Unternehmerschaft eines Sinnes. Aber ich kann Ihnen sagen, daß wir mit den Skandalen, von denen Sie hier unzuständigerweise geredet haben . . . (Abg. Zinkanell: „Als Abgeordneter hat er das Recht!“ — Landesrat Bammer: „Dafür ist ganz Österreich zuständig!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.)

Hier sitzt kein Justizminister und hier sitzt auch kein Innenminister. Wir haben das Glück, daß wir an diesen Dingen nicht beteiligt sind, obwohl wir auch untersucht worden sind, und

deshalb habe ich ganz bewußt gesagt, dieser Bauskandal ist ein Polizeiskandal geworden und fast auch ein Justizskandal. Ganz überlegt sage ich das, meine Damen und Herren. Man kann nicht einen ganzen Wirtschaftssektor und Tausende von Menschen in eine geistige Situation hineintreiben, wo man sie noch und noch drückt, wo und wie und was hätte er vielleicht doch gegeben, wo man sie wochenlang einsperrt, und dann doch entlassen muß, weil man für eine Haft überhaupt keinen Grund findet. Solche Aktionen sind üblicherweise in einem Rechtsstaat bisher noch nicht vorgekommen. Ich sage nicht mehr. Ich könnte viel mehr dazu sagen. Wir sind Gott sei Dank auch bei unseren Bauunternehmen, bei den Beamten mit diesen Dingen nicht konfrontiert. Und nicht zuletzt deshalb, weil wir eine Ordnung haben, daß wirklich der Bestbieter, wenn er nicht ein Unteranbot stellt, den Zuschlag bekommt, und in den ganz seltensten Fällen, wenn wir feststellen, daß ein Bauunternehmen, das immer ausgezeichnete Leistungen bei uns erbracht hat, nicht entsprechend beschäftigt ist, dann hat die Regierung — nicht die Beamten — ab und zu in Ausnahmefällen beschlossen, einem anderen Bauunternehmen den Auftrag zu geben und nicht gerade dem Bestbieter, wenn er auch ein ordentlicher Bauunternehmer war.

Aber gerade weil wir streng zu dieser Ordnung stehen, gibt es bei uns die Schwierigkeiten nicht, die anderswo — auch berechtigterweise — aufgetreten sind. Ich bitte, uns da nicht in den Rücken zu fallen als Abgeordneter. Ich glaube nicht, daß es wünschenswert wäre, wenn wir hier eine Änderung vornehmen würden. Wo ist dann Ordnung und Recht? (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Das ist kein gutes Recht!“)

Aber, Herr Kollege, Sie werden doch nicht versuchen, uns einzureden, daß unsere Beamten, die viel Praxis haben und auch aus der Praxis kommen, nicht imstande sind, zu beurteilen, ob ein Unterangebot oder ein echtes Angebot vorliegt. Heute ist es ja wirklich so, daß die Anbotspreise sehr, sehr eng beisammen liegen. Auch der Laie kann sagen, daß das sicher ein ordentliches Angebot ist, wenn diese und jene Firma als Bieter auftritt und wenn die Unterschiede in den Angeboten bei den großen Aufträgen nicht mehr als 100.000 Schilling oder 50.000 Schilling betragen.

Wegen der Zahlungsschwierigkeiten brauchen Sie nicht die Landesregierung nennen — beim Bundeshochbau sind manchenmal Schwierigkeiten, aber beim Straßenbau gibt es keine Schwierigkeiten. Da wird sehr prompt bezahlt. Ich glaube, hier kann man nicht sagen, daß es echte Schwierigkeiten gibt.

Meine Damen und Herren, ich habe nur den einen Wunsch, daß doch einige Befriedigung im Lande mit dem Wirken und der Arbeit unseres Bauamtes erreicht wird. Wir wollen ja nichts anderes, als daß wir den Verkehrsbedürfnissen entsprechen oder unsere Arbeit darauf abstellen und einrichten.

Wir wollen ja letzten Endes auch, daß wir in die internationale Welt eingebunden sind mit

unseren Straßen, mit unserem Straßenverkehr, mit unserem Straßennetz. Daher ist ja unser ganz großes Anliegen, daß wir zu einer Autobahn kommen, die einen Anschluß von der Nordsee über die Bundesrepublik, über Wien, über Graz bringt, ihr weiteres Ziel in Klagenfurt und meinetwegen auch noch weiter an der Adria hat. Eine so große Verkehrslinie würde ja erst die Stadt Graz und weite Teile der Steiermark wirklich echt wirtschaftlich anheben und daher das Bestreben, daß wir zu einer solchen großen Verbindung kommen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Bevor ich zum zweiten Teil der Gruppe 6 übergehe, habe ich folgenden Vorschlag dem Hohen Landtag zu machen. Auch die Positionen der Gruppe 7 zerfallen in drei große Abschnitte, die drei verschiedene Referenten haben. Das ist einerseits Feuerwehr und Wirtschaftsförderung, zweitens Landwirtschaft und drittens Fremdenverkehr.

Ich richte nun an das Hohe Haus die Frage, ob die Beratung dieser Gruppe 7 auch so geteilt erfolgen soll und zwar in drei Gruppen wie bei der Gruppe 6 in zwei Gruppen. Ich kann das Einverständnis annehmen.

Es wird nun eine Umfrage erfolgen an Hand eines Bogens bei den 18 Abgeordneten, die sich bereits zur Gruppe 7 gemeldet haben und sie mögen eintragen lassen, zu welcher Gruppe sie sprechen wollen. Selbstverständlich kann auch ein gemeldeter Abgeordneter zu zwei Gruppen sprechen. Ich schreite nun fort in der Beratung des zweiten Teiles der Gruppe 6 und erteile Herrn Abg. Feldgrill das Wort.

Abg. Feldgrill: Hoher Landtag! Es ist den Damen und Herren des Hohen Hauses bekannt, daß mit 1. Jänner 1968 die Bestimmungen des neuen Wohnbauförderungsgesetzes 1968 in Kraft getreten sind. Die Sozialistische Partei die — wie auch bekannt — seinerzeit diesem Gesetz nicht zugestimmt hat, versucht wie bei allen jenen Kriterien, die die Regierungspartei auf Grund ihres Regierungsprogrammes — wenn notwendig auch allein, durchgezogen hat, dieses Gesetz zu bekritteln und herabzusetzen. Dabei werden die Auswirkungen dieses Gesetzes erst gesteigert wirksam und sichtbar, wenn die ab 1. Jänner 1968 nach dem neuen Gesetz geförderten Wohnungen bezogen werden. Die Steiermark hat im Vorjahr noch einen Vorgriff für 1968 nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 gemacht, um ja rechtzeitig die Mittel der Bauwirtschaft zur Verfügung stellen zu können. Damit wurde bis zur Herausgabe der Verordnungen und Richtlinien, die nun einmal auf Grund des neuen Gesetzes beschlossen werden müssen, keine Verzögerung verursacht. Alle diesbezüglichen Vorwürfe im Zusammenhang mit einer Depression der Bauwirtschaft sind jedenfalls im Bezug auf die Steiermark hinsichtlich der Wohnbauförderungsmittel am falschen Platz. Auch bezüglich der Subjektförderung orakelt man immer, daß diese die Mittel für die Förderung einmal aufsaugen könnte.

Dazu ist nur zu sagen, daß auch die Annuitätenzuschüsse Geld, ja, sogar sehr viel Geld gekostet haben. Diese Beträge sollen nunmehr nur nach sozialen Gesichtspunkten vergeben werden und nicht pauschal für jeden Wohnungswerber und jede Einkommensklasse. Das Wohnbauförderungsgesetz 1968 sieht weiters bekanntlich vor, zwei Drittel aller Mittel für den Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen zu verwenden und bereitzustellen. Hier möchte ich kurz auf die Erklärungen des Herrn Abgeordneten Dr. Klausner in seiner gestrigen Generalrede hinweisen (Landesrat Bammer: „Vorgestern war das!“), der meinte, daß Grundbesitz nur ein Vorteil für eine kleine Minderheit sei.

Wenn man den Grundgedanken des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 verfolgt und verwirklicht und zwei Drittel der Mittel für Eigenheime und Eigentumswohnungen verwendet, kann man einen großen Streuungseffekt an kleinem Privateigentum erreichen. Und immer noch ist das Privateigentum das Ziel des größten Teiles der Menschheit und nicht etwa das Gemein- und Gesellschaftsvermögen, an dem der Einzelne nur symbolisch beteiligt ist. Sehr interessant ist auch die Tatsache, daß in größeren Industriegemeinden dem Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen keine, oder oft nur sehr geringe Förderung von Seiten dieser meist finanzstarken Gemeinden zuteil wird. (Landesrat Bammer: „Gibt es die noch, finanzstarke Gemeinden!“ — Abg. Pichler: „Wir wissen es nämlich, daß es keine gibt!“)

Darüber sagt die Statistik alles aus, Sie können es ja nachlesen. Obwohl es im § 7 des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 heißt, die Gemeinden sollen hierzu einen entsprechenden Beitrag leisten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich mit noch einem anderen Punkt befassen, das ist die Anzahl der Wohnungen, die in Österreich gebaut werden. Vielleicht werden es die Damen und Herren der sozialistischen Fraktion nicht gerne hören, aber es liegt nunmehr eine statistische Unterlage über die fertiggestellten Wohnungen für die Zeit vom Jahre 1963 bis 1967 für ganz Österreich vor. Hören Sie bitte gut zu, meine Damen und Herren.

Es wurden 1963 47.000 Wohnungen gebaut. (Landesrat Bammer: „Angefangen oder fertiggestellt?“)

Fertiggestellt. 1965 49.600 Wohnungen, 1966 51.300 Wohnungen und 1967 52.744 Wohnungen in Österreich fertiggestellt. Man soll deshalb nicht mehr damit hausieren gehen, daß wir weniger Wohnungen bauen (Landesrat Bammer: „Die sind ja im Jahre 1965 zu bauen begonnen worden, Herr Kollege, das war eine Erbschaft!“) sondern es wurden 1966 und 1967 mehr Wohnungen gebaut als früher und damit das gesteckte Ziel, die Wunschziffer 50.000 sogar weit überschritten. (Unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Pölzl: „Glauben Sie Herr Landesrat Bammer, daß man mit Schreien die leeren SPÖ-bänke wettmachen kann?“)

Präsident: Ich bitte den Redner fortzufahren.

Abg. Feldgrill: Ich glaube, daß muß einmal mit aller Deutlichkeit hier gesagt werden, damit auch die Haltlosigkeit der im Vorjahr gestarteten sozialistischen Plakataktionen bewiesen ist, die davon sprach, es würden jährlich nur 25—30.000 Wohnungen gebaut werden. (Abg. Pichler: „Ja, im 70er Jahr reden wir weiter!“)

Jawohl, dann reden wir wieder weiter.

Auch im Jahre 1968 werden — wie wir das jetzt schon sehen — über 50.000 Wohnungen gebaut werden. (Abg. Pichler: „Und wie schaut es das nächste Jahr aus?“)

Darüber werden wir das nächste Jahr reden. (Abg. Pichler: „Nur die Schulden für 1968 zu zahlen!“)

Was nun das derzeitige Budget anbelangt, so stehen 1969 — wie der Herr Finanzreferent erklärte — 614 Millionen Schilling für Wohnbauzwecke zur Verfügung.

Wer die Materie genau kennt, weiß natürlich, daß dieser Betrag nicht ausschließlich zur Vergabe für neue Wohnungen zur Verfügung steht, sondern teilweise auch zur Fertigstellung bereits zugesicherter Vorhaben Verwendung findet. Jedenfalls aber steht im Jahre 1969 der steirischen Bauwirtschaft mehr Geld zur Verfügung als in den vorangegangenen Jahren. (Landesrat Bammer: „Glauben Sie das?“)

Ich glaube das, und Sie glauben das auch. (Landesrat Bammer: „Fragen Sie den Kollegen Niederl!“)

Im einzelnen werden 1969 aus dem Landesfonds 21,2 Millionen Schilling (Abg. Nigl: „Er sagt auch nichts, was er nicht glaubt!“), aus dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 157,5 Millionen, aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds 66 Millionen, aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds 135 Millionen Schilling und aus der Landes-Sonderaktion 12,5 Millionen Schilling zur Vergabe zur Verfügung stehen. Dazu gerechnet können noch jene ansehnlichen Summen werden, die von seiten des Bundes für die Fertigstellung von Bauvorhaben des Wohnhauswiederaufbaufonds und des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds vorweg abgezogen wurden und natürlich auch noch für die Bauwirtschaft zum Tragen kommen.

Mit den vorhin genannten Zahlen werden in der Steiermark etwa 5.000 Wohnungseinheiten gefördert werden können, wobei noch ein großer Teil auf die neu vorgesehene Sonderaktion des Landes fällt. Es ist nämlich geplant, da derzeit rund 3.200 Einzelsiedler Anträge gestellt haben, daß ab dem nächsten Jahr eine neue Form der Finanzierung Platz greift, um mehrjährige Wartezeiten zu verhindern, die nicht im Sinne der Förderungswerber liegen. Und zwar sollen alle jene Förderungswerber, die ansonsten ein Direktdarlehen bekämen, vom Land einen nicht rückzahlbaren Zinszuschuß von sechs Prozent für aufzunehmende Hypothekendarlehen mit einer Höchstlaufzeit von 15 Jahren bekommen. Da einerseits die Bestimmungen für die Förderungswerber nicht wesentlich verändert, andererseits die Wartezeiten herabgesetzt und außerdem weit mehr Antragsteller berücksich-

tigt werden können, glaube ich, daß diese neue Aktion von allen Abgeordneten dieses Hauses begrüßt wird. (Beifall ÖVP. — Abg. Pözl: „Von den Sozialisten nicht!“ — Abg. Heidinger: „Der Herr Kollege lacht, weil Sie dazu applaudieren!“)

Abschließend darf ich feststellen, daß mit dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 eines der sozialsten Gesetze in der Republik Österreich beschlossen wurde und daß die für 1969 bereitgestellten Wohnbauförderungsmittel dazu beitragen werden, vielen jungen Ehepaaren, vor allem aber auch einkommensschwachen und kinderreichen Familien neue, moderne und familiengerechte Wohnungen zu verschaffen. (Landesrat Bammer: „Die Botschaft hör ist wohl . . .“ — Abg. Pichler: „ . . . allein mir fehlt der Glaube.“ — Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Ritzinger.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte heute ein Problem zur Diskussion stellen, das meines Wissens in keiner Debatte über das Wohnungswesen jemals angeschnitten wurde. Dieses Problem betrifft die Bausparkassen bzw. die Gewährung von Zinszuschüssen für Darlehen der Bausparkassen. (Abg. Heidinger: „Der spricht in eigener Angelegenheit!“)

Nicht nur in eigener Angelegenheit, Herr Kollege, es gibt auch Bausparkassen am Raiffeisenkassensektor, Volksbanken etc. Ich werde Ihnen beweisen, daß Sie eigentlich geschlafen haben in dieser Frage, weil ich mich wundere, daß dieses Problem bis heute hier noch nicht aufgegriffen wurde. Ihre Partei bezeichnet sich zwar immer als fortschrittlich, aber sie verschläft die Dinge ein bisserl, habe ich den Eindruck. (Abg. Pichler: „Bitte, zum Thema!“)

Ich spreche schon zum Thema, und wenn ich vom Schlafen spreche, kann ich von Ihnen sprechen.

Hohes Haus, das Land Steiermark gewährt Zinszuschüsse in der Höhe von 4 Prozent für Darlehen, die bei den verschiedenen Geldanstalten in Form von Hypothekendarlehen aufgenommen werden und die im Durchschnitt eine Laufzeit von 10 bis 15 Jahren haben. Es erscheint mir sonderbar, daß Zinszuschüsse für Bauspardarlehen nicht gewährt werden, obwohl gerade die Bausparkassen das eigentliche Instrument für Wohnbau und Eigenheimfinanzierung darstellen. (Abg. Heidinger: „Reden Sie mit den Leuten, die einen Bausparvertrag haben. Da hören Sie ganz andere Dinge! Spesen, Spesen, Spesen!“)

Aber, Herr Kollege, Sie können mit mir über alles reden, aber über diese Frage können Sie mit mir hier nicht in Konkurrenz treten. Ich werde Ihnen beweisen, daß Sie hier schlecht beraten wurden. (Abg. Pözl: „Ihm kann man nichts beweisen. Er ist ein Lehrer, die wissen alles besser!“ — Landesrat Bammer: „Reden Sie mit den Leuten, die in mit Bausparkassen geförderten Wohnungen leben. Es stehen in Graz solche

Wohnungen leer! Wir haben nicht geschlafen, tun Sie rechnen!“)

Ich werde es Ihnen vorrechnen, Herr Kollege Bammer, daß das Land einen viel größeren Förderungsrahmen hätte, wenn die Bausparkassen einbezogen wären. (Landesrat Bammer: „In Graz stehen Wohnungen leer, die mit Bausparkassenverträgen gebaut wurden!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Weil sie keinen Zinszuschuß erhalten, und deshalb habe ich mich zu Wort gemeldet. (Unverständlicher Zwischenruf des Landesrates Bammer. — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Aber, Herr Kollege, warten Sie doch ein bisserl, seien Sie doch nicht so nervös. (Präsident: „Herr Redner, ich habe geläutet, und da unterbreche ich auch Sie. Ich bitte, Herr Landesrat Bammer, nicht ununterbrochen dazwischenzureden. Ich bitte, fortzufahren!“)

Jeder Bausparerer muß, bevor er in den Genuß eines Bauspardarlehen gelangt, 30 Prozent an Eigenmitteln selbst ansparen und erhält dann nach Errichtung seines Ansparzieles ein Darlehen in der Höhe von 70 Prozent des Bausparvertrages, und zwar mit einer Laufzeit von 16,5 bis 21 Jahren und außerdem mit einer Verzinsung von 6 Prozent. Der Vorteil des Bausparens liegt vor allem in drei wesentlichen Punkten. Erstens kann der Bau- und Wohnungswerber schon lange vor Baubeginn seine Ansparbeträge von der Einkommensteuer oder Lohnsteuer absetzen, natürlich im Rahmen seine Freibetrages. Es ist also ein echter Vorteil schon bevor der zu bauen beginnt, Herr Kollege. (Landesrat Sebastian: „Und wenn er keine Lohnsteuer hat?“)

Er hat also einen wesentlichen Steuervorteil. Zweitens haben die Bauspardarlehen einen Zinsfuß von 6 Prozent, während umgekehrt die Hypothekendarlehen bei den verschiedenen Geldanstalten zu einem Zinsfuß in der Regel von 7 bis 7,5 Prozent gewährt werden, also ein wesentlicher Zinsvorteil von 1 bis 1,5 Prozent. (Abg. Pichler: „Wie wirkt sich das bei einer kinderreichen Familie aus?“)

Sehr positiv. (Abg. Pichler: „... die keine Steuer zahlt?“)

Wenn er keine Steuer zahlt, hat er den Vorteil, daß er weniger Zinsen bezahlt, aber, wenn Sie es nicht glauben, kann ich Ihnen nicht helfen. (Zwischenruf des Abg. Pözl. — Präsident: „Herr Abgeordneter Pözl, bitte nicht durch Zwiegespräche immer den Vortrag zu stören!“ — Abg. Pözl: „Jawohl, Herr Präsident!“)

Als 3. Vorteil, Hohes Haus, ist die lange Laufzeit der Bausparkassendarlehen zu betrachten. Bei den Hypothekendarlehen im üblichen Sinne werden Laufzeiten von 10 bis 15 Jahren gerechnet. Die Bauspardarlehen haben von Haus aus eine Laufzeit von 16,5 bis 21 Jahren.

Ich kann also klar und deutlich hier feststellen, daß die Bausparkassen und deren Darlehen das klassische Instrument zur Wohnbaufinanzierung darstellen. Um so mehr ist es also verwunderlich, daß bis zum heutigen Tage gerade für diese Bauspardarlehen aus dem Landeswohn- und Siedlungsfonds noch keine Zinsen-

zuschüsse gewährt wurden. Ich fordere die Landesregierung daher auf, dieser Frage ihr besonderes Augenmerk zu widmen und fordere sie gleichzeitig auf, dafür Vorsorge zu treffen, daß für Bauspardarlehen ebenfalls Zinszuschüsse gewährt werden. In diesem Zusammenhang vielleicht noch eines. Wir können, wenn wir für die Bauspardarlehen Zinszuschüsse gewähren, einen größeren Rahmen von Ansuchenswerbern berücksichtigen. Ich habe mir das ausgerechnet, es würde ca. 25 Prozent ausmachen. 25 Prozent deshalb, wenn man an demselben Rahmen von 3 Prozent, die der Bauwerber trägt, festhält, weil das Land dann anstelle von 4 Prozent Zinszuschuß nur 3 Prozent zu bezahlen hätte. Das würde also bedeuten, wenn wir ein Rechenbeispiel nehmen, heute für drei Ansuchenswerber 12 Prozent, bei der Bausparkasse für vier Ansuchenswerber ebenfalls 12 Prozent. Ich fordere daher in aller Form, daß die Bausparkassen in die Zinszuschußaktion einbezogen werden.

Und nun, meine lieben Damen und Herren, noch ein weiteres Problem. In meiner Eigenschaft als Abgeordneter werde ich immer und immer wieder bei den Sprechtagen gefragt, ob es möglich ist, Wohnboudarlehen in größeren Teilbeträgen oder frühzeitig zurückzubezahlen. Das hat mir den Hinweis gegeben, daß es im Laufe der Zeit oder nach Jahren doch Familien und Wohnungswerber und Wohnungseigentumsbesitzer gibt, die ihre finanzielle Basis verbessert haben. Ich glaube, wenn man diese Frage genau untersuchen würde, so käme man doch auf eine ganz erhebliche Anzahl. Ich wäre interessiert, wenn man diese einzelnen Darlehensbesitzer anschreiben und sie darauf aufmerksam machen könnte, daß sie ohne weiteres ihre Wohnboudarlehen vorzeitig zurückzahlen können. Es wäre auch die Frage zu überlegen, ob man nicht einen Teil des Darlehens ca. in der Höhe des jährlichen Kaufkraftverlustes ganz streichen könnte. Durch den vermehrten Rückfluß dieser Mittel wäre es möglich, neben den jährlich zufließenden Bundesmitteln einen viel größeren Förderungseffekt zu erreichen. Ich glaube, daß diese Frage ebenfalls von der Landesregierung geprüft gehört und daß hier, wenn es möglich ist, sofort Maßnahmen einsetzen sollen.

Und nun zum Abschluß noch ganz kurz zum Wohnungsproblem der Jugend. Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Oktober dieses Jahres hat eine Nationalfeiertagsfeier in der Wiener Stadthalle stattgefunden. Dabei hat ein Meinungsforschungsinstitut eine Publikumsfrage gemacht und an die dort versammelte Jugend wurde unter anderem die Frage gestellt, auf welchem Gebiet hat die österreichische Jugend derzeit die größten Probleme. Dazu wurden folgende Antworten gegeben: 39 Prozent bezeichneten als ihr größtes Problem Schule und Studium und bereits 30 Prozent Wohnung und die Sorge um die Wohnung, 22 Prozent Mitwirkung am öffentlichen Leben, 14 Prozent die Hausstandsgründung, 10 Prozent die Freizeitgestaltung usw. Dieser Meinungsforschungstest zeigt uns also, daß die Wohnungsfrage für die Jugend und für die junge Familie nach wie vor

ein brennendes Problem darstellt. Ich habe bei der vergangenen Budgetdebatte zu diesem Problem bereits gesprochen und festgestellt, wie schwierig es ist, für junge Leute heute eine Wohnung zu bekommen. Das Wohnbauförderungsgesetz 1968, zu dem Sie, meine Damen und Herren von der linken Seite, im Parlament ja nicht Ihre Zustimmung gegeben haben, sieht eine besondere Regelung für junge und kinderreiche Familien vor. Und zwar in Form der Wohnungsbeihilfe zwecks leichter Abzahlung der 30prozentigen Restfinanzierung und der Anuitäten.

Diese Wohnungsbeihilfen wurden im Verordnungswege von den einzelnen Landesregierungen im Frühjahr 1968 geregelt und ich habe mir die Mühe gemacht, diese Verordnungen länderweise zu untersuchen, das war im Vorjahr noch nicht möglich. Ich bin auf ein sehr interessantes Ergebnis gestoßen, daß von den neun Bundesländern sieben für die Jugend und für die junge Familie überhaupt keine Sonderregelung vorsehen und nur die restlichen zwei Länder, das sind Steiermark und Kärnten, für die Jungfamilie eine Besserstellung vorsehen. Von diesen beiden Ländern ist es auch wieder das Land Steiermark, welches — was das angemessene Ausmaß der Nutzflächen betrifft — mit 72 m², an der Spitze steht. (Abg. Pichler: „Das Kärnten zuerst beschlossen hat!“)

Nein, Herr Kollege Pichler, Sie fordern mich jetzt heraus, ich wollte das nicht sagen. Aber ich weiß ganz konkret, daß die Kärntner sich in der Steiermark erkundigt haben — abgesehen davon, daß die steirische Regelung besser ist und wenn Sie mich schon herausfordern, schauen Sie, ich wollte eigentlich nicht, aber bitte... (Zwischenruf: „Na, geh, geh.“)

Liebe Kollegen von der Linken, ich will Sie nicht dauernd reizen, ich weiß, daß Wahrheiten auf Sie allergisch wirken, daß Ihnen das nicht gefällt. (Abg. Heidinger: „Ihr Auftritt, bitte.“)

Ich werde Ihnen einiges nachweisen. Ich möchte daran erinnern, daß die Sozialisten im Parlament in Wien groß gesprochen haben als die Österreichische Volkspartei die Wohnbaureform 1968 beschlossen hat. Sie haben dagegen gestimmt. Auch erst jetzt sprechen Sie sehr groß von der Jugend, aber allerdings erst seit dem 6. März 1966, aber dort, meine Herren, wo Sie Ihre Jugendfreundlichkeit beweisen hätten können, dort wo Sie regieren, dort ist weit und breit nichts zu sehen, jetzt beweise ich es Ihnen. (Präs. Afritsch: „Aber das ist doch gar nicht wahr! Da waren Sie noch gar nicht auf der Welt!“)

Schauen Sie, ich lese Ihnen vor: Die Wohnbeihilfe im Burgenland, keine Sonderregelung für die Jugend, Steiermark 75 m², Burgenland 55 m², Kärnten habe ich gesagt ist eine Ausnahme und nun, wenn wir also schon reden, in Wien, da geben Sie vor, so gut zu regieren, Sie haben ja in Wien laut dieser Verordnung nicht einmal die volle Möglichkeit der 150 m² ausgeschöpft. Sie geben einer jungen Familie in Wien nur 55 m². (Landesrat Bammer: „Schlecht informiert.“)

Aber, Herr Kollege Bammer, dann lesen Sie die Verordnung. Ich bin bereit, den Wahrheitsbeweis anzutreten.

Das Höchstmaß im gesamten, das wir, die Österr. Volkspartei, auf 150 m² festgelegt haben, haben Sie nur mit 90 m² festgelegt. (Landesrat Bammer: „Aber das stimmt ja nicht! Aber geh!“ — Abg. Pichler: „Sie sind schlecht informiert!“)

Liebe Kollegen von der Linken, ich weiß, daß das unangenehm ist (Präs. Afritsch: „Es ist nicht wahr, deshalb ist es unangenehm!“ — Abg. Pözl: „Es ist unangenehm wahr!), wenn man also Wahrheiten aufdeckt. Ich nehme Ihnen das nicht übel, daß Sie sich aufregen. Jedenfalls möchte ich hier klar und deutlich feststellen, daß die Steiermark, gerade was die Jungfamilien betrifft, eine vorbildliche Verordnung beschlossen hat. Ich kann daher mit Freude feststellen, daß wir für die Wohnversorgung der steirischen Jugend etwas getan haben und daß wir mithelfen, dieses brennende Problem irgendwo zu lindern und zu lösen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist als Abgeordneter Herr Landesrat Bammer. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Bammer: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, daß ich zuerst zu meinem sehr geschätzten Vorredner etwas sage. Er hat festgestellt, alle, die sich mit dem Wohnbauproblem in den letzten 20 Jahren in diesem Haus beschäftigt haben, haben diese 20 Jahre hindurch geschlafen. Ich bin davon überzeugt, daß sich das die Herren in seiner Partei kaum leisten oder sagen lassen. Ich für mich lehne es ab, weil das Problem, an dem er sich delectiert hat, die Frage der Bausparkassenfinanzierung, nicht neu, allen im Wohnbau Beschäftigten sehr bekannt ist und auch dort, wo es als Grundlage der Finanzierung für den Wohnungsbau angenommen worden ist, leider dazu geführt hat, daß Mieten, das heißt Rückzahlungsraten entstanden sind, die es dem größten Teil unserer Bevölkerung unmöglich machen, diese Wohnungen zu beziehen. Sie können in Graz sogar leerstehende so finanzierte Wohnungen finden. Ich wundere mich aber darüber hinaus, meine Damen und Herren, daß diese neue Erkenntnis, dieses „Ei des Herrn Ritzinger“ nicht dem Herrn Landesrat Dr. Niederl, der ja Wohnbaureferent ist, schon früher ins Nest gelegt worden ist. Es wäre ja fraktionell durchaus möglich. Ich finde aber, es ist ein nicht mehr ganz frisches Ei. (Abg. Pözl: „Tun Sie nicht lästern, Sie werden vielleicht mitstimmen nächstes Jahr!“)

Meine Damen und Herren! Ich möchte darüber hinaus ganz konkret, weil sich in einer Schlußbemerkung der Herr Abgeordnete Ritzinger so daran erfreut hat und so emotionell betont darauf hingewiesen hat „Nur die Steiermark gewährt den jungen Ehepaaren einen Wohnraum von 150 m²“ an den Herrn Kollegen Niederl die konkrete Frage richten, die er bitte im Schlußwort beantworten möge, wieviele Wohnungen im Geschosbau mit dieser Quadrat-

metergröße im Jahre 1968 und 1969 finanziert bzw. bewilligt worden sind.

Denn dann werden wir daraufkommen, daß, so wünschenswert eine große Wohnung ist, es für ein junges Ehepaar, das am Beginn der Einrichtung eines Hausstandes ist, ja praktisch kaum möglich ist, 150 m² in Anspruch zu nehmen oder die hierfür notwendige Kinderanzahl nachzuweisen. (Abg. Heidinger: „Der Ritzinger legt ein Windei!“)

Meine Damen und Herren! Es hat aber auch der Herr Abgeordnete Feldgrill, dem ich ja durchaus nicht gram bin — ich weiß, er ist vom besten Willen beseelt in dieser Frage — betont und eine Statistik über die fertiggestellten Wohnbauziffern der letzten Jahre hier bekanntgegeben, daß im Jahre 1966 und 1967, also im Zeitalter der „Monocoloren“, die größte Anzahl von Wohnungen in Österreich fertiggestellt worden ist. Wenn er, der ja ein sehr wichtiges und renommiertes Mitglied einer großen steirischen Bau-genossenschaft ist, die Bauzeit, den Zeitpunkt von der Einreichung über die Bewilligung des Darlehens und den Baubeginn bis zur Schlüsselfertigstellung rechnet, wird er daraufkommen, daß er eigentlich hier noch von der Erbschaft der Koalitionsregierung in Österreich geredet hat. Wenn er aber sehr, sehr begeistert sagt, es werden im Jahre 1969 5.000 Wohnungen in der Steiermark bewilligt werden, einschließlich der Sonderaktion für Einfamilienhäuser, die, wie wir leider wissen, eine einmalige und nur periodische Auswirkung hat, muß ich sagen, Herr Kollege Feldgrill, bei dem Schlüssel 13 Prozent der Steiermark von Österreich sind das dann knapp über 40.000 Wohnungen, die bewilligt werden. Sie widerlegen also ihre eigene, sehr, sehr großzügige Prognose, indem Sie hier zu einer Relation kommen, die nicht die Ziffern jener Wohnungen erreicht, die 1964 und 1965 begonnen wurden. Mit den Ziffern muß man ein bisserl vorsichtig sein. Ich fürchte, wenn man immer rechnen muß, daß nachgerechnet wird, dann ist die Chance, ganz bis ans Ende glaubhaft zu wirken, nicht mehr sehr groß. Aber, meine Damen und Herren, nun zum eigentlichen Diskussionsbeitrag zu diesen Problemen.

Sie sind ja nicht leicht. Wir haben im Vorjahr eine sehr lebhafte und lange Diskussion gehabt über das neue Wohnbaugesetz 1968; auf der einen Seite die blühendsten Erwartungen, auf der anderen Seite gewisse Einschränkungen und Warnungen. Auch das ist bekannt, denn es ist ja in den Protokollen nachzulesen. Ich finde, daß die Flitterwochenstimmung über das neue Wohnbaugesetz schon etwas abgeschwächt ist. Es war ja dieses Wohnbaugesetz — dazu bekennt sich die ÖVP sehr stolz, wir schränken das gar nicht ein — das Ergebnis einer Einparteienehe, die dieses Wohnbaugesetz im Parlament zustande gebracht hat. (Abg. Pözl: „Was ist das, eine Einparteienehe?“)

Diese Antwort überlasse ich Ihnen. (Abg. Pözl: „Bitte, sagen Sie es mir.“)

Ich werde es Ihnen draußen dann sagen. Es sind so viele junge Damen in den ersten Reihen der Zuschauer. Ich möchte nicht den Widerspruch

der Frau Abgeordneten Egger wegen des Jugendschutzgesetzes wecken. (Abg. Pözl: „Es würde sie aber sicher interessieren!“)

Auch sie kläre ich auf.

Der Zeitpunkt für eine echte Beurteilung der Auswirkung des neuen Wohnbauförderungsgesetzes scheint mir auch noch zu früh. Ich glaube nicht, daß man ernsthaft heute sagen kann, wie sich das Gesetz auswirken wird, schon gar nicht, wie es sich ausgewirkt hat. Trotzdem gibt es aber einige Probleme und Fragen daraus, die man doch schon aus der Handhabung beantworten kann.

Vor allem scheint mir eines der erklärten Ziele der neuen Wohnbauordnung, die Vereinheitlichung der Bestimmungen im ganzen Bundesgebiet und für alle am Wohnbau Interessierten, nicht erreicht worden zu sein. Ich habe aus einer Zusammenstellung allein der Förderungszusicherungen, das heißt des Prozentsatzes des Direktdarlehens und der angemessenen Baukostenpreise für die verschiedenen Wohnungsgrößen gefunden, daß in keinem anderen Bundesland alle Bestimmungen mit irgendeinem der anderen acht Bundesländer übereinstimmen. Das heißt praktisch, wir haben an Stelle des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, die bisher vom Bund verwaltet und gelenkt worden sind, von zwei verschiedenen Bestimmungen, nunmehr glücklich neun. Wenn wir die verschiedenen Sonderbestimmungen noch dazunehmen plus Sonderaktionen und die Abwicklung der noch auslaufenden Fondsbestimmungen für die zwei Fonds, Wiederaufbau- und Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und auch Wohnbauförderung 1954, dann haben wir praktisch eine sehr ansehnliche Zahl verschiedenster Bestimmungen, die sich hier in Österreich nun im Wohnbau breitgemacht haben. (Abg. Feldgrill: „Die Sonderaktion hat es ja bisher auch schon gegeben!“)

Zu den Problemen, die man auch schon jetzt beantworten kann, gehört die Behandlung der Anträge, die aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds des Bundes an die Länder übergeben worden sind und jener des Bundeswohn- und Siedlungsfonds. Es hat in der Steiermark eine sehr lebhafte Diskussion darüber stattgefunden, ob das Wohnbauförderungsgesetz 1968 mit der Festlegung von 75 Prozent Direktarlehen für den Wohnhauswiederaufbaufonds zwingend ist, weil sich die im Wohnbaubeirat vertretenen Parteien einig waren darüber, daß man eine gleiche Behandlung vornehmen soll, das heißt auch 60 Prozent gewähren soll. Das ist entschieden. Die 75 Prozent sind zwingend und damit haben Sie die unterschiedliche Behandlung, die wir im Vorjahr bei dieser Diskussion auch schon stark hervorgehoben haben, und natürlich auch das Unrecht, das durch die unterschiedliche Behandlung jenen Personen angetan wird, die auf der einen Seite Wohnungen aus der Wohnbauförderung 1968 finanziert erhalten oder auf der anderen Seite aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds. Wir sind uns alle gemeinsam darüber im klaren, daß diese — ich sage das durchaus im Sinne der Bedeutung des Wortes — pro-

tektionistische Einschaltung für den Wohnhauswiederaufbau zu Unrecht im Gesetz ist und beseitigt werden müßte.

Das gleiche Problem ist beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds. Wir haben es vor allem mit der Bestimmung der chronologischen Behandlung der unerledigten Anträge mit einer Auswirkung zu tun, die auch bei der Handhabung des Gesetzes zu sehr unangenehmen Schwierigkeiten führt. Uns scheint einvernehmlich, daß eine Flurbereinigung bei den Anträgen aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds und aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds notwendig ist, daß hier Mängel des Gesetzes gegeben sind, die am besten dadurch beseitigt werden, daß das Gesetz eine Novellierung erfährt. Die sozialistischen Abgeordneten im Finanz-Ausschuß haben einen solchen Antrag eingebracht, die Bundesregierung möge aufgefordert werden, das Gesetz in dieser Richtung zu novellieren.

Dieser Antrag hat, obwohl innerlich — davon bin ich überzeugt — die Herren von der ÖVP von der Richtigkeit des Antrages überzeugt waren, nicht die Mehrheit gefunden, scheinbar aus Staatsräson, aus Rücksicht auf die Bundesgesetzgeber, auf die Mehrheit im österreichischen Nationalrat. Mir scheint, daß eine Novellierung des Wohnbaugesetzes 1968 schon jetzt unbedingt notwendig ist, weil es in der jetzigen Form nicht geeignet ist, eine gleichmäßige Behandlung der österreichischen Staatsbürger in der Frage des Anspruches auf eine neue Wohnung zu gewährleisten.

Nun zur Frage der Finanzierung, meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Feldgrill hat sich, wahrscheinlich unabsichtlich, sehr stark auf die gleiche Linie mit dem Herrn Bauminister Dr. Kotzina begeben, der bei der Eröffnung der Grazer Herbstmesse — man konnte es in der Südost-Tagespost als Überschrift sehr deutlich lesen, — dahin geäußert hat „Mehr Wohnbaumittel für 1969!“

Meine Damen und Herren! Ich möchte also — obwohl ich, ich glaube, Sie werden es bestätigen, nicht sehr feige bin — nicht das erste Opfer des Antrages der ÖVP wegen subversiver Tätigkeit sein, aber ich überlasse die Frage, ob tatsächlich mehr Wohnungen im Jahre 1969 gefördert werden, dem Referenten und überlasse die Beantwortung auch den Verantwortlichen in der Bauwirtschaft, den Unternehmern, den Bauauftragnehmern, den Arbeitern, der Bauarbeitergewerkschaft. Wir können heute in einem Jahr über diese Frage sehr konkret an Hand der Ziffern urteilen, ich möchte gar nicht Prognosen stellen, ich möchte nur sagen, Herr Abg. Feldgrill wie beim Abgang Ihrer Rede, die Botschaft hört ich wohl, mir fehlt hier ganz konkret der Glaube. (Abg. Feldgrill: „Es fehlt Ihnen aber oft der Glaube!“ — Abg. Loidl: „Dem einen früher, dem anderen später!“)

Ja, bitte, das ist manchmal nicht einmal schlecht. Meine Damen und Herren, es scheint mir aber, nachdem über die Frage der Wohnbaubehilfen so viel heute gesprochen worden ist, doch noch notwendig, zu diesem Problem noch einmal Stellung zu nehmen. Nämlich aus

der Sicht und aus der Sorge um die Entwicklung des Wohnungsbaues in der Zukunft. Man kann durchaus der Meinung sein, daß es also sehr zweckmäßig ist, in diesen Jahren jetzt das hochzuspielen, ja sogar werben zu gehen, nehmt also Wohnungen in Anspruch, ihr bekommt ja sowieso die Wohnbeihilfe und das geschieht ja, ich habe nur die Sorge, daß wir uns eine sehr starke Inanspruchnahme der Bestimmungen über die Wohnbeihilfe in absehbarer Zeit nicht leisten werden können. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Warten Sie doch ab, wenn die Dinge einmal anlaufen, dann erst kann man übersehen, wie sie sich entwickeln!“)

Herr Abgeordneter, ich habe ja bereits im vergangenen Jahr betont, ich bin ja für die Wohnbeihilfe. Ich stehe zur Wohnbeihilfe und glaube, daß sie geeignet ist, kinderreichen Familien durchaus zu ermöglichen, eine ihr zukommende bessere und größere Wohnung in Anspruch zu nehmen. Man müßt doch noch einmal durchrechnen, ob die Wohnbeihilfe für ein Hypothekendarlehen von 30 Prozent nicht das Maß übersteigt, das wir uns in den nächsten Jahren leisten können. Vielleicht wäre sogar generell unter Inanspruchnahme auch weiterer Finanzierungsmöglichkeiten die Herabsetzung des Hypothekendarlehens zweckmäßiger, damit der Anfall der Wohnbeihilfe nur für einen tatsächlich sehr bedürftigen Kreis gebucht werden kann. Das heißt also, ich sorge und fürchte mich noch immer und diese Sorge konnte mir niemand nehmen im Hinblick auf die Beschäftigung und auf die, leider schlechter werdende Beschäftigung in der Bauwirtschaft, daß wir aus dem Topf zuviel herausnehmen, zuviel an Substanz verlieren und dann praktisch eine weitere Einschränkung und Einschränkung der Wohnbaufträge in der Wirtschaft zur Kenntnis nehmen müssen. Das scheint mir etwas sehr Bedenkliches, es ist ja sicher das Plenum des Landtages nicht der Ort, über Details, über Berechnungsgrundlagen zu diskutieren, Sie wissen alle, das muß man in einem kleinen Kreis tun, weil hier der Rechenschieber, die Rechenmaschine sprechen und nicht allein das Wort.

Aber, meine Damen und Herren, nun noch zu einigen Fragen, die damit zusammenhängen. Wir waren alle sehr stolz und die Herren der ÖVP sind es ja besonders, daß es gelungen ist, die Wohnbaukompetenz des Landes nun endgültig zu sichern und also im Land die Wohnungsfragen zu lösen. Was hier offensichtlich nicht bemerkt wurde und nicht bemerkt werden sollte, ist natürlich der Umstand, daß es seitdem keine außerordentlichen Wohnbaumittel mehr vom Bund her gibt, das heißt also, daß der Bund seine zweckgebundenen Einnahmen den Ländern nach dem Schlüssel, der für die Steiermark ungerecht ist — das betone ich ausdrücklich — überweist, daß aber konkrete Sondermittel, das heißt allgemeine Steuermittel, die bisher jährlich von 50 auf 100 Millionen für den Wohnbau bereitgestellt worden sind, nun nicht mehr bereitgestellt werden, das zwingt uns ja im Land jetzt im Rahmen einer Sonderaktion zur schnelleren Erledigung von Einfamilienhäusern

hier mehr Mittel bereitzustellen. Aber ich sage es noch einmal, mir scheint der Verteilerschlüssel, die Quote die die Steiermark aus dem allgemeinen Wohnbautopf, vor allem bei der Wohnbauförderung 1968, erhält, ungerecht und zu klein und er müßte bei einer Novellierung auch geändert werden. (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Eichtinger.)

Und damit, Herr Abg. Dr. Eichtinger, komme ich auch schon zu meinem Schlußwort.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch noch etwas hier aussprechen, was mir wichtig erscheint. Es ist sicher so, daß wir heute schon bei verschiedenen Anlässen hören, daß in einer gewissen Anzahl von Gemeinden der quantitative Wohnungsfehlbestand, das heißt der mengenmäßige Fehlbestand weitestgehend beseitigt ist, daß es heute noch überwiegend einen Mangel an Qualität bei den Wohnungen, das heißt an besseren Wohnungen gibt. Und es wird aber trotzdem die Verteilung der Wohnbaumittel, das heißt die Bewilligung von Wohnbauanträgen — ich spreche hier von Genossenschaften und Gemeinden — nach einer Norm, oder besser gesagt nach keiner Norm vorgenommen, das heißt unbeschadet ob dort eine echte Wohnungsnot besteht oder keine mehr besteht.

Mir scheint es notwendig, daß sehr rasch, wahrscheinlich aber durchführbar erst im Rahmen der Volkszählung 1971 oder 1970, eine neue Aufnahme des Wohnungsfehlbestandes in unserem Lande erfolgt, damit festgestellt wird, wo haben wir es tatsächlich noch mit einem mengenmäßigen und mit einem qualitätsmäßigen Mangel an Wohnungen zu tun. Das scheint mir notwendig zu sein, damit wir eines vermeiden, meine Damen und Herren, das ist, was schon einmal vor Jahren ausgesprochen wurde, an der noch bestehenden Wohnungsnot vorbeizubauen.

Was für 1969 bewilligt werden wird, was also der Bauwirtschaft zugeführt werden kann, das werden wir in den nächsten Wochen im konkreten sehen, wieweit es Budgetposten sind, die zur Abdeckung bereits eingegangener Verpflichtungen dienen, wieweit neue Impulse daraus hervorgehen, wird die Bauwirtschaft spüren. Ich bin kein Prophet aber auch kein professioneller Miesmacher, ich lasse — ich sage das noch einmal — die Antwort der Bauwirtschaft. Ich fürchte, meine Damen und Herren, sie wird keine sehr lobenswerte für unser Plenum sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich erteile der Frau Abg. Jamnegg das Wort und übergebe den Vorsitz an Herrn 2. Präsidenten Afritsch.

Abg. Jamnegg: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde zum Wohnungsbau sprechen und mich ein wenig auch mit den Ausführungen des Herrn Landesrates Bammer auseinandersetzen. Aber zuerst doch ein Wort zum Herrn Abg. Loidl. Lieber Herr Kollege Loidl, ich darf Ihnen also folgendes sagen. Sie haben hier — und es ist ja nicht zum erstenmal in diesem Hause, daß wir uns über dieses Thema unterhalten — auch über die Ar-

beitslosenziffern in unserem Lande etwas ausgesagt. Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch einmal feststellen, ich habe das schon einmal in diesem Hause getan, aber es scheint mir notwendig, diese Feststellung zu wiederholen. Wir wissen alle, daß die Arbeitslosenziffern, so wie sie am Papier ausgewiesen werden, einfach nicht echt sind. Wir wissen, daß in dieser Ziffer, Herr Kollege Loidl, eine Reihe von Personen enthalten sind, etwa Anwärter auf Pensionen, die die Zeit überbrücken, Kollege Loidl, es sind Frauen, die nach dem Karenzurlaub hier die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen und zu den Arbeitslosenziffern gezählt werden, es sind solche, die freiwillig aus dem Beruf ausscheiden und dann auch die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen, auch landwirtschaftliche Kräfte. Man könnte also den Bogen sehr weit spannen und schließlich übersehen wir auch jene nicht — und diese Ziffer ist nicht unbeträchtlich — die ja in der Tat nicht vermittlungsfähig sind.

Wir werden hier, Kollege Loidl, eine echte Aufschlüsselung der Arbeitslosenziffer verlangen, damit dieses Hin und Her — auch manchmal aus demagogischer Sicht — doch aufhören kann. Wenn wir uns die Arbeitslosenziffer in Österreich anschauen und hier den internationalen Vergleich nehmen, auch überseeisch, nicht nur Europa, dann müssen wir feststellen, daß wir hier weit unter dem Durchschnitt liegen. Unsere Arbeitslosenrate beträgt praktisch nur 2.1 Prozent. Ich will nur zur Entwicklung in unserem Lande sprechen. Im Jahre 1958 hat die Arbeitslosenrate noch 5.1 Prozent in der Relation zum Gesamtbeschäftigtenstand ausgemacht, und heute sind wir, wie ich schon sagte, auf 2.1 Prozent abgesunken. (Abg. Loidl: „Im Sommer, nicht im Winter!“)

Im Winter gibt es nun einmal, Herr Kollege Loidl, eine größere saisonbedingte Arbeitslosigkeit, wenn ich Ihre Sorgen auch verstehe, das muß ich sagen, aber die Winterarbeitslosigkeit ist in allen Ländern die gleiche. (Abg. Loidl: „In Schweden sind es 8 Prozent!“)

Nehmen Sie den internationalen Vergleich auch mit anderen Ländern. (Abg. Loidl: „In Deutschland 5 Prozent!“)

Nun zum Rückgang der Bauarbeiter selbst. Herr Kollege Loidl, ich möchte Ihnen dazu sagen: Ich verstehe es aus Ihrer Sicht, aus der Sicht einer Fachgewerkschaft, wenn Sie hier den Rückgang der Bauarbeiter beklagen. Aber auf der einen Seite verlangen wir auch als Gewerkschafter überall Rationalisierung in allen Branchen und Zweigen.

Natürlich bringt die Rationalisierung auch eine gewisse Reduzierung des Personals in den einzelnen Produktionsstätten mit sich. Aber, Kollege Loidl, wir müssen doch sehen, daß hier ein Umschichtungsprozeß weltweit im Gang ist. Auch in Österreich hat die Umschichtung schon begonnen. Sie kennen die Statistik. Sie wissen, wieweit die Ziffer der Arbeiter schon abgenommen und die Ziffer der Angestellten zugenommen hat. Ich habe hier zufällig mit die Zeitschrift des österreichischen Gewerkschaftsbun-

des „Solidarität“. Hier ist in einem großen Artikel ausgeführt unter dem Titel „Steh auf und geh“, daß auch in Österreich in den nächsten 12 Jahren jeder fünfte von uns aufstehen und gehen wird müssen. Das ist ein ganz normaler Prozeß. Natürlich muß hier vieles getan werden, um den Umschichtungsprozeß zu erleichtern und auch die Härten, die damit verbunden sind, zu mildern. Es gibt das Arbeitsmarktförderungsgesetz, und gerade jetzt im Parlament . . . (Abg. Groß: „Das gibt es noch nicht, Frau Kollegin, das wird es erst geben, das wird noch beraten!“)

Herr Kollege Groß, ich darf Ihnen berichten, daß eben jetzt im Parlament das Arbeitsmarktförderungsgesetz beraten wird und anzunehmen ist, daß von ÖVP und SPÖ dieses Gesetz heute beschlossen wird. (Abg. Loidl: „Das stimmt schon!“)

Das, Kollege Loidl, wollte ich Ihnen sagen. Natürlich verstehe ich als Gewerkschafterin alle diese Sorgen, aber wir müssen die Dinge im richtigen Licht sehen. Österreich ist keine Insel der Glückseligkeit. Wir sind mitten drinnen in der weltweiten Entwicklung, wir sind hier eben nicht ausgeklammert.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Wohnbauförderung. Jeder, der heute mit offenen Augen durch unser Land fährt, wird feststellen, wieviel bisher schon an neuen Häusern, an neuen Eigenheimen in den Märkten, Dörfern und Städten, an Geschosßbauten, überhaupt an Wohnbauten entstanden ist. Wir erinnern uns alle, glaube ich, meine Damen und Herren, an die Zeit, wo es noch ein Glücksfall gewesen ist, überhaupt eine Wohnung zu bekommen. Hier hat sich, für jeden sichtbar, doch sehr vieles verändert. Selbstverständlich ist der Bedarf, auch das wissen wir, noch immer groß, aber das doch, meine Damen und Herren, nicht zuletzt deshalb, weil das Bedürfnis auch und das natürliche Streben nach mehr Wohnkomfort einerseits diesen Bedarf nicht unwesentlich beeinflusst, wie andererseits die Zahl der jungen Ehepaare, wobei hier das Ansteigen der sogenannten Frühehen eine nicht unwesentliche Rolle spielt, ebenso wie der Bedarf der Familie mit wachsender Kinderzahl, die nun einmal eine große Wohnung beansprucht und braucht. Um diesen Bedarf zu decken, wurde sehr viel getan. Lange Zeit hindurch wurde als Idealgrenze — der Herr Abgeordnete Feldgrill hat schon darauf hingewiesen — die Zahl von 50.000 neu zu erbauenden Wohnungen im Jahr angestrebt. Erstmals im Jahre 1966 — und ich möchte jetzt wiederholen, weil es mir bedeutungsvoll erscheint — konnte diese Idealziffer beträchtlich überschritten werden mit 51.300 Wohnungen, 1967 waren es sogar 52.500 Wohnungen.

Es hat, meine Damen und Herren, im Hinblick auf diese zu erreichende Zahl der Wohnungen immer wieder Bedenken gegeben und auch oft Pessimismus. Wir haben das ja heute wieder gehört. Der Herr Landesrat Bammer hat ja breit dieses Thema hier behandelt, auch wieder Pessimismus, nicht für die Vergangenheit, sondern für die Zukunft. Aber für die Vergangenheit kann ich jedenfalls feststellen, daß alle

negativen Vorhersagen durch die Leistungsbilanz wohl eindeutig widerlegt erscheinen, eine Leistungsbilanz, die auch für unser Bundesland vorgelegt werden kann. Mit Landesmitteln wurden in der Steiermark von 1955 bis 1967 mit einer veranschlagten Gesamtbaukostensumme von 4.000.600.000 Schilling 23.504 Wohneinheiten gefördert, wozu noch 4.318 geförderte Wohneinheiten im Jahre 1968 kommen.

Insgesamt, meine Damen und Herren, wurden in der Steiermark vom Jahre 1945 bis 1968 über 85.000 Wohneinheiten gefördert und ich glaube, das ist eine ganz beachtliche Zahl. Hier ist aber auch, Hoher Landtag, eine Aufgliederung nach der Berufsstruktur der Wohnungsinhaber und Wohnungswerber nicht uninteressant. Ich meine hier nur die geförderten Wohnungen. Hier liegen die Arbeiter mit 53,6 Prozent vor allen anderen an der Spitze und das ist erfreulich, weil es hier einen echten Nachholbedarf gegeben hat. Den Arbeitern folgen dann die Angestellten mit 28,5 Prozent insgesamt inklusive der öffentlich Bediensteten und die Landwirte mit 14,1 Prozent. Ich möchte nicht wiederholen — es wurde hier schon ausgesagt — wieviele Mittel im kommenden Jahr zur Verfügung stehen werden; jedenfalls sind es mehr als bisher und wir dürfen annehmen, daß damit nicht nur mehr gebaut wird an sich, sondern daß damit auch mehr Mittel in die Bauwirtschaft fließen.

Und nun, Hoher Landtag, meine Damen und Herren, möchte ich doch auch noch ein paar Worte zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 sagen. Ich bin der Auffassung, daß neben der Altersversorgung, neben der Pensions- und Rentenversicherung, wenn ich das so bezeichnen darf, neben der Krankenversicherung und Unfallversicherung zweifellos mit dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 einer der großartigsten Fortschritte in der Sozialpolitik überhaupt gesetzt werden konnte. Und ich meine hier insbesondere die Wohnbeihilfen, die es nunmehr auch Einkommensschwächeren, Kollege Brandl, gestatten werden, zu einer familiengerechten, ordentlichen, schönen Wohnung zu kommen. Ich habe hier einige Unterlagen mitgebracht. Ich glaube, wenn man so die negativen Meinungen hört (Abg. Loidl: „Nicht negativ!“), dann ist es ganz gut und vernünftig, hier im Hohen Hause auch ein paar praktische Beispiele für diese Wohnbeihilfen anzuführen.

Eine Familie mit vier Kindern etwa mit einem monatlichen Einkommen von 3.000 Schilling und einer geförderten Wohnung von 105 m² wird in Zukunft einschließlich der Verwaltungs- und Instandsetzungsgebühren selbst für die Wohnung monatlich an Rückzahlung 330 Schilling zu leisten haben, aber 850 Schilling an Wohnbeihilfen erhalten. Für den gleichen Personenkreis mit einem Einkommen von 4.000 Schilling beträgt die Wohnungsbeihilfe 700 Schilling im Monat, bei einem Einkommen von 5.000 Schilling noch immer 500 Schilling im Monat. Eine Familie mit drei Kindern und einem Einkommen von 3.000 Schilling für eine 95 m² große geförderte Wohnung bekommt eine Wohnbeihilfe von 685 Schilling, wobei selbst nur 380 Schilling im

Monat inklusive Verwaltungskosten zu tragen sind. Ich könnte hier diese Beispiele noch beliebig fortsetzen. Vielleicht noch eine kleinere Familie, eine Familie mit zwei Kindern bei einem Einkommen von 3.000 Schilling wird eine Wohnbeihilfe von 515 Schilling monatlich für eine 85 m² große geförderte Wohnung erhalten, und auch mit einem Kind bei dem gleichen Einkommen von 3.000 Schilling eine Wohnbeihilfe von 345 Schilling für eine 75 m² große Wohnung. Auch für die jungen Ehepaare gibt es die Förderung auf diesem Sektor. Zwei Personen, also ein junges Ehepaar, mit einem Einkommen von 2.000 Schilling werden für eine 40 m² große Wohnung immerhin eine Wohnbeihilfe von 320 Schilling im Monat zugeteilt erhalten und bei 3.000 Schilling noch immer 120 Schilling. Man könnte diese Beispiele fortsetzen. (Abg. Loidl: „Das ist alles in Ordnung, unsere Sorge richtet sich ja nur dahin, daß wir das Geld aus dem Wohnbaufonds nehmen müssen!“)

Ja, Herr Kollege Loidl, ich komme darauf noch zurück. Mit der Einführung der Wohnbeihilfen, diese Beispiele, die ich angeführt habe, sprechen, glaube ich, für sich, wurde, und das möchte ich eindeutig feststellen, eine überaus soziale Grundlage geschaffen für die jungen Ehepaare und für die kinderreichen Familien, die diese Wohnbauförderung in Anspruch nehmen werden. Ich möchte Ihnen, aber auch dem Herrn Landesrat Bammer, der hier gesprochen hat, noch sagen: Ihre Sorgen um die Mittel für die Wohnbauförderung zweifellos in Ehren, aber es wäre vernünftig — und diese Anmerkung kann ich Ihnen nicht ersparen — wenn etwa Ihre Fraktionskollegen im Parlament bei ihren Forderungen — und es gibt kaum ein Kapitel, zu dem nicht neue Forderungen auch jetzt noch angemeldet werden — gleichzeitig auch Vorschläge für die Bedeckung bekanntgeben würden und für die Aufbringung der Mittel dazu. Das möchte ich Ihnen in diesem Zusammenhang sagen.

Zusammenfassend jedenfalls glaube ich, kann gesagt werden. Man hat den Mut gehabt die Wohnbauförderung neu zu ordnen, man ist von der starren Objektförderung dazu übergegangen, nicht mehr nur die Wohnung, sondern auch den Wohnungswerber zu fördern. Doch hätten wir, meine Damen und Herren, und hier richte ich das Wort an die sozialistische Fraktion, diese neue Ordnung mit diesen sozialen Maßnahmen schon früher haben können. Leider sind die Verhandlungen darüber gescheitert im Jahre 1965 und die Sozialistische Partei hat wenig Verständnis aufgebracht für eine notwendige Neuordnung auf diesem Gebiet. Jedenfalls die Alleinregierung ist mutig an diese Frage herangegangen und hat dieses Gesetz realisiert und ich glaube, daß alle Menschen, die diese Wohnbauförderung in Anspruch nehmen werden, dieses Gesetz als segensreich betrachten werden.

Zum Schluß darf ich noch folgendes sagen. Mit der am 1. Jänner 1969 in Kraft tretenden Bauordnung glaube ich, haben wir eine wichtige Ergänzung erreicht zum Wohnbauförderungsgesetz, zu allen Wohnbaufragen an sich und zwar deshalb, weil mit diesem Gesetz nun auch

für eine echte Qualitätsverbesserung im Wohnungsbau vorgesorgt wird und das ist eine Frage, die mir nicht minder wichtig erscheint. Und wir haben somit, glaube ich, in diesem Jahr alles zusammengenommen in der so wichtigen Frage wie es der Wohnungsbau und die Wohnversorgung nun einmal ist, große Fortschritte — und ich möchte das mit Freude und Genugtuung feststellen dürfen — für die Menschen in unserem Lande erreichen dürfen. (Beifall.)

2. Präsident Afritsch: Ich erteile Herrn Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Baubereich beginnt mit der Planung. Ich möchte daher an die Spitze meiner Ausführungen etwas stellen, was ich in der Generaldebatte habe anklingen lassen. Die Notwendigkeit, die Rechtsgrundlage für Flächennutzungs- und Widmungspläne, das Steirische Planungsgesetz, zu ändern. Ich möchte diese Notwendigkeit noch aus zwei weiteren Gründen unterstreichen, die meist im Zusammenhang mit Planungsfragen sehr zu Unrecht übersehen werden. Der eine Grund ist eine echte, fühlbare und nachweisbare Kostensenkung.

Meine Damen und Herren. Längere und gründliche Planung, das wird Ihnen jeder bestätigen, erspart Baukosten. Und das Zweite ist eine erhöhte Rechtssicherheit. Rechtssicherheit für den einzelnen Bauwerber, der letztlich schon beim Erwerb eines Grundstückes darüber Auskunft erhalten muß oder zumindest soll wie, baumaßenmäßig, gebäudehöhemäßig, er ein Grundstück verbauen kann und was in seiner unmittelbaren Nachbarschaft geschieht. Beides ist heute für keine einzige steirische Gemeinde in der Gesamtheit gegeben. Es gibt Teilwidmungen, natürlich, es gibt Planungen, die Teilbereiche umfassen, aber ein gesamtes Planungswerk, das heißt, ein Flächennutzungs- und Verbauplan einer steirischen Gemeinde, genehmigt von Seiten des Landes, liegt nicht vor, und wird, wenn dieses Planungsgesetz keine Änderung erfährt, auch in Hinkunft nicht vorliegen. Dabei weise ich nochmals und mit aller Eindringlichkeit auf die entscheidende Frage des Grundankaufes im Bereich der sogenannten Vorbehaltsflächen hin, wo eine Änderung zwingend notwendig ist, weil die Gemeinden einfach nicht in der Lage sind, all jene Flächen, die im Laufe der nächsten 10, 15, 20 Jahre, also im Planungszeitraum erforderlich sind, tatsächlich auch käuflich zu erwerben. Ich möchte nochmals erinnern, daß es hier sicher Möglichkeiten gibt, die rein finanzmäßigen Rücklagen im Grundbesitz von Banken und Sparkassen in Anspruch zu nehmen und hier in einer Zusammenarbeit mit den Geldinstituten zu einer Lösung zu kommen, die im Interesse sowohl des einzelnen Grundbesitzers, der etwas abtreten muß oder abtreten soll, also des sogenannten Planungsgeschädigten, als auch insbesondere der Gemeinschaft innerhalb der einzelnen Gemeinden liegen. Soweit zur Frage der Planung.

Nun, meine Damen und Herren, kann ich nicht umhin, zum Gesamtbaugeschehen, über das ja in einzelnen Fragen schon heute gesprochen wurde, auch einige Randbemerkungen zu machen. Ich habe mir erlaubt, von dieser Stelle aus im Jahre 1966, also vor zwei Jahren, vier Punkte anzuschneiden, von denen sich zumindest drei in der Zwischenzeit in meiner Prognose, ich muß sagen leider, als völlig richtig erwiesen haben. Ich habe zuerst von der Notwendigkeit gesprochen, auch vom größten Auftraggeber, sprich öffentliche Hand, her gesehen, einer Spezialisierungstendenz der Firmen entgegenzukommen, nicht sie zu erzwingen, nicht sie gewissermaßen durch Gesetz herbeizuführen, aber wohl in der Frage der Auftragsvergabe dieser Spezialisierung entgegenzukommen, sie zu fördern.

Es hat mir der Herr Landeshauptmann vor zwei Jahren erklärt, daß das undenkbar sei, daß das im Widerspruch mit einer freien Wirtschaft stehe, auch meine Gegenbeweise etwa aus dem Bereich der amerikanischen Bauwirtschaft haben an dieser Einstellung nichts geändert. Nun, meine Damen und Herren, nehmen wir die Dinge wie sie heute leider Gottes sind, stellen wir die Tatsache voran, daß über ein Viertel der mittleren, aber auch zum Teil der größeren Baufirmen noch — ich zitiere die Worte des Herrn Finanzreferenten Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner — einer starken Flaute ausgesetzt sind.

Meine Damen und Herren, ganz offen gesprochen, jene Firmen, die heute ihren Maschinenpark noch nicht verdient haben, das heißt mit der Zinsbelastung eines großen Maschinenparks arbeiten müssen, stehen an der Grenze zwischen noch weiterer Tätigkeit oder Ausgleich und Konkurs. So schaut es aus, weil das Bestreben und die Größenordnung der Baufirmen, in allen Bereichen vom Tiefbau bis zum Spezialhochbau einzusteigen und sich selbst mit dem notwendigen Maschinenpark einzudecken, weil dieses Bestreben einfach im Bauvolumen, das im österreichischen Bereich denkbar ist und unter den gegebenen Konkurrenzverhältnissen nicht drinnen liegt. Das heißt, die sehr harten und sehr rauen Gesetze der Wirtschaft vollziehen jetzt, allerdings für manche Firmen mit letalem Ausgang, diese Spezialisierung, von der ich gesprochen habe.

Ein zweites Problem war die Frage von Mehrjahresaufträgen, von denen mir dann allerdings im Vorjahr der Herr Landeshauptmann erwidert hat, daß dies ohnehin — er hat auch eine Pressekonferenz abgehalten — von ihm gewissermaßen eingeplant sei und durchgeführt würde.

Ein dritter Punkt, der auch heute schon Anlaß zur Diskussion gegeben hat, ist die Änderung der Vergabevorschriften. Meine Damen und Herren, ich muß dazu nur eine Anmerkung machen. Persönlich bin ich absolut der Auffassung, daß das jetzige System, das keineswegs, weder dem Grunde noch der ganzen Systematik nach ein Bestbietersystem ist, sondern nur ein Billigstbietersystem, daß dieses System geändert gehört. Man könnte darüber reden, ob man etwa

dazu übergeht, eine erprobte Vergabungsart, den Billigsten und den Teuersten zu streichen und den Mittelwert der Restfirmen zu nehmen und jene Firma zu beauftragen, die diesem Mittelwert am nächsten liegt.

Ich darf dazu nur sagen, daß in einer solchen Vorgangsweise auch Preisabsprachen außerordentlich schwer zu treffen sind, was ja auch vom öffentlichen Interesse her nicht abzulehnen wäre.

Aber ich möchte noch etwas sagen. Mir ist beim Durchsehen der Berichte und Informationen ein ganz interessanter Artikel eines Herren Dr. Fritz Bock aufgefallen, der ja eigentlich irgendwie etwas mit der Bauwirtschaft zu tun gehabt haben soll. Dieser hat sich sehr wohl und sehr eingehend mit der Notwendigkeit der Änderung der Vergabungsvorschriften beschäftigt. Er will sie in bestimmten Grenzen halten, das ist durchaus Diskussionsgegenstand, aber die Notwendigkeit dieser Änderungen ist unbestritten. Und diese Notwendigkeit, glaube ich, muß bejaht werden, um wirklich leistungsgerecht zu sein und auch gewisse Mißdeutungen — ich will ein härteres Wort vermeiden — die gang und gäbe sind, ganz gleich, meine Damen und Herren, ob in diesem oder einem anderen Bundesland, zumindest zu erschweren, wenn möglich hintanzuhalten.

Wenn man die Durchstechereien, auch wieder, um ein härteres Wort zu vermeiden — man könnte genauso Gaunerei dazu sagen — die im Sammelbegriff des Bauskandals liegen, wenn man diese Durchstechereien heute als Justizskandal, Polizeiskandal — das ist es zweifellos auch — bezeichnet, so stimmt dies. Wenn man aber lesen muß, daß bei jenen 51 Leuten mit 17 Millionen, kein strafbarer Tatbestand vorliegt, dann werden Sie mir rechtgeben, daß das kein Mensch in diesem Lande versteht und man sich die Frage stellt, wie das überhaupt möglich ist. Ich glaube doch, daß es nicht soweit kommen sollte, daß jener üble Witz eine Berechtigung findet, der von Rumänien handelt, das ja zumindest zur Zeit vor dem 1. Weltkrieg und auch in der Zwischenkriegszeit dafür bekannt war, daß es diese Schreibtischladen zum Durchschieben verwendet hat. Hier saß der Klient und hier jener, der zu entscheiden hatte und je nach Höhe des eingelegten Honorars fiel die Entscheidung aus. Der üble Witz spricht davon, daß nunmehr eine rumänische Studienkommission sich auf Grund dieser Tatsache — 51 Mann und 17 Millionen — in Österreich erkundigt, wie perfektioniert das System der Korruption hier in Österreich ausgebaut sei.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum 3. Punkt meiner Ausführungen kommen, der sich mit dem gesamten Wohnungsgesetz 1968 beschäftigt. Es ist nicht meine Absicht mit diesen Ausführungen nun irgend einem Abgeordneten oder einer Partei eins auszuwischen zu wollen. Das interessiert mich gar nicht. Aber eines interessiert mich: Ein paar Tatsachen, und zwar praktisch und nicht theoretisch, zu diesem Problem zu sagen. Es ist unbestritten, daß das Wohnungsbeihilfengesetz, das ursprünglich beschlossen hätte werden sollen, dessen Entwurf ja vor-

lag, dann in der Form des § 15 in die Wohnbauförderung 1968 Aufnahme gefunden hat. Es ist auch unbestritten, daß alle Berechnungsbeispiele, wer wieviel an Wohnbeihilfe bekommt, sicher einmal wirksam werden, aber noch nicht wirksam sind, weil sie alle wissen, daß die Wohnbauförderungsmittel des Jahres 1968 zum überwiegendsten Teil noch im Jahre 1967, also nach den alten Förderungsrichtlinien vergeben wurden.

Aber was viel entscheidender ist, meine Damen und Herren, und ich habe das in einer Anfrage an Herrn Landesrat Dr. Niederl ja bereits einmal unterstrichen, nur wird dieses Problem auch jetzt noch immer härter, ist die Ungerechtigkeit, die darin besteht und bestehen bleibt, daß die Familie Meier, die meinethalben im Jahre 1968, auch noch 1969, nach den Förderungsrichtlinien der Wohnbauförderung 1954 bzw. des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und dergleichen mehr eine Wohnung erhält, für diese Wohnung im sozialen Wohnungsbau für zwei Zimmer mit meiner Küche und Bad über 1.100 Schilling samt Betriebskosten zu zahlen hat und nicht einen Knopf Beihilfe bekommt und die Familie Müller, die meiner wegen ein halbes Jahr später eine Wohnung bezieht, selbstverständlich — und das ist ja zu begrüßen — eine solche Wohnungsbeihilfe erhalten wird. Diese Diskrepanz bei völlig gleichen anderen Voraussetzungen, wie Einkommensverhältnisse, Kinderzahl und dergleichen mehr ist eine Ungerechtigkeit, die beseitigt gehört. Natürlich ist die theoretische Forderung nach familiengerechten Wohnungen richtig und zu unterstreichen. Aus der Praxis darf ich Ihnen aber folgendes sagen.

Bei den wirklich sozial Bedürftigen, und sie sollte doch jedenfalls jede Wohnbautätigkeit miteinschließen, ist es nicht möglich, sie in freierwerbende und fertiggestellte Drei- oder sogar Vierzimmerwohnungen einzuweisen, weil sie händeringend, so dringend sie eine Wohnung auch brauchen, im Wohnungsamt die Erklärung abgeben — das können wir nicht schaffen — das können wir finanziell nicht verkraften. Das ist die Tatsache. Wenn wir vor drei oder vier Jahren im Bereiche der Wohnungszuweisungen der Landeshauptstadt Graz für ein solches fertiggestelltes Haus für eine Zuweisung etwa eine Woche gebraucht haben — samt Vorladung der vorgesehenen Parteien und Abschluß der Mietverträge in der Liegenschaftsverwaltung — darf ich Ihnen sagen, daß wir jetzt ein halbes Jahr und mehr brauchen, bis wir durch Tausch und alle möglichen Versuche den wirklich Bedürftigen helfen können, weil die wirklich Bedürftigen in Neubauten überhaupt nicht mehr einziehen können. Dieser Umstand verschärft sich noch solange, etwa noch eineinhalb Jahre, bis die ersten Wohnungsbeihilfen fällig werden. Aber für die Familien, die heuer und nächstes Jahr in überwiegender Zahl drankommen, bleibt diese Verschärfung bestehen, wenn Sie wollen, lebenslang. (Abg. Feldgrill: „Aber für Kommande wird es wohl sein. Einmal muß man anfangen!“)

Aber, Herr Kollege, seien Sie mir nicht ungehalten, dieses Verständnis, daß bei den Familien jetzt nicht da ist, werden Sie bei den Betroffenen nicht finden, ganz abgesehen davon, daß diese unterschiedliche Behandlung zweifellos bereinigt gehört. Ich glaube, da werden Sie doch mit mir übereinstimmen. Diese Bereinigung nach der gegebenen Rechtslage ist nur in Form einer neuerlichen Überlegung — und ich würde es für zweckmäßig halten, ich habe das auch gesagt — nämlich durch die Herausnahme des § 15 aus der Wohnbauförderung 1968 und durch die Beschlußfassung über ein eigenes Wohnungsbeihilfengesetz denkbar.

Das, meine Damen und Herren, ist ein echtes Anliegen, das einfach aus der gegebenen Sachlage heraus verstanden werden soll und verstanden werden muß. Besonders dieses Anliegen wollte ich als sehr dringlich diesem Hause auch vortragen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Abschluß des zweiten Teiles der Gruppe 6, Wohnungs- und Siedlungswesen, spricht der zuständige politische Referent, Herr Landesrat Dr. Niederl. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dr. Niederl: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nun meine Aufgabe, am Schluß der Diskussion über die Wohnbauförderung zu den einzelnen Diskussionsbeiträgen Stellung zu nehmen und einige Fragen, die mit dieser Förderung zusammenhängen, doch aufzuwerfen. Ich möchte aber vorher etwas sehr Ernstes sagen. Aus den Diskussionsbeiträgen ist ganz pauschal das Wort des zwielichtigen Beamten und der Lade, die man durchschiebt herauszuhören gewesen. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „In Rumänien, Herr Landesrat!“)

Ich würde sehr ersuchen, daß man solche Pauschalverdächtigungen nicht macht, denn die überwiegende Mehrheit der Beamten, die in diesem Lande und auch in meiner Abteilung arbeiten, sind wirklich frei von jeder Verdächtigung. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Pauschalverdächtigungen führen zu einer Verunglimpfung. Jeder, der Soldat war, weiß wie es gewesen ist, wenn er seine Uniform angehabt hat und ausgegangen ist, hat sein Kompaniechef zu ihm gesagt, Du mußt aufpassen, daß Du ordentlich bleibst, denn nicht Du bist es, der auffällt, sondern alle anderen werden mit hineingezogen.

Nun zu den Fragen, die hier aufgeworfen worden sind. Der Kollege Ritzinger hat gefordert, daß die Bausparkassen insofern eingespannt werden, als Zinsenzuschüsse zusätzlich zu den Bauspardarlehen gegeben werden. Das wird derzeit geprüft, ob und in welcher Form es möglich ist. Ich möchte aber dazu sagen, daß es vielfach so ist, daß derjenige, der um ein Wohnbauförderungsdarlehen ansucht, nebenbei noch das Bauspardarlehen braucht, um seinen Bau finanzieren zu können. Aber wie gesagt, wir werden das prüfen.

Ich nehme auch die Anregung gerne auf, daß bei einer vorzeitigen Rückzahlung Erleichterun-

gen eingeschaltet werden sollen, damit der Rückfluß der Wohnbaurdarlehen schneller vor sich geht. Ich bin auch der Meinung, daß man die über Bausparkassen frei finanzierten Wohnungen fördern soll, damit sie gebaut werden. Jeder, der sich eine solche Wohnung leisten kann, braucht dann keine Wohnung, die über den sozialen Wohnungsbau gefördert wird.

Der Herr Landesrat Bammer hat eine konkrete Frage gerichtet und zwar wieviel Wohnungen mit 150 m² gefördert worden sind. Ich kann Ihnen das nicht sagen, ich müßte alle Akten durchschauen, aber eines ist sicher, die Voraussetzungen sind gegeben und gerade (Landesrat Bammer: „Die Theorie ist da.“) die prozentmäßige Gewährung der Wohnbauförderungsdarlehen gibt ja die Möglichkeit, von der kleinsten Wohnung wegzukommen.

Wir wissen ja aus der Vergangenheit, als die Wohneinheit starr mit 90.000 bzw. 100.000 Schilling gefördert wurde, daß der Trend, kleinere Wohnungen zu bauen, deshalb vorhanden war, um auszugleichen. Das fällt jetzt sicher weg. Eines ist auch hervorzuheben, daß wir in der Steiermark einstimmig im Wohnbauförderungsbeirat beschlossen haben, für junge Ehepaare 75 m² Nutzfläche vorwegzunehmen, um eben der jungen Familie Raum zu geben, daß sie in den ersten Jahren auch mit dazukommenden Kindern unterkommen kann.

Nun, bezüglich der Vereinheitlichung kann ich sagen, daß wir uns in der Steiermark bemühen, in absehbarer Zeit zu erreichen, daß der Bundeswohn- und Siedlungsfonds und auch der Wohnhauswiederaufbaufonds zu Ende geht. Gerade zum Wohnhauswiederaufbaufonds werde ich später noch etwas sagen.

Die Frage der Wohnbauhilfe ist ein Problem, das wissen wir. Nun, vorauszusagen ob die Mittel reichen werden oder nicht reichen werden, das ist eine Kunst, die derzeit noch niemand kann. Gerade voriges Jahr bei der Budgetdebatte sind die statistischen Unterlagen vorgelegt worden und haben nicht ganz gestimmt. Aber ich bin der Meinung und möchte es heuer genauso wie voriges Jahr wiederholen: wenn der Gesetzgeber vorsieht, daß Wohnbauhilfen gewährt werden, dann wird er sich in der Zukunft wohl auch überlegen müssen, wie man die Mittel für diese Wohnbeihilfe aufbringt.

Auch bei Neuaufnahme des Wohnungsfehlbestandes wird bei der nächsten Volkszählung sehr wesentlich sein. Wir wissen, daß die Wiener beispielsweise die Bassenawohnung als Wohnungsfehlbestand angeführt haben. Wenn wir in unseren ländlichen Bereich hinausschauen, na da ist bei den bäuerlichen Familien vielfach ein Zimmer eine Wohnung. Ich bin der Meinung, daß man das auch als Wohnungsfehlbestand anschauen muß, weil ja letzten Endes der Wohnungsfehlbestand für die prozentuelle Aufteilung der Wohnbauförderungsmittel zwischen den einzelnen Bundesländern maßgebend ist.

Der Herr Abg. Dr. Götz hat hier das Gleiche wie voriges Jahr gesagt, daß der Schnitt vom 31. Dezember 1967 zum 1. Jänner 1968 schwierig ist. Das ist unbestritten und ich möchte es be-

stätigen. Aber ich möchte auch wiederholen, was hier in einem Zwischenruf bereits zum Ausdruck gekommen ist. Wir hätten zwei Alternativen gehabt, überhaupt keine Änderung oder doch eine Änderung, die zum Besseren führt. Ich glaube, wir müssen den Mut haben, diese Änderung mit den vorhandenen Problemen auf uns zu nehmen.

Nun, ich möchte noch weiter folgendes sagen. Natürlich sind mit dem Beginn der Wohnbauförderung 1968 Fragen und Probleme aufgetaucht. Ich möchte hier Tatsachen feststellen und einen genauen Bericht über die Wohnbauförderung und über jene Maßnahmen geben, die im Jahre 1968 in Vollziehung des Wohnbauförderungsgesetzes getroffen worden sind. Am 8. April 1968 wurden die Verordnungen zum Wohnbauförderungsgesetz, die sich mit den angemessenen Gesamtbaukosten, mit der angemessenen Nutzfläche, mit der Wohnbeihilfe und mit den Eigenmitteldarlehen befassen, von der Landesregierung beschlossen und nach sehr eingehenden Beratungen konnten dann die Richtlinien zur Wohnbauförderung im Herbst verabschiedet werden. Sowohl die Verordnungen als auch diese Richtlinien bieten die Gewähr einer fortschrittlichen, modernen und auch sozialen Wohnbauförderung im Lande Steiermark.

Zu den vorhandenen Mitteln selbst möchte ich folgendes feststellen. Im Budget des Jahres 1969 sind Mittel im Betrage von 661 Millionen Schilling vorgesehen. Dieser Betrag wird im kommenden Jahr ausgegeben und steht der steirischen Wirtschaft zur Verfügung. Es wird auch immer wieder vorauszusagen versucht, wieviel Wohnungen im kommenden Jahr gebaut werden. Ich kann es Ihnen nicht präzise sagen, denn wir fördern nach einem Prozentsatz und nicht nach der Wohneinheit. Man könnte höchstens die Quadratmeter vorausschätzen, die nächstes Jahr gefördert werden. Nach einer Auskunft der zuständigen Rechtsabteilung werden es im Jahre 1969 voraussichtlich 330.000 m² Wohnfläche sein.

Wir werden jeweils am Ende des Jahres mitteilen können, wieviel Wohneinheiten tatsächlich gebaut worden sind. Ich habe bereits voriges Jahr gesagt, daß es glaubwürdiger und verlässlicher ist, eine Bilanz zu ziehen, als eine Vorschau zu geben. Ich darf daher vorerst für das Jahr 1968 Bilanz ziehen und Ihnen mitteilen, daß im abgelaufenen Jahr 4.493 Wohneinheiten und fünf Heime gefördert wurden und hierfür ein Förderungsbeitrag von 456,7 Millionen Schilling zugesichert worden ist.

Im Herbst 1967 wurde ich durch Abgeordnete dieses Hauses aufgefordert, alles zu unternehmen, um im Interesse der Bauwirtschaft die Wohnbauförderungsmittel ausreichend und rechtzeitig flüssig stellen zu können. Ich habe daher veranlaßt, daß die Zusicherungen für die Jahre 1968 und 1969 in sehr weitreichendem Ausmaß bereits Ende 1967 und Anfang 1968 gegeben werden konnten.

Der Erfolg ist auch eingetreten, wir haben derzeit von den bereits bewilligten Bauvorhaben nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 423 Häuser mit 5.840 Wohnungen noch ab 1969

im Bau. Davon sind 135 Häuser mit 1.008 Wohnungen überhaupt noch nicht begonnen und 103 Häuser mit 1.198 Wohnungen bis maximal zum Rohbau gediehen. Für diese bereits zugesicherten Bauten sind noch 245 Millionen Schilling im Jahre 1969 in Anspruch zu nehmen.

Im Rahmen des Wohnhauswiederaufbaues sind 10 Häuser mit 285 Wohneinheiten ab 1969 im Bau und werden hiefür Förderungsmittel im Betrage von 63,3 Millionen Schilling vorgesehen. Im Rahmen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds sind es 17 Häuser mit 326 Wohneinheiten, die im Bau sind und dafür sind 46 Millionen Schilling an Förderungsmitteln bereitgestellt.

Vom Sonderprogramm wurden bisher 309.220.000 Schilling zugesichert. Die Genossenschaften und Gemeinden haben davon 52,4 Millionen und die Privatpersonen 38,6 Millionen noch nicht in Anspruch genommen. Das sind zusammen ungefähr 91 Millionen Schilling.

Wir können zusammenfassend daher sagen, daß im Jahre 1969 folgendes noch gebaut wird: 557 Häuser mit 6.928 Wohneinheiten — das ist sehr viel, wenn man die Vergleiche zwischen 1918 und 1938 nimmt, wo nicht mehr gebaut wurde als hier in diesem Zeitraum —; dann sind es 190 Häuser mit 1.660 Wohneinheiten, die noch nicht begonnen wurden und 115 Häuser mit 1.410 Wohneinheiten, die sich im Rohbau befinden. Dazu kommen all jene Bauten, die erst 1969 zugesichert werden, die nun derzeit bezüglich der Vergebung in Verhandlung stehen.

Die Mittel für die Wohnbauförderung haben sich ebenfalls sehr stark verändert, und ich möchte Ihnen zwei Vergleiche nicht vorenthalten. In den Jahren 1961 bis Ende 1964 wurden insgesamt 12.936 Wohneinheiten mit einem Volumen von 738,7 Millionen Schilling gefördert, während es vom 1. Jänner 1965 bis heute, also im gleichen Zeitraum, 17.640 Wohneinheiten mit einem Förderungsvolumen von 1,09 Milliarden Schilling sind.

Wir erkennen dadurch eine 36prozentige Steigerung der Wohnbauförderung in der Gesetzgebungsperiode dieses Landtages. Es sind natürlich auch Probleme vorhanden, mit denen wir uns zu befassen haben. Vor allem macht die große Zahl der Anträge, die gerade in letzter Zeit gestellt worden sind, große Schwierigkeiten. Beim Einfamilienhausbau sind es weit über 3.000 Anträge. Gerade auf diesem Gebiet ist ein ungeheurer Druck vorhanden. Die Bürger unseres Landes wollen immer mehr die Möglichkeit der Erwerbung eines Eigenheimes nutzen. Es sind gerade die weniger bemittelten Bevölkerungskreise, die hier ein so positives Bekenntnis ablegen; denn 53,7 Prozent aller Förderungswerber sind Arbeiter, 83,9 Prozent sind Arbeitnehmer. Interessant ist auch die starke Steigerung in der bäuerlichen Bevölkerung. Es sind derzeit 14,2 Prozent.

Der Herr Abgeordnete DDr. Götz hat auch auf die Raumplanung Bezug genommen. Ich kann Ihnen sagen, daß wir am 29. Oktober einen Unterausschuß gebildet haben, der sich mit der Raumordnung im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung befaßt, um auch von dieser Seite

aus einer Gefahr der Zersiedlung zu begegnen. Denn es ist auch uns bekannt, daß vielfach die Gemeinden auf diesem Gebiet vielfach überfordert werden. Zu jedem Haus sind vier Dinge notwendig, Weg, Wasser, Abwasser und elektrische Energie. Die Gemeinden haben es auf Grund der vorhandenen Gesetze, die sicher zu überdenken sind, wohl in der Hand, hier ordnend einzugreifen, bevor der Wohnbauförderungsantrag zum Amt der Steiermärkischen Landesregierung kommt. Vielfach ist es bei der Antragstellung so, daß sich das Haus bereits im Rohbau oder auf Kellergleiche befindet.

Wenn man die Erhaltung des Raumes zum Leben in dieser Gemeinschaft auch in den Vordergrund stellt, so darf man nicht übersehen, das richtige Maß in der Eigentumsbeschränkung zu finden. Gerade in der Beschränkung des Eigentums liegt genauso viel Gefahr als in der Nichtbeschränkung. Die Möglichkeit des Eigentumsverlustes kann nicht genau genug überlegt werden, das sei hier nur zu dieser Sache gesagt. Noch einmal möchte ich betonen, der Antragsteller kommt ja erst, wenn er die Baugrundwidmung und Baubewilligung bereits hat.

Eine weitere sehr wesentliche Aufgabe, die neu ist und als zukunftsorientiert angesehen werden kann, liegt in der Wohnbauforschung. Die Möglichkeiten, die durch das neue Gesetz geschaffen wurden, sollen bestens genutzt werden. Im Jahre 1969 stehen für Österreich rund 35 Millionen zur Verfügung. Mit diesem Betrag kann man sicher etwas unternehmen. Von der Steiermark aus haben wir den Antrag gestellt, Forschungsprojekte in zwei Richtungen zu unterstützen, einmal für das ländliche Bauen, um unseren bäuerlichen Betriebsinhabern im Rahmen eines Musterhofes, der zu unterstützen wäre, zu zeigen, wie die besten Möglichkeiten des Wohnens der bäuerlichen Familie in Verbindung mit dem Arbeiten und dem Wirtschaften aussehen. Ein Kuratorium befaßt sich mit den Vorarbeiten und das Bundesministerium für Bauten und Technik hat die Unterstützung zugesagt. Ein zweiter Forschungsantrag befaßt sich mit städtebaulichen Aspekten. Moderne Architektur und Planung soll hier untersucht werden. Die Funktion, Konstruktion und Situation des Wohnraumes in Verbindung mit den Verkehrsflächen, den Geschäftseinrichtungen und überhaupt allen städtischen Gesichtspunkten sollen geprüft werden. Neue Formen des Wohnungsbaues unter Berücksichtigung sehr vieler Dinge des menschlichen Lebens sollen in diese Forschungsaufgaben einbezogen werden.

Ein weiteres sind die neuen Richtlinien, die im Rahmen der Wohnbauförderung, eine Verbesserungsmöglichkeit des Wohnraumes geben und ich möchte davon nur zwei Punkte herausgreifen. Für die Planung, für die Bauleitung und Betreuung können nun bis zu 7 Prozent der reinen Baukosten angesprochen werden. Damit soll auch für die Genossenschaften und Gemeinden die Möglichkeit und der Anreiz geschaffen werden, durch Einsatz von Architekten, entsprechende neuzeitliche und familiengerechte Projekte errichten zu können und von den bisheri-

gen Einheitsprojekten abzukommen. Man soll nicht an der Bauform erkennen, welche Genossenschaft in Bad Aussee, in Schladming oder in Radkersburg geplant und auch gebaut hat. Das zweite sind die Kosten für die künstlerische Ausgestaltung. Hiefür kann ein Betrag bis zu ein Prozent der angemessenen Baukosten angesprochen werden. Das kann sicherlich als Fortschritt bezeichnet werden, wenn auch eine von vielen geforderte zwingende Vorschrift diesbezüglich nicht in die Richtlinien aufgenommen werden konnte. Die Möglichkeiten einer besseren Ausgestaltung und Planung wurden damit eröffnet und können im Zusammenwirken von Bauherrn, Baubehörde und interessierten Stellen genutzt werden. Das Aussprechen eines Gesetzes- oder Verordnungszwanges auf diesem Gebiet, um die Arbeiten zu sichern, geht meiner Meinung nach zu weit. Ein weiteres Problem, das auch von Herrn Landesrat Bammer angeschnitten wurde, sind die Wohnhauswiederaufbaufälle. Dazu muß eines gesagt werden. Die Fülle dieser Anträge, die uns als Rückstand am 1. Jänner 1968 übergeben wurden, ist erdrückend. Aber ich möchte hiezu folgendes feststellen: Die Wohnungswerber haben weder bei der ÖVP noch bei einer Regierung, sondern bei Privatpersonen und Privatunternehmen Anträge eingebracht. Es wurden von diesen Personen und Unternehmen viel mehr Anmeldungen entgegen genommen, als in absehbarer Zeit erledigt werden können. Die Regierung hat nun die schwere undankbare Aufgabe, die Anträge zu erledigen, das heißt, sie zu bewilligen oder abzulehnen. Wir werden nach sehr genauer Prüfung sachlich und objektiv entscheiden und vor allem jene Projekte ablehnen, die mit dem Wiederaufbau im Sinne des Wortes nichts mehr zu tun haben. (Allgemeiner Beifall.)

Wir warnen auch immer wieder vor Spekulanten und ersuchen die Bevölkerung, bevor sie ihr Geld für eine Wohnung anlegt, beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Rechtsabteilung 14, nachzufragen, ob das Vorhaben überhaupt zur Wohnbauförderung eingereicht wurde und bis wann es realisiert werden kann. Wir werden auch sehr genau prüfen, ob die Wohnungswerber tatsächlich noch nicht ausreichend wohnversorgt sind und die Förderungszusicherung vom Nachweis der Bedürftigkeit der Wohnungssuchenden abhängig machen. Die entsprechenden Weisungen hat die zuständige Rechtsabteilung bereits bekommen.

Immer wieder wird der Wunsch nach einem Mehrjahresprogramm geäußert. Das wäre auch richtig. Wir haben ja Ende 1967 ein solches Zweijahresprogramm gemacht. Aber ein solches Programm, das auch regional gesteuert werden muß, ist nur durchführbar, wenn wir weniger, aber dafür leistungsfähigere Wohnungsunternehmen neben den Gemeinden haben. Derzeit gibt es in der Steiermark 44 gemeinnützige Wohnbauvereinigungen, von denen etwa zehn seit Jahren überhaupt keine Bautätigkeit ausüben.

In der Wirtschaft wird vereinigt, in der Landwirtschaft spricht man von Kooperation und

auch auf diesem Gebiet werden Zusammenschlüsse bzw. Vereinigungen notwendig sein. Jede Wohnbauvereinigung hat ihren Apparat, der umso kostspieliger wird, je weniger gebaut werden kann. Wir müssen daher die Forderung auf Zusammenschluß an die Wohnbauvereinigungen richten. Sie müssen ja gemeinnützig tätig sein und können es besser, wenn sie zu kräftigeren Genossenschaften zusammengeschlossen sind.

Zusammenfassend möchte ich folgendes sagen: Im Jahre 1969 werden wir das Wohnbauförderungsgesetz 1968, das als eine soziale Tat bezeichnet wurde, vollziehen. Durch Wohnbeihilfe und durch das Eigenmitteldarlehen wird individuell gefördert und vor allem jenen geholfen, die auf Grund niedriger Einkommen oder des größeren Familienstandes mehr Hilfe brauchen. Es ist uns die soziale Wohnbauförderung aufgetragen, und mit diesem Gesetz wurde gerade das Soziale verwirklicht.

Ich ersuche Sie um Mitarbeit in dieser, sicher nicht leichten Aufgabe. Betreiben wir die Wohnbauförderung weiter, damit sobald als möglich jener Tag kommt, an dem die Wohnungen nicht mehr Mangelware sind und jeder Bürger dieses Landes nicht nur „eine“, sondern „seine“ Wohnung als Heimstatt sein eigen nennen kann. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Wort zum Schlußwort.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag! Die Gruppe 6 als höchstdotierte Gruppe des Landesvoranschlages wird auch im kommenden Jahr mit ihren 1.7 Milliarden Schilling der steirischen Wirtschaft und somit den steirischen Menschen sicherlich wieder neue Impulse geben, auf die wir alle stolz sein können. Ich wiederhole, den von mir gestellten Antrag, der Hohe Landtag möge der Gruppe 6 die Zustimmung geben.

Präsident: Wer den Ansätzen der Gruppe 6 zustimmt, möge ein Handzeichen geben. (Geschleicht.)

Damit ist die Gruppe 6 angenommen. Ich übergebe den Vorsitz dem Herrn Landtagspräsidenten Dr. Kaan.

Präsident Dr. Kaan: Ich übernehme den Vorsitz. Wir kommen zur

Gruppe 7

„Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung“

Berichterstatter ist Herr Abg. Simon Koiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Koiner: Hohes Haus! Die Gruppe 7 „Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung“ umfaßt eine Reihe von Abschnitten und sieht im gesamten Ausgaben von 271,669.000 Schilling vor. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 33 Millionen Schilling. Im Abschnitt „Öffentliche Einrichtungen“ sind das Feuerwehrewesen und die Tierheilstätten ent-

halten mit rund 17 Millionen Schilling, etwa 3 Millionen mehr als im vergangenen Jahr. Es soll auch hier zum Ausdruck kommen, daß wir die Leistungen der Feuerwehren in dieser Form zu würdigen wissen. Im Abschnitt 73 „Förderung der Land- und Forstwirtschaft“ sind 101 Millionen Schilling vorgesehen, gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 4 Millionen Schilling. Im Abschnitt 74 „Einrichtungen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft, die sich hauptsächlich mit der Fachausbildung befaßt, sind Ausgaben von insgesamt 44 Millionen Schilling präliminiert, gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 3,4 Millionen Schilling, hauptsächlich zurückzuführen auf die Internatsschulen der landw. Berufsschulen. Der Abschnitt 75 „Förderung der gewerblichen Wirtschaft“ sieht Ausgaben in Höhe von 12,4 Millionen Schilling vor, der Abschnitt 76 „Allgemeine Verkehrsförderung“ hauptsächlich AUA Fluglinie, Ausgaben in der Höhe von 7,750.000 Schilling, Abschnitt 77 mit zwei Unterabschnitten Ausgaben in der Höhe von 47,5 Millionen Schilling, das sind gegenüber dem Vorjahr plus 2,6 Millionen Schilling, Abschnitt 78 „Förderung der Industrie“ Ausgaben in der Höhe von 25,5 Millionen Schilling, das ist gegenüber dem Vorjahr eine wesentliche Steigerung von 12 Millionen Schilling, Abschnitt 79 „Sonstiges“ mit 3 Unterabschnitten Gesamtausgaben in der Höhe von 16,5 Millionen Schilling, eine Steigerung von 5 Millionen Schilling, die hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß in diesem Kapitel „Verpflichtungen aus übernommenen Haftungen“ eine Vorsorge vorgesehen ist, die sich gegenüber dem Vorjahr um 5 Millionen Schilling erhöht hat.

Der Finanz-Ausschuß hat sich in ausreichendem Maße mit diesem umfangreichen Kapitel beschäftigt und ich stelle namens dieses Finanz-Ausschusses an den Hohen Landtag den Antrag, die präliminierten Summen zu genehmigen.

Präsident: Auch bei dieser Gruppe wurde eine Untergliederung der Spezialdebatte beschlossen und zwar soll vorerst das Kapitel „Wirtschaftsförderung und Feuerwehrwesen“, als 2. das Kapitel „Land- und Forstwirtschaft“ und als letztes das Kapitel „Fremdenverkehr“ behandelt und abgeschlossen werden.

Wir beginnen daher mit der Debatte über das Kapitel „Wirtschaftsförderung und Feuerwehrwesen“. Ich bitte also die Redner, die jetzt aufgerufen werden, sich nur auf diese Kapitel zu beschränken.

Als erster Redner ist vorgemerkt Herr Abg. Wuganigg. Ich erteile ihm das Wort. Als nächster Redner ist zu diesem Gegenstand Frau Abg. Jamnegg vorgemerkt.

Abg. Wuganigg: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Unsere große Sorge gilt der Struktur unserer Wirtschaft. Unsere Zuwachsrate — das ist bereits schon gesagt worden — ist die tiefste unter allen Bundesländern, 72 Prozent aller Betriebe liegen unter dem österreichischen Durchschnitt. Mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze sind strukturbedroht. Angesichts der Lage

unserer Wirtschaft ist ganz besonders zu begrüßen, daß im Landesvoranschlag 1969 für Investitionen und die Investitionsförderung ein Betrag von nahezu 1.600 Millionen Schilling zur Verfügung steht, um 206 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr, daß zur Schaffung und zum Ausbau industrieller und gewerblicher Betriebe in Gebieten mit besonderer Strukturchwäche vom Land aus 124 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Daß die Steiermark ein Stiefkind Österreichs ist, glaube ich, unbestritten. Im gleichen Maße aber ist die Oststeiermark ein Stiefkind der grünen Mark. Wenn wir das Volkseinkommen je Einwohner betrachten, so steht unter 17 steirischen Bezirken der Bezirk Fürstenfeld an 11. Stelle, Weiz an 12. Stelle, Feldbach an 16. Stelle, Hartberg an 17. Stelle. Ebenso ist es mit den Löhnen. Hier steht der Bezirk Weiz an 7. Stelle, Feldbach an 12. Stelle, Fürstenfeld an 13. Stelle und Hartberg an 16. Stelle. Wenn wir das Gemeindesteueraufkommen betrachten, so steht die Steiermark unter neun Bundesländern an 7. Stelle, die Bezirke der Oststeiermark mit Fürstenfeld an 9. Stelle, Weiz an 12. Stelle, Hartberg an 15. Stelle und Feldbach an 16. Stelle. Im Jänner 1968 kamen von 28.472 vorgemerkten Arbeitssuchenden in der Steiermark allein 8.661 auf die vier Bezirke der Oststeiermark. Das sind mehr als 30 Prozent und ganz gewiß mehr als der steirische und der österreichische Durchschnitt beträgt. Wenn ich das alles anführe, dann deshalb, weil ich damit darlegen wollte, daß in den Bezirken der Oststeiermark die Arbeitsplätze fehlen, daß es gilt, diese Arbeitsplätze zu schaffen. Wir haben in den letzten Jahren im Bezirk Weiz zahllose Arbeitsplätze verloren. Nahezu 500 anlässlich der Schließung des Kohlenbergbaues in Ratten, 200 in Birkfeld bei der Fa. Kawann, 600 in Weiz bei der Elin-Union.

Und damit, meine Damen und Herren, wende ich mich bereits abschließend einem Problem zu, das für den Bezirk Weiz von ganz besonderer, für die übrigen Bezirke der Oststeiermark von nicht minderer Bedeutung ist, die Frage des Werkes Weiz der Elin-Union. Es ist selbstverständlich, daß ich die interne Behandlung dieser Frage meinem Kollegen, dem Herrn Abg. Josef Meisl überlasse, der sich als Zentralbetriebsratsobmann redlich um die Erhaltung dieser Arbeitsplätze bemüht. Aber dieses Werk ist der einzige Großbetrieb, den die Oststeiermark besitzt und hier gilt es für uns, jede Gefahr abzuwenden. Wir haben in den letzten Jahren durch Abgabe von Fertigungen bereits viele hunderte Arbeitsplätze verloren. Wir sind der Ansicht, daß wir heute nichts mehr abgeben können und dürfen. Es ist kein Zufall, wenn sich der Gemeinderat der Stadt Weiz in einer außerordentlichen Gemeinderatssitzung und in einmütiger Geschlossenheit dieser Forderung nach Erhaltung der Arbeitsplätze angeschlossen hat im Bewußtsein, was es für die Bevölkerung der Stadt Weiz und deren weiterer Umgebung und zwar für alle Schichten der Bevölkerung, für die Arbeiter und Angestellten ebenso wie für die gesamte Geschäftswelt, bedeuten würde.

Und darum meine Bitte an Sie, an das Hohe Haus, an die Steiermärkische Landesregierung, alles zu tun, um die Existenz dieses Betriebes zu sichern, die Arbeitsplätze zu erhalten und damit den Menschen dieses Gebietes wieder Mut und Hoffnung und den Glauben an die Zukunft zu geben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile der Frau Abgeordneten Jamnegg das Wort. Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Schön vorgemerkt.

Abg. Jamnegg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst zum Herrn Kollegen Wuganigg. Wir alle teilen die Sorge um die Elin. Daher ist es mir auch unverstündlich — und ich gestatte eingangs mir diese Anmerkung — daß Ihre Kollegen im Parlament gegen die 400 Millionen Schilling, die für die Elin beschlossen worden sind, gestimmt haben. Das ist etwas, was im Widerspruch steht zu unseren Sorgen, die wir in diesem Fragenkomplex alle zusammen haben. Und nun darf ich zur Arbeitsplatzsicherung in unserem Land folgendes sagen. In der Generaldebatte hat der Herr Abgeordnete Fuchs schon darauf hingewiesen, daß es nun zum dritten Mal der Fall ist, daß unser Land über das Budget Mittel für Betriebsgründungen zur Verfügung stellt. Für 1967 waren es 100 Millionen, für 1968 120 Millionen und für 1969 sind es ebenfalls 120 Millionen, wobei noch jährlich ein Betrag von 4 Millionen zur strukturpolitischen Forschungs- und Vorbereitungsarbeit dazukommt. Ich glaube sagen zu dürfen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß damit das Land Steiermark im Rahmen seiner Möglichkeiten einen bedeutenden Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung leistet. Man sollte aber auch sagen, daß die Steiermark hier als einziges Bundesland eigene Initiativen ergriffen hat und das trotz aller Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit der Rezession dieser Bemühungen entstanden. Es konnten neue Arbeitsplätze geschaffen und auch bestehende Arbeitsplätze erhalten werden. So wurden im Jahre 1967 durch die Förderung 1.149 Arbeitsplätze geschaffen und 1968 1.505, wobei hier 1.100 neue Arbeitsplätze gemeint sind und 405 solche, die erhalten werden konnten.

Freilich, meine Damen und Herren, konnten bis jetzt im Zuge dieser Bemühungen nur kleine und mittlere Betriebe geschaffen werden. Aber wenn wir die Industrialisierung etwa anderer kleiner Staaten zum Beispiel nehmen — ich denke hier an die Schweiz und an Schweden — dann haben schließlich auch sie mit kleinen Betrieben begonnen und heute zählen sie zu den potentialsten Ländern der Welt. Auch wir haben natürlich die Hoffnung — und wir müssen diese Hoffnung haben —, daß auch wir zu größeren und für die Zukunft bedeutenden expansiven Projekten kommen werden. Einiges ist da angebahnt, doch können die Firmen aus begreiflichen Gründen nicht genannt werden, weil das ja die Konkurrenzierung einerseits nicht zuläßt und weil andererseits das auch die Firmen selbst nicht wünschen oder gar untersagt haben.

Wir haben ja gesehen, meine Damen und Herren, welcher Wettlauf etwa um die Raffinerie stattgefunden hat. Wir haben diesen Wettlauf für uns entschieden und haben damit für die steirische Wirtschaft ein ganz gewiß bedeutendes Projekt gewonnen. Und natürlich verbinden wir auch hier alle Hoffnung damit, daß sich hier in der Folge neue Möglichkeiten erschließen, denken wir allein an die Möglichkeiten in der Petrochemie. Es muß anerkannt werden, daß um die Heranziehung neuer Industrien sehr, sehr viel Mühe hier aufgewendet wird. Trotzdem, auch das müssen wir ehrlich sagen, zeichnet sich der Fortschritt nur langsam ab, aber immerhin, er zeichnet sich ab. Der Konjunkturaufschwung — und die Prognosen sind heute ja allgemein günstig auch für ein weiteres Ansteigen des Wirtschaftswachstums — gibt uns also sicher auch die Chancen, die strukturpolitischen Maßnahmen voranzutreiben und notwendige Umschichtungen besser bewältigen zu können.

Und man wird, meine Damen und Herren, alle Möglichkeiten nutzen müssen, doch nicht allein in Plänen. Denn schauen Sie, Pläne, sogenannte Pläne und Prognosen sind ja recht gut und schön, aber das alles sind schließlich nur Verheißungen, sind schließlich nur Versprechungen, vielleicht auch nur Wahlversprechungen. (Abg. Vinzenz Lackner: „So wie 1966!“)

Ich betrachte es ja, Herr Kollege Lackner, als positiv, daß Ihre Partei sich nun auch mit Wirtschaftsfragen befaßt. (Abg. Brandl: Nicht auch, sondern mit!“)

Ich glaube, das ist ein echter Fortschritt, denn meiner Meinung nach war ihre Politik ja allzu lange eine Einbahnstraße. Heute ist es aber offenbar so, daß Programme nach dem Seitenumfang gemessen werden. Programme lassen sich meiner Meinung nach nur messen nach ihrem realen Wert, nicht nach ihrem theoretischen Wert, schon gar nicht nach Seitenumfang, man könnte weitergehen und auch sagen, nach Kilogramm. Natürlich müssen wir brauchbare Konzepte haben, das ist heute ja in diesem Hause schon gesagt worden. Aber Pläne allein tun es einmal nicht, auch nicht in der Strukturpolitik, weil auch hier eine gewisse Beweglichkeit, das kommt noch dazu, notwendig ist. In dieser raschen Entwicklung muß es selbstverständlich auch möglich sein, eine elastische Anpassung zu vollziehen.

Ich möchte abschließend dazu sagen: Jede Aktion, die auch nur 100 neue Arbeitsplätze schafft, ist Wirklichkeit und ein Teilfortschritt. Und wir wissen, daß die Steiermärkische Landesregierung — und ich möchte hier insbesondere die Initiativen des Herrn Landeshauptmannes Krainer erwähnen — daß die Landesregierung mit allem Ernst sich mit diesen Fragen laufend beschäftigt und jede Möglichkeit sucht im Inland, aber auch im Ausland, um neue Betriebe in unserem Lande entstehen zu lassen. Aber auch hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen die Dinge real gesehen werden. Es läßt sich nun einmal nichts erzwingen, auch nicht mit Geld, das ist schließlich auch eine Erfahrung.

Und nun noch einmal kurz — ich habe in anderem Zusammenhang das früher schon erwähnt — ein Wort zum Arbeitsmarktförderungsgesetz, das ja heute, jetzt im Parlament beschlossen wird.

Mit diesem Gesetz, meine Damen und Herren, wird der Weg frei, die berufliche und die örtliche Mobilität der Arbeitskräfte zu fördern. Dieses Gesetz wird den Übergang auch — und das scheint mir besonders wichtig — zu anderen Berufen oder in andere Orte erleichtern, ein Umstellungsprozeß, der, wie wir wissen, insbesondere für ältere Arbeitskräfte häufig mit großen Härten verbunden ist. Durch dieses Arbeitsmarktförderungsgesetz können diese Härten wesentlich gemildert werden. Die regionale Anpassung der Arbeitskräfte wird durch Kostenzuschüsse erleichtert, ebenso auch die Schulungsmaßnahmen, also die Teilnahme an den Schulungen, Um- und Nachschulungen, und hier werden auch den Betrieben Mittel für die Ein- und Umschulung gewährt. Dieses moderne Arbeitsmarktförderungsgesetz wird jedenfalls, meine Damen und Herren, ein Instrument sein, das die Anpassung unserer Volkswirtschaft an neue Entwicklungen fördert und es ist vor allem eine notwendige Ergänzung zu allen Maßnahmen, die gesetzt werden, um die Vollbeschäftigung in unserem Lande zu sichern. Und, das möchte ich abschließend sagen, meine Damen und Herren, die Sicherung der Vollbeschäftigung in unserem Lande muß und wird weiterhin Vorrang haben und wir dürfen mit Genugtuung feststellen, daß ein Schwerpunkt der steirischen Landespolitik die Erhaltung und die Schaffung von Arbeitsplätzen ist. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Schön das Wort. Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Abg. Ileschitz.

Abg. Schön: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als heuer im Frühjahr in der Presse überraschend die sogenannten Stahlgutachten erläutert wurden und sogar Zahlen aufgeschienen sind, da war in der gesamten verstaatlichten Industrie in Österreich große Unruhe. Und man fragt sich oft als Zugehöriger zu dieser Industrie, windet sich diese Industrie noch immer in den Geburtswehen oder hat man von anderer Seite ein Interesse, diese Industrie als solche noch hinzustellen. Ich will mich hier nicht ausbreiten über die ganzen Umstellungen, die diese Industrie im Laufe ihres Bestehens in der Leitung mitgemacht hat. Ich will nur erwähnen, aus einem Ministerium ist eine Gesellschaft geworden, dann eine Sektion und nun haben wir wieder eine Gesellschaft und als diese Gesellschaft gegründet wurde, wurde sofort sehr lautstark verkündet, man brauche in dieser Industrie Fachleute. Und ich glaube, es waren Fachleute genug hier, aber man wollte dokumentieren, es sind keine hier. Und ein weiterer Ruf nach Fachleuten hat ausgelöst, daß sogenannte Gutachten erstellt werden müssen aus denen zu ersehen ist, ob diese Industrie lebensfähig ist, ob ihre Struktur, so wie sie jetzt besteht, richtig ist.

Diese Gutachten wurden von zwei Teams erstellt und zwar von einem amerikanischen, dem sogenannten Booz-Allen-Team, und von dem sogenannten Team der Professoren der Montanistischen Hochschule Leoben.

Und diese Gutachten wären nur bestimmt gewesen für diese Gesellschaft zum Studium der Struktur oder Umstruktuiierung der verstaatlichten Industrie. Und siehe da, und hier möchte ich auch sehr lautstark einmal sagen, typisch österreichisch: Bevor die Konzernleitungen der verstaatlichten Industrie in Kenntnis gesetzt wurden von diesen Gutachten, gingen diese Gutachten bereits in die Presse und zwar in eine Presse, die bekanntlich dem Dr. Schulmeister sehr nahe steht und der auch sehr lautstark voriges Jahr verkündet hat bei der Steirischen Akademie, die ganze Obersteiermark gleicht einem einzigen Schrotthaufen. Wie das bei diesen Konzernleitungen angekommen ist, möchte ich hier nicht weiter erläutern. Ich möchte nur feststellen, daß der größte Konzern von Österreich, das ist die Alpine-Montangesellschaft, um ein Haar ihre Kreditwürdigkeit verloren hätte. Denn diese Gesellschaft und diese Konzernleitung hat genau auch diese Zahlen aus der Presse entnommen. (Abg. Vinzenz Lackner: „Rufmord!“)

Als solches soll man dann auch weitergehen und siehe da, diese beiden Gutachten waren nicht so einigermassen gleichlautend mit einigen Abweichungen, sondern sie waren direkt diametral. Und aus dem heraus war zu ersehen, daß sie nicht gut waren und es stellt sich nun die Frage, soll man noch eine Schiedskommission einsetzen oder ein Schiedsgutachten einholen, um festzustellen, was ist gut und was ist schlecht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man könnte jetzt sehr lange reden, eines steht fest bei der ganzen verstaatlichten Industrie — ich will mich kurz fassen — eine Industrie mit diesem Ausmaß kann man nicht gesund organisieren. Und wenn diese verstaatlichte Industrie jahrelang beim Vater Staat Milliarden verdient hat und einmal in die Lage kommt, daß sie von der Verteilerrolle — wohlgemerkt das möchte ich hier betonen — in die Verkaufsrolle gedrängt wird und sich Diskrepanzen ergeben so wie in jeder Privatwirtschaft und jedem Privatbetrieb und dann Rücklagen braucht, um sich umzustellen und zu investieren, dann wird jeder private Unternehmer sagen, natürlich müssen diese Rücklagen flüssig gemacht werden und ich muß eben in meinen Betrieb moderne Mittel hineinstecken, um konkurrenzfähig zu bleiben. Der Staat Österreich als Eigentümer wurde einigemale angesprochen um diese Unterstützungen, um diesen Betrieben zu helfen. Es blieb nicht nur der Rufmord allein, es wurde diesen Betrieben nicht geholfen und jetzt will ich hier einwandfrei feststellen, daß sich diese Betriebe selbst helfen haben müssen. Und wenn heute betont wird, nun geht es auf Grund dieser staatlichen Firmen in Österreich aufwärts, dann ist es Lüge, denn vom Staat ist kein Groschen gekommen, sondern einzig und allein die Konzernleitungen dieser Betriebe haben es fertiggebracht, wieder einen Aufstieg herbeizuführen und das

verdanken sie schließlich und endlich auch der ganzen Belegschaft. (Abg. Dr. Eichinger: „Haben Sie von den Bürgschaften nichts gehört?“)

Schauen Sie, das verstehen Sie nicht Herr Abgeordneter. Sie müssen erst einmal in diese Industrie hinein, das verstehen Sie ja nicht. (Zwischenruf Landesrat Peltzmann und zahlreiche weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Das glaube ich, Herr Landesrat, da bin ich lange genug drinnen, da bin ich auch Superfachmann davon.

Und eines steht auch weiterhin fest, wenn man heute Gutachten erstellen läßt, dann sollen sie nie einseitig sein, denn wenn man genau feststellen läßt, wie arbeitsfähig ist der Betrieb, wie leistungsfähig ist er geworden, dann muß ich auch anderseits feststellen, wie schaut es mit den ganzen Belegschaftsbeständen in diesen Betrieben aus. Und bei Auftragserteilung dieser Gutachten wurde es versäumt, daß auch davon gesprochen wurde, na, was geschieht denn mit diesen Leuten, die auf Grund der Automatisierung oder wie man es gehört hat, durch das Zusperrn einzelner Betriebe, überzählig werden, was soll mit diesen Leuten geschehen. Da habe ich nur eines gehört und zwar sei es besser, es arbeiten wenige, als es sind alle arbeitslos. Also das kann ja wohl nicht die Lösung sein vom Ganzen. Wir haben uns sehr sehr interessiert für das Ganze und ich möchte hier auch feststellen, im Mittelpunkt bei uns ist immer der Mensch gestanden und als Belegschaftsvertreter dieser verstaatlichten Betriebe werde ich auch immer dafür sorgen, und ich muß auch hier feststellen, das Land Steiermark hat der Alpine-Gesellschaft in einem Jahr 5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, um eine Kohlenfeld aufzuschließen, aber nicht der Staat als Eigentümer und ich bin froh, daß auch heuer wieder solche Beträge eingesetzt sind (Landeshauptmann Krainer: „Nicht 5, sondern 13 Millionen!“), zur Förderung dieser Industrie und Herr Landeshauptmann, es soll bei dieser Verteilung der Mittel auch geschaut werden, daß Ersatzarbeitsbetriebe, Ersatzarbeitsstellen in diesen Industriegebieten geschaffen werden, daß sie diesen freiwerdenden Kräften in der Industrie und nicht der freiwerdenden Landbevölkerung, den Landarbeitern zugutekommen, denn dort ist wirklich jetzt Not am Mann. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Zagler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Zagler: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Diese Sitzung des Steiermärkischen Landtages steht unter anderen Vorzeichen, als alle vorangegangenen. Der Herr Finanzminister Prof. Dr. Koren, hat in unserer Landeshauptstadt die Feststellung getroffen, das Budget ist die Drehscheibe der gesamten Politik. Erlauben Sie mir hiezu einige Feststellungen. Von einem Budget sollen fördernde und nicht kostensteigernde Maßnahmen ausgehen. Das Bundesbud-

get wird, meines Erachtens, einem solchen Grundsatz nicht gerecht. Wenn bei jeder Gelegenheit die Aussprüche gemacht werden, Österreich ist ein neutraler Staat und es muß alles unternommen werden, damit unsere Wirtschaft auch dann funktionieren kann, wenn sich außerhalb unseres Landes Dinge ereignen, auf die wir keinen Einfluß haben.

Man könnte jetzt beginnen, aufzuzählen, was ist alles wichtig für einen eventuellen Ernstfall. Ich möchte aber nur zwei Dinge herausgreifen, die mir gleich wichtig erscheinen, die Ernährung und die Energieversorgung. Um mir und auch dem Hohen Hause etwas Zeit zu ersparen, möchte ich nicht auf die einzelnen Dinge genauestens eingehen und sie mit Zahlen belegen, sondern die wichtigsten Dinge herausgreifen, die uns in der Energieversorgung schwer belasten. Der Bund ist aber anscheinend anderer Auffassung, zumindestens bei der Verteilung der Förderungsmittel.

Für die Land- und Forstwirtschaft waren für 1968 2,7 Milliarden — ohne Länderbudgets — vorgesehen, für die Energiewirtschaft 362,8 Millionen. Die Förderungsmittel für die Kohle betragen rund 40 Millionen Schilling, und davon werden noch Mittel für Betriebsstillegungen abgezweigt. Wenn ich nun erinnern darf, damals vor einigen Jahren, 1966, war die Rede, und da hat der Herr Landeshauptmann noch ein Telegramm an mich geschickt, in dem er mir mitteilte, 140 Millionen und insgesamt bis zum Jahre 1969 420 Millionen Schilling sind von der Bundesregierung als Bergbauförderung vorgesehen. (Landeshauptmann Krainer: „Bis 1971!“)

Und ich muß jetzt feststellen, daß dies eine wesentliche Verminderung erfahren hat. Es wurden voriges Jahr über 100 Millionen ausgeschüttet, aber der Großteil zur Schließung und nicht zur Aufrechterhaltung der Kohlenbergbaue verwendet. Und hier muß ich wieder feststellen, daß die Ernährung in Unordnung treten wird und auch die 2,7 Milliarden, die hinausgegeben werden, weil es eine Notwendigkeit ist, für die Förderung der Ernährung, wenn wir in Not geraten, aber das wäre ein hinausgepulvertes Geld, wenn nicht die Energie genauso gefördert würde und eine Sicherstellung im Inneren unseres Bundeslandes vorgenommen würde. Wenn wir ganz vom Ausland abhängig sind mit unserer Energieversorgung, so würden wir baldmöglichst feststellen müssen, daß die Ernährung nicht mehr funktionieren kann. Ich möchte hier feststellen, meine Damen und Herren in diesem Hohen Hause, daß nicht einmal die Landwirtschaft ihre Betriebe betreiben könnte, wenn die Energie ausfällt. Es könnte heute wahrscheinlich der Bauer seine Kühe nicht mehr melken, wenn keine Energie vorhanden wäre. Das möchte ich hier feststellen (Allgemeine Zwischenrufe) und daher glaube ich, daß es unbedingt notwendig ist, Ernährung und Energie auf einen Nenner zu stellen. Und wenn wir uns in der Ernährung in unserem Bundesland abkapseln, werden wir auch in der Energieversorgung für uns in Österreich schauen müssen, jede Quelle auszunützen, die wir irgendwie noch haben.

Ich bin überzeugt, daß, wenn wir vom Ausland abhängig sind, wir sehr bald im Ernstfall mit unserer Energiewirtschaft zusammenbrechen würden, auch mit der Ernährung, es werden uns die Tiefkühlhäuser nichts nützen, wenn ein Stromausfall ist. Und wenn einer einmal gesagt hat: „Was ist die Kohle in Österreich. Sie kann höchstens 20 Prozent unserer Energieerzeugung erbringen!“ Es ist ein Unterschied, ob wir im Ernstfall 20 Prozent haben oder nicht.

Ich glaube, mit 20 Prozent könnten wir unter Umständen, wenn es genau eingeteilt ist, doch das Leben unseres Volkes über ein gewisse Zeit im Notfall überbrücken. Andererseits ist es ja eine Ironie, wenn ich feststelle, daß Brennstoff, um 2,5 Milliarden ausländischer Brennstoff, für Wärmekraftwerke eingeführt wird und andererseits die Kohle auf Depot liegt. Ich muß hier feststellen, wir haben eine Wirtschaft in Österreich, wo wir den Strom zweimal bezahlen, einmal mit ausländischen Devisen und einmal mit dem Depot der Feinkohle. Hier müßte echt eine Ordnung hineingebracht werden.

Ich muß feststellen, daß diese Wirtschaft uns als Bergarbeiter jetzt schon rund 4.000 Arbeitsplätze im steirischen Land gekostet hat. Für diese 4.000 Arbeitsplätze haben wir bis heute nur einen sehr kleinen Ersatz und wenn es so weitergeht, würden auch weiterhin diese Arbeitsplätze noch mehr zum Erliegen kommen. Ich möchte nur warnen, ernstlich zu überdenken diesen Initiativantrag, den wir als Sozialisten gestellt haben und dem dankenswerterweise auch die ÖVP im steirischen Land beigetreten ist, echt in der Bundesregierung zu vertreten, daß wir unsere Arbeitsplätze, unsere Arbeitskräfte erhalten und auch eine gewisse Sicherheit für die Zukunft in Österreich haben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Groß. Als nächster ist Herr Abgeordneter Ileschitz vorgemerkt.

Abg. Groß: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn im Rahmen dieser Budgetdebatte schon wiederholt über gewisse Strukturschwächen der Wirtschaft in unserem Lande gesprochen wurde, dann möchte ich nicht versäumen zu sagen, daß bei der Lösung der daraus entstehenden Probleme den Fragen der Um- und Nachschulung und damit der Erhöhung der Mobilität unserer Arbeitskräfte eine ganz besondere Bedeutung zukommt. Gemeinsam mit der Arbeitsmarktverwaltung haben in den vergangenen Zeiten vor allem zwei Institute in der Steiermark sehr aktive Anstrengungen unternommen. Es ist das das Wirtschaftsförderungsinstitut und das Berufsförderungsinstitut, die ja beide vom Land Steiermark durch Subventionen gefördert werden.

Wenn wir bisher darüber geklagt haben, daß für diese Um- und Nachschulungsmaßnahmen von seiten des Bundes viel zu wenig finanzielle Mittel bereitgestellt werden — es werden in diesem Jahr wahrscheinlich nicht mehr als sieben Millionen Schilling sein, und wir wissen, daß

in Westeuropa die Summen für Um- und Nachschulung bis zu 10- und 12fach erhöht sind in der Relation, dann müssen wir sagen, daß im Nationalrat eine Gesetzesvorlage behandelt wird, die die Verabschiedung eines Arbeitsmarktförderungsgesetzes beinhaltet.

Der besondere Vorteil der Verabschiedung dieses Gesetzes, meine Damen und Herren, liegt nicht nur in einer wesentlich besseren finanziellen Dotierung für Fragen der Um- und Nachschulung, sondern vor allem darin, daß nun nicht nur erst der Mensch, wenn er arbeitslos geworden ist, hier zur Um- und Nachschulung herangezogen werden kann, sondern daß auch diese Um- und Nachschulung schon bei Menschen einsetzt, die noch im Produktionsprozeß stehen. Die derzeitige gesetzliche Regelung hat weitestgehend nur die Schulung der Arbeitslosen zugelassen. Persönlich bin ich der Überzeugung, daß durch dieses Gesetz den Fragen der Um- und Nachschulung in Österreich eine wesentlich größere Bedeutung als bisher zukommen wird, und diese erhöhte Bedeutung wird sowohl der Wirtschaft als auch den Menschen unseres Landes dienen.

Und nun, meine Damen und Herren, habe ich abschließend nur noch eine Frage an den Herrn Landesrat Peltzmann.

Ich bin also Abgeordneter dieses Wahlkreises Graz und in dieser Eigenschaft möchte ich den Herrn Landesrat fragen, ob es zutrifft, daß die Landesfeuerwehrschule, die neu errichtet werden soll, ich glaube, mit einem Aufwand von über 20 Millionen Schilling, nun in Lebring errichtet werden soll? Im Rahmen dieser Budgetdebatte wurde wiederholt auch durch Zwischenrufe die besondere finanzielle und schlechte Situation der Stadt Graz hervorgehoben und es trifft uns natürlich besonders hart, wenn Einrichtungen, die jahrzehntlang hier ihren Sitz gehabt haben, nun von Graz abwandern. Ich bitte also, den Herrn Landesrat, mir zu sagen, ob das zutrifft und welche Gründe für die Verlegung dieser Schule nach Lebring maßgebend sind. (Beifall.)

Präsident: Es ist nunmehr Herr Abg. Ileschitz am Wort. Als Nächster ist Herr Abg. Pölzl vorgemerkt.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Vorstand der Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermarks faßte in seiner Sitzung am 9. Dezember 1968 eine Entschliebung für den gesamten Bergbaubereich. Mit 10. März 1967 wurde vom österreichischen Parlament ein Bundesgesetz beschlossen, nach dem allen im Kohlenbergbau beschäftigten Dienstnehmern, soferne sie das 55. Lebensjahr erreicht hatten und arbeitslos wurden, eine Sonderunterstützung im Ausmaß einer normalen Rente gewährt wird. Die Ursache für die Verabschiedung dieses Bundesgesetzes waren die Schwierigkeiten im Bereich des Kohlenbergbaues und die damit verbundene Gefahr einer dauernden Arbeitslosigkeit altgedienter Bergleute. Es ist für die österreichische Öffentlichkeit kein Geheimnis, daß für

einen Bergmann, wenn er jahrzehntelang im Bergbau beschäftigt war und das 55. Lebensjahr erreicht hatte, kaum die Möglichkeit einer Arbeitsvermittlung mehr gegeben war. Der verminderte Gesundheitszustand, aber auch die Unmöglichkeit, diese alten ausgeschundenen Bergarbeiter noch umzuschulen, die örtliche Selbsthaftigkeit, in vielen Fällen besitzen diese Bergarbeiter ein Eigenheim und auch ein Stückchen Grund, lassen nicht mehr zu, daß der Bergarbeiter noch als Pendler in irgendeinen anderen Bereich arbeitsvermittelt werden kann.

Alle diese Gründe bewogen das Parlament, über intensive Interventionen der Arbeitnehmervertretungen, dieses Bundesgesetz zu beschließen. Die Absicht zu dieser Beschlußfassung liegt wohl auch in der traditionellen Stellung des Bergarbeiters, der jahrhundertlang im Wirtschaftsgeschehen, nicht nur in unserem Land, eine mehr als bedeutungsvolle Rolle spielte. Nicht zuletzt danken wir es aber auch den Kohlenbergarbeitern, die unter Not und Entbehrungen vor allen Dingen nach dem zweiten Weltkrieg zu jeder Stunde bereit waren, diesen so wichtigen Rohstoff für die österreichische Wirtschaft, für die Heimat zu fördern.

Durch die strukturellen Änderungen in unserer Wirtschaft sah man sich gezwungen, Einschränkungen in der Produktion im Kohlenbergbau — wie Zagler dies ja schon eindringlich aufzeigte — vorzunehmen bzw. auch Betriebe stillzulegen. Auch diese Gründe waren mit für die Verabschiedung dieses Gesetzes maßgeblich. In den letzten Jahren zeichnet sich nun immer mehr und mehr auch eine strukturelle Veränderung im österreichischen und vor allem im steirischen Nichtkohlenbergbau ab, so wie ca. 60 Prozent der gesamten österreichischen Kohlenproduktion auf die Steiermark entfällt, ist die Situation auch im Nichtkohlenbergbau kaum anders. Ein großer Teil der österreichischen Magnesitbergbaue, der Talkum- und Graphitbergbaue und im besonderen der steirische Erzberg, sind heute in ihrem Bestand fast ebenso gefährdet.

Um nur einige Ziffern zu nennen, erlauben Sie mir, Ihnen folgendes mitzuteilen. Der Magnesitbergbau der österreichisch-amerikanischen Magnesitindustrie in Lassing mit über 300 Beschäftigten mußte stillgelegt werden. Im Magnesitbergbau der Veitscher Magnesitwerke in Hohentauern sank der Beschäftigtenstand von 250 auf 80 Bergarbeiter. Der Magnesitbergbau der Veitscher Magnesitwerke in Groß-Veitsch, also im Stammbetrieb, mit rund 300 Beschäftigten wurde stillgelegt. Im Graphitbergbau Sunk bei Trieben sank der Beschäftigtenstand von 100 auf 20. Und nicht zuletzt erlaube ich mir, anzuführen, daß allein am steirischen Erzberg der Beschäftigtenstand um rund 1.000 sank. Ich darf in diesem Zusammenhang anführen, daß diese Entwicklung noch nicht zu Ende gekommen ist. Da durch notwendige Technisierung und Mechanisierung dieser noch bestehenden Bergbaue, um nur einigermaßen die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, weitere Arbeitskräfte freigestellt werden müssen. Darunter viele hunderte, die 20 und 30 und noch mehr Jahre als Bergarbeiter gear-

beitet haben bzw. noch arbeiten. Das sind Bergarbeiter, die unter den gleichen Voraussetzungen sprengen, abbauen und fördern und dies meist unter Tag wie der Kohlenbergbauarbeiter.

Es ist nur zu natürlich, daß diese Kollegen — und ich möchte vor allen Dingen hier den Magnesitbergarbeiter gleich wie den Erzbergarbeiter anführen —, die auch in den ersten Nachkriegsjahren nach dem Weltkrieg unter gleich schwierigen Bedingungen wertvolles Gut förderten und die wie z. B. die Magnesitbergarbeiter mit zu den ersten Devisenbringern für unsere Heimat zählten, die gleichen Bedingungen wie den Kohlenbergarbeitern zugestehen. Es ist daher kein Wunder oder eine unbillige Forderung, wenn die Vertreter dieser Nichtkohlenbergarbeiter in Anbetracht der strukturellen Schwierigkeiten auch auf diesem Gebiet — Einschränkung der Betriebe bzw. Stilllegung — mit dem Ersuchen an uns herantraten, ihnen die gleichen Bedingungen wie den Kohlenbergarbeitern zu schaffen.

Dies bewog den Vorstand der steirischen Arbeiterkammer auf Grund schon vorangegangener Beschlüsse der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft unseres Landes sich an den Steiermärkischen Landtag, an die Landesregierung zu wenden, mit dem Ersuchen, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß durch eine Novellierung des Gesetzes für die Sonderunterstützung der Kohlenbergarbeiter diese Bestimmungen auch für den Bereich des Nichtkohlenbergbaues wirksam werden.

Ich erlaube mir, nochmals zu sagen, daß ein großer Teil des österr. Nichtkohlenbergbaues in der Steiermark beheimatet ist und daß dieser Beschluß mit den Stimmen aller Fraktionen, die in der Kammer für Arbeiter und Angestellte vertreten sind, gefaßt wurde. Ich hoffe, daß der Steiermärkische Landtag und die Landesregierung auch für diese so treuen Söhne unserer Heimat das gleiche Verständnis wie für unsere Kohlenbergarbeiter aufbringen und es möglich sein wird, den bisher gezeigten Widerstand zweier Ministerien in dieser so wichtigen und entscheidenden Frage durch sachliche Argumentation zu beseitigen. (Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner ist Herr Abg. Pözl vorgemerkt, dem ich das Wort erteile.

Abg. Pözl: Hohes Haus! Der Export Österreichs stellt einen wesentlichen Faktor für den Wohlstand unserer Bevölkerung dar. Die Ausfuhr in den ersten neun Monaten des heurigen Jahres betrug 37 Milliarden 260 Millionen Schilling. Davon gingen 15 Milliarden in den EWG-Raum, 8 Milliarden 400 Millionen in den EFTA-Raum und 5 Milliarden 600 Millionen nach Osteuropa. Der Rest in die übrige Welt.

Während der Zuwachs von 1955 bis 1960 beim Export 10 Prozent betrug, ist er in der Zeit von 1965 bis 1967 auf 6,3 Prozent zurückgegangen. Vom Jahre 1963 bis 1966 ist der österreichische Export um 2 Prozent hinter der Entwicklung des Weltexportes zurückgeblieben. Wir haben in Österreich rund 250.000 Betriebe. 4.000 davon

beschäftigen sich mit dem Export. Interessant ist, daß 100 Betriebe in Österreich mehr als zwei Drittel des gesamten Exportes durchführen. Wir haben eine Vergleichsstatistik mit anderen europäischen Ländern.

Die Kopfquote Österreichs im Jahre 1968 betrug 6.164 Schilling exportierte Ware. Schweden exportierte 15.179 Schilling pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1968, Holland 14.880 Schilling. Wir haben, wenn wir uns mit dem Export beschäftigen, verschiedene Fragen zu berücksichtigen, die Fragen der Betriebe, der Wirtschaft und die Fragen der Arbeitsplätze in diesen Betrieben. Gerade ein Jahr ist es her, daß in der Steiermark eine Genossenschaft gegründet wurde, die es sich zur Aufgabe gesetzt hat, alle Betriebe, die exportieren wollen, zu fördern und ihnen dabei behilflich zu sein. Das war der Gründungsgedanke. Man wollte hier den Betrieben selbst und den Beschäftigten in der Zukunft mehr Sicherheit geben. Mit dem heutigen Tag sind bei diesem Exportring 134 Mitglieder mit rund 3.000 Beschäftigten.

Bevor ich die Tätigkeit des heurigen Jahres im Exportring dem Hohen Haus zur Kenntnis bringe, habe ich aber doch die Aufgabe, dem Land Steiermark für das Verständnis zu danken, das es dem Exportring entgegengebracht hat und hier vor allem dem Herrn Landeshauptmann Krainer, der mit seinem Gefühl und mit seinem Spürsinn für notwendige Dinge den Vertrauensvorschuß gegeben hat, der erforderlich war, daß diese Ziele vom Land, vom Landtag und der Regierung gefördert wurden. Wir haben über die Kanäle des Exportringes die Möglichkeit gehabt, rund 160 Millionen Schilling Export bzw. Arbeit ins Ausland zu verkaufen. Im heurigen Jahr ist es möglich gewesen, einer steirischen Baufirma einen Auftrag im Libanon im Wert von 150 Millionen Schilling zu vermitteln.

Diese steirische Baufirma hat schon die Baustelleneinrichtung vorgenommen und wird im nächsten Jahr mit einem Teil der Maschinen und mit einem Teil der Fachleute im Libanon die Arbeit durchführen. Eine steirische Textilfirma aus dem obersteirischen Raum konnten wir in einem Warenhauskonzern in der Bundesrepublik unterbringen. Ein wesentlicher Teil des Erzeugungsprogramms ist in die Warenliste aufgenommen und wir haben hier große Aussicht, daß in den kommenden Jahren die Produktion in diesem Betrieb dadurch wesentlich gesteigert werden kann.

Ein Steinmetzbetrieb in der Oststeiermark wurde durch den Exportring veranlaßt, Marmorwaren zu erzeugen. Diese neue Produktion in diesem Betrieb hat sich im Ausland als äußerst verkaufsfähig erwiesen. Bis Südamerika gehen nun aus Feldbach die Exporte. Plastikwaren aus Weiz werden mit sehr gutem Erfolg in die Schweiz verkauft. Wir haben sogar die Möglichkeit gehabt, Käse aus der Steiermark nach Australien zu exportieren, ein äußerst schwieriges Geschäft, wie überhaupt bei Molkereiprodukten alle Räume ihre Schutzmaßnahmen haben, die es fast unmöglich machen, diese Produkte ins Ausland zu verkaufen. Aber immerhin konnten wir

nach Australien eine solche Quelle erschließen. Aus der Weststeiermark werden Rasenmäher nach Polen exportiert. Ein Grazer Unternehmen, das sich mit der modischen Branche beschäftigt, ein Aschenbecher mit einem eingebauten Tischstaubsauger, das Patent eines Grazers — wir haben also auch bei uns sehr gute Leute — wird sehr gut in die Bundesrepublik verkauft. (Landesrat Bammer: „Mit einem Rauchverzehrer müßten Sie einen finden für die Pfeifenraucher!“)

Herr Landesrat, Ihnen raucht der Kopf, ich weiß.

Aus der Obersteiermark ist es uns gelungen, einer Fabrik, die Keramikwaren erzeugt, Quellen in das Ausland zu erschließen, und auch hier ist die Sicherung des Betriebes vor allem durch den Export zu einem großen Prozentsatz gelungen. Bei der Grazer Frühjahrsmesse war es möglich, einen deutschen Warenhauskönig zu veranlassen, daß er mit seiner Düsenmaschine einen Teil seiner Zentraleinkäufer nach Graz schickt. Und hier könnte man, wenn man von den Erfolgen des Exportringes spricht, auch von Mißerfolgen sprechen. Da war ein Fremdenzimmer ausgestellt, das der Zentraleinkäufer in das Programm des Konzerns aufnehmen wollte. Wir haben monatelang gearbeitet und haben die Mitglieder von uns aus der Tischlereibranche beschäftigt, sie mögen Musterzimmer errichten. Es ist alles gemacht worden. Es wurde aber auch in Kärnten, wo der Erzeuger dieser Platten ist, die in diesen Fremdenzimmer verarbeitet sind, darauf aufmerksam gemacht. Er war Bestbieter, und der Auftrag ist nicht in der Steiermark geblieben, sondern an ein Nichtmitglied aus Kärnten gegangen.

Ein Mißerfolg — ja oder nein. Ich sage trotzdem nein. Es ist Arbeit in Österreich dafür geschaffen worden und es ist exportiert worden. Unser Vorsitzender des Aufsichtsrates, und das muß man auch hier ganz offen sagen, Herr Landesrat Peltzmann, hat persönlich mit Vorstandsdirektoren einer großen österreichischen Aktiengesellschaft und in Deutschland wiederum mit Konzernleuten aus der Warenhausbranche verhandelt, um einen Artikel nach Deutschland zu exportieren. Monatelang wurde hier gearbeitet. Es sind die Probesendungen hinausgegangen und es hat sich um einen Auftrag gehandelt, der hunderte Arbeitnehmer ein Jahr beschäftigen würde. Leider war die österreichische Firma nicht in der Lage, die Konkurrenzpreise zu halten, wobei man hier auch sagen muß, daß es unheimlich schwer ist, die Zollmauer in den EWG-Raum zu überspringen, aber es dürfte doch auch etwas die Wendigkeit gefehlt haben bei dem österreichischen Großunternehmen, um diesen Auftrag doch noch zu erhalten. Er ist leider in Belgien erteilt worden.

Wir haben aber darüber hinaus bei uns auch noch die Aufgabe, unsere Leute zu beraten, damit sie ins Ausland gehen, damit sie vor allem auf Messen die Konkurrenz spüren und mit der Konkurrenz konfrontiert werden. Und da ergeben sich für uns einige sehr bedeutende Erkenntnisse.

Unseren Unternehmen in Österreich fehlen ausreichende Vertrauenskredite, die nicht zweifach oder dreifach besichert werden müssen, um hier die Investitionen vornehmen zu können, um hier vor allem die Barmittel zu haben, um die Rohstoffe und die Löhne, die für den Export erforderlich sind, im Betrieb zu haben. Das fehlt und wir haben im Rahmen des Exportringes versucht, einen Gedankengang näher auszuarbeiten. Landesrat Peltzmann versuchte in Wien über den Bund eine Kreditaktion zu schaffen, wo das Vertrauen in den Unternehmer und seine Familie und seine Anständigkeit auch vom Kreditgeber honoriert wird. Wir brauchen das auch deshalb, weil im Ausland die Konkurrenz diese Vertrauenskredite in sehr hohem Ausmaß bekommt.

Im Jahre 1969 ist eine weitere Arbeit die Herausgabe eines Kataloges der Waren, die unsere Mitglieder erzeugen. Gleichzeitig werden Prospekte dieser Waren aufgelegt in drei Fremdsprachen. Ein Unterfangen, das sehr viel Geld von unseren Mitgliedern abverlangt und auch im Exportring sehr angespannte Verhältnisse schaffen wird.

Ich hoffe und bitte das Hohe Haus, daß Sie uns auch hier unterstützen und das notwendige Verständnis entgegenbringen, denn der Exportring ist einfach nicht in der Lage, in kurzer Zeit Ihnen Zahlen, die repräsentativ sind, auf den Tisch zu legen. Wir brauchen monatelang, um die Gesinnung bei unseren Unternehmern so weit zu wandeln, daß man nicht, wenn man in das Ausland verkauft, mehr für die Waren verlangen kann als auf dem Binnenmarkt, sondern daß man sich viel mehr anstrengen muß. Der Export hat ja die Aufgabe, zusätzliche Arbeit im Betrieb zu schaffen, die Anlagen, die Maschinen zusätzlich auswerten zu können, die Kosten auf mehr Produktion verteilen zu können, um damit unter Umständen auch noch beim Einkauf der Rohprodukte günstigere Bedingungen auch für den Binnenmarkt zu erhalten.

Es hat auch Unternehmer gegeben, die zum Exportring gekommen sind und erklärt haben, ich gehöre als Mitglied dazu, welche Aufträge kriege ich.

Meine Damen und Herren, so geht das nicht. Man kann nicht erwarten, daß in kurzer Zeit für einen Betrieb, der im Laufe eines Jahres kapazitätsmäßig freie Zeiten hat, in kurzer Zeit ein sehr lukrativer interessanter Auftrag hereinkommt. Wir haben auf den Märkten im Ausland immer wieder mit einer Konkurrenz zu rechnen, die mit einem ganz spitzen Bleistift rechnet, die ihre Betriebe durchrationalisiert hat und die es schon gewöhnt ist, mit harten Preisen, mit schwer errechneten Preisen, Geschäft zu machen, um den Betrieb eben auszulasten.

Meine Damen und Herren! In diesem Hohen Haus wird noch während der Budgetdebatten ein Antrag angenommen werden, das ist meine Hoffnung, daß die Kreditaktion von Land und Kammer von 50.000 Schilling auf 100.000 Schilling und die Laufzeit auf maximal 10 Jahre erhöht wird. Das ist schon ein Teil, ein Schritt in dieser Richtung, daß wir hier die Möglichkeit ha-

ben, günstigere Kredite mit einer längeren Laufzeit zur Verfügung zu stellen. Wir haben beim Wirtschaftsförderungsinstitut der Handelskammer die Spezialausbildung unserer Unternehmer und unserer Arbeitnehmer in diesem Betrieb. Das Wirtschaftsförderungsinstitut ist eine große Hilfe und eine große Unterstützung und ich möchte sagen, dieses WIFI ist absolut förderungswürdig, denn es kommt der ganzen Bevölkerung zugute.

Meine Damen und Herren! Es wird noch Jahre dauern, bis der Exportring in der Lage ist, sich aus eigenen Mitteln zu erhalten. Für das Verständnis und für das Vertrauen, das die Landesregierung und das Hohe Haus diesen Bestrebungen entgegengebracht hat, möchte ich Ihnen herzlich danken und Sie gleichzeitig um Verständnis für unsere Arbeit in der kommenden Zeit herzlich bitten. Wir haben — und das darf ich sagen — ein Dreijahresprogramm, in dem wir uns zur Aufgabe gesetzt haben, allen Unternehmern, die bereit sind, Opfer auf sich zu nehmen, um mehr Arbeit zu schaffen, um mehr umzusetzen, zu helfen und denen darf ich auch Ihre Mithilfe zusichern. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Meisl das Wort.

Abg. Meisl: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn man nach den Fernsehinterviews mit österreichischen Regierungsmitgliedern die Wirtschaftslage in Österreich beurteilen würde, so müßte man annehmen, daß die Wirtschaftskrise in Österreich schon zur Gänze überwunden ist und wir heute bereits wieder Hochkonjunktur haben.

Aus der Diskussion zum Landesvoranschlag kann man aber entnehmen, daß es Industriesparten gibt, die noch immer unter der Konjunkturflaute zu leiden haben. Wenn in den vergangenen Jahren der Kohlenbergbau am meisten unter Krisenerscheinungen zu leiden hatte und noch leidet, so sind heute auch andere Industriezweige davon betroffen. (Abg. Dr. Eichinger: „Welche Zweige?“)

Besonders stark wird die verstaatlichte Starkstromindustrie von den derzeitigen Verhältnissen betroffen. Die verstaatlichte Starkstromindustrie besteht heute nur mehr aus der Elin-Union in Österreich. Sie beschäftigt derzeit im ganzen Unternehmen rund 7.880 Männer und Frauen. Im Jahre 1959, vor der ersten Fusion, waren in den drei heute zu einem Unternehmen zusammengeschlossenen Firmen Elin, AEG und Wiener Starkstromwerke rund 14.000 Menschen beschäftigt.

Meine Damen und Herren, Sie können daraus ersehen, daß sich der Beschäftigtenstand in den letzten neun Jahren in der verstaatlichten Starkstromindustrie bei steigendem Umsatz fast um 50 Prozent reduziert hat. Das Hauptwerk der Elin-Union ist in der Oststeiermark in Weiz. Ich möchte deshalb hauptsächlich nur die Situation des Weizer Werkes beleuchten, weil hier ein Wirtschaftsraum betroffen ist, der als industriell

unterentwickeltes Gebiet bezeichnet werden muß.

Herr Abg. Wuganigg hat schon in seinen Ausführungen auf die schwierige Situation im Bezug auf die Beschäftigungslage in der Oststeiermark hingewiesen. Ich bin daher der Meinung, daß alles unternommen werden muß, um in der Oststeiermark neue Arbeitsplätze zu schaffen und die vorhandenen zu sichern. Das Werk Weiz der Elin-Union ist der größte Industriebetrieb der Oststeiermark. In diesem Betrieb sind nicht nur Menschen aus Weiz, sondern auch aus den Bezirken Birkfeld, Feldbach, Hartberg und Fürstenfeld beschäftigt. Deshalb ist dieser Betrieb für dieses Gebiet von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung. Wenn man nun bedenkt, daß die Elin in Weiz seit Ende 1965 rund 600 Arbeitskräfte oder 20 Prozent der Belegschaft verloren hat, so ist das höchste Alarmstufe und es muß etwas unternommen werden, um wenigstens den heutigen Personalstand von rund 2.400 zu halten. Das ist, meiner Ansicht nach, nur dann möglich, wenn die Elin wieder auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig ist. Das gilt im besonderen für das Werk Weiz, weil in diesem Werk der größte Teil der Exportaufträge der Elin-Union erzeugt wird. Um die Konkurrenzfähigkeit zu sichern, sind umfangreiche Investitionen notwendig und darüber hinaus darf vom Werk Weiz keine Stunde Arbeit mehr abgezogen werden. Wir haben derzeit in Weiz eine Unterdeckung an Aufträgen und müßte sich daher jede weitere Verlagerung von Aufträgen von Weiz in andere Produktionsstätten der Elin-Union ohne ausreichenden Ersatz zum Nachteil von Weiz auswirken.

Deshalb auch der Kampf der Weizer Belegschaft um die Kleinmotorenfertigung, die rund 12 Prozent des Fertigungsprogrammes der Elin Weiz ausmacht und die wir notwendig brauchen, um die Arbeitsplätze in Weiz zu sichern. Die Frage der Arbeitsplatzsicherung des Werkes Weiz der Elin-Union AG wurde auch schon hier im Hohen Haus behandelt und der Steierm. Landtag vertritt ebenfalls den Standpunkt, daß keine Produktionszweige mehr verlagert werden sollen, damit keine weiteren Arbeitsplätze im Werk Weiz der Elin-Union gefährdet werden.

Um für die Zukunft ein krisenfestes und modernes, den Anforderungen der internationalen Konkurrenz und Technik entsprechendes Fertigungsprogramm zu sichern, sind für das Werk Weiz rund 170 Millionen für Investitionen notwendig. Im ganzen Elinbereich werden für Investitionen 400 Millionen Schilling benötigt. In Erkenntnis der Wichtigkeit, daß die Elin saniert und ausgebaut werden muß, haben der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der ÖIG ihre Unterstützung bei der Beschaffung der finanziellen Mittel, die zur Sanierung der Elin notwendig sind, zugesagt, um so bald wie möglich das Investitionsprogramm verwirklichen zu können.

Meine Damen und Herren! Durch die Unentschlossenheit in den zuständigen Führungsgremien ist schon viel, viel Zeit verlorengegangen. Wenn man nicht bald eine positive Änderung

in der Starkstromindustrie durch die notwendigen Investitionen erreichen kann, so geht ihr nicht nur die Arbeit verloren, weil sie nicht mehr konkurrenzfähig ist, sondern sie verliert auch den Anschluß an den internationalen Markt. Das würde bedeuten, daß es in Zukunft in Österreich keine leistungsfähige verstaatlichte Starkstromindustrie mehr geben würde. Ich bin daher der Meinung, daß das Hauptwerk der Elin-Union, das Werk Weiz, das leistungsfähigste Werk des Unternehmens ist und hier mit Reorganisation und mit dem Ausbau der Produktionsstätten begonnen werden muß.

Es sollen daher die finanziellen Mittel hier zunächst eingesetzt werden, weil im Werk Weiz die besten Voraussetzungen bestehen, rascher zu einem Erfolg zu kommen, was sich letzten Endes nur positiv auf die Beschäftigungslage und damit auch auf die Wirtschaft im oststeirischen Raum auswirken kann. (Beifall.)

Präsident: Ich schalte nunmehr eine Mittagspause bis 14 Uhr ein und bitte die Herren Abgeordneten, sich jetzt gleich in ihre Klubräume zu begeben.

Unterbrechung der Sitzung: 13 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 14.05 Uhr.

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile Herrn Abg. Vinzenz Lackner das Wort. Als nächster ist Herr Abg. Burger vorgemerkt.

Abg. Vinzenz Lackner: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum 2. Mal anläßlich dieser Budgetdebatte habe ich das „Vergnügen“, als erster nach der unterbrochenen Sitzung zu sprechen und vor einem fast leeren Haus meinen Vortrag zu halten. Ungeachtet dessen, werde ich mich aber trotzdem bemühen, wie vereinbart im Telegrammstil zu sprechen.

Seit dem 1. Jänner 1968 ist der Bergbaubetrieb Fohnsdorf aus der Alpine formell ausgeklammert und der GKB durch einen Pachtvertrag angeschlossen worden. Diese Trennung hat es nun ermöglicht, getrennt von der Hütte eine Bilanz zu erstellen, in der diese Verzerrungen, wie wir sie in der letzten Zeit vorgefunden haben, nicht vorhanden sind und auch die Möglichkeit gegeben ist, aus diesem Titel echte Bergbauförderung zu erhalten. Ich möchte nur am Rande erwähnen, daß ja 1961 die Bergbauförderung speziell für den Betrieb Fohnsdorf beschlossen wurde. Wenn seither hunderte Millionen in der Mehrzahl für die Schließung aufgewendet wurden, so hat doch auch Fohnsdorf 40 Millionen Schilling davon in einem Zeitabschnitt erhalten. Und wenn wir nun in der GKB vereinigt sind, so können wir mit Stolz darauf verweisen, daß sich das Betriebsergebnis nicht nur durch den Zusammenschluß und durch den Gewinn der GKB wesentlich gebessert hat. Damit ist aber auch die Konzentration der steirischen Kohle abgeschlossen und man könnte vom Gedanken der Einhandgesellschaft abrücken und das wäre auch von der steirischen Warte aus äußerst wich-

tig, denn die Kohle in ihrer Lieferung ist ja begrenzt auf einen Aktionsradius von 50 km günstigstenfalls, so daß es nicht notwendig ist, uns mit Salzburg oder mit der WTK zu vereinigen, weil das auch rein technisch nicht mehr notwendig ist, weil durch die Organisation der Alpine seit dem neuen Vorstand die Kompetenzaufteilung so ist, daß sämtliche Alpine-Bergbaue, auch das Erz, unter der Technischen Direktion Leoben unter einem Fachmann geführt werden. Durch diese Konzentration ist aber eine Kostensenkung eingetreten und ein Beweis erbracht worden gegen die utopischen Ziffern, die immer wieder durch die Presse geistern über das Defizit von Fohnsdorf. Es ist seither noch kein volles Jahr verflossen und trotzdem ein erfreuliches Ergebnis erzielt worden.

Obwohl sich der Belegschaftsstand von Fohnsdorf um 33 Prozent von 2.400 unter 1.600 gesenkt hat, wurde eine Kopfleistungssteigerung erzielt von 15 Prozent in dieser Zeit und die Kopfleistung seit 1945 verdoppelt. Natürlich sind es moderne Maschinen, Walzen und Panzerförderer und dergleichen mehr, die dazu beigetragen haben, daß die Förderungssteigerung einsetzen konnte. Entscheidend ist aber vor allem, was wir heute schon gehört haben, daß es um die Kohle etwas ruhiger geworden ist, daß sie nicht mehr das Problem Nr. 1 ist und daß die Bergleute in dieser Hinsicht mit einer halben Sicherheit auf ihrem Arbeitsplatz wesentlich freudiger arbeiten. Beigetragen haben dazu auch verschiedene Erklärungen des Landes, des Landtages, der Landesregierung, und wenn ich daran denke, daß zu diesem Budget wieder Anträge gestellt sind, und zwar ist es der 15., der für die Kohle bereits gestellt wird, so daß auch das dokumentiert, daß alle Parteien hinter dem steirischen Bergbau stehen, und wenn ich daran erinnern darf, daß ich vor kurzem wieder eine Grubenbefahrung gemacht habe mit Kollegen von der ÖVP-Fraktion — es war das mein Freund, der Kollege Lackner, der ja auch die Resolution unterschrieben hat, der Kollege Heribert Pölzl und auch der Kollege Koiner — so freut es mich deshalb, weil ich wiederholt von hier aus die Einladung an den ÖVP-Klub gerichtet habe, leider hat er keine Zeit dazu gehabt, so wie unsere Kollegen die Grube zu befahren und von der Sicht des Arbeitsplatzes des Bergmannes aus die Arbeit zu beurteilen.

Ich mache keinem einen Vorwurf, wenn er da zu einem für ihn fremden Gebiet redet, aber es ist immer gut, wenn er zuerst sich das anschaut, als wenn er so redet wie ein Blinder von der Farbe und das ist leider da schon ziemlich oft der Fall gewesen. Ich danke dafür, aber letzten Endes entscheidend muß für die Kohle sein die richtige Einplanung in einen Energieplan, weil ja nur durch die Verstromung der Kohle der steirische Bergbau gesichert werden kann.

Einen Beitrag ersehe ich auch darin, daß die Steiermärkische Landesregierung — hier danke ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Koren — eine Ausstellung gezeigt hat „Der Berg- und Hüttenmann als Gestalter der Steiermark“. Die Ausstellung war sehr schwach be-

sucht, aber die Besucher, die sich für diese Ausstellung interessiert haben, waren von Qualität. Es war ein repräsentativer Querschnitt durch den steirischen Bergbau, nicht nur Kohle, Erz und dergleichen, sondern auch alles übrige, Gips, Magnesit und dergleichen mehr. Es gibt aber auch einen Überblick, was an Gestein bewältigt werden muß. Wenn man eine Million Tonnen Stahl erzeugen will, so muß man zumindest einmal 12 Millionen Tonnen Gestein herunterhauen, davon werden 3 Millionen Tonnen Erz, das in den Hochofen kommt, und heraus kommt dann 1 Million Tonnen Stahl. Daß andere Länder bessere Voraussetzungen haben, ist bekannt. Trotzdem muß ich hier feststellen, daß die Durchschnittsleistung in Österreich mit 140 Tonnen Stahl pro Mann im Jahr im mittleren Durchschnitt anderer Länder liegt, die zwischen 80 und 200 liegen, aber immerhin noch dazu bessere Erze haben als zum Beispiel wir. Der Gesamtbeitrag der Bergbauförderung ist ja nicht so zu sehen, wenn man da eine Millionenziffer hat, daß das alles allein auf die Kohle oder auf Fohnsdorf gegangen ist, sondern der Gesamtbeitrag im Durchschnitt auf die Kohle umgerechnet beträgt fünf Schilling pro Tonne, was bei anderen Ländern wesentlich mehr ausmacht. Pro Kopf des Steuerzahlers — wenn man den Fohnsdorfer Betrieb hernimmt — sind pro Jahr in dieser Zeit im Durchschnitt 1.10 Schilling entfallen, also schwache zwei Zigaretten.

Und wenn es das nicht wert ist, den heimischen Bergbau zu erhalten, der letzten Endes auch in den Zeiten, wo es kritisch wird, wo wir den Zivilschutz brauchen, die beste Möglichkeit zur Bevorratung hat, auch das spielt eine wesentliche Rolle. Man redet jetzt wieder — und das ist zumindest auf 8 Jahre eine Sicherheit — bis zur Auskohlung. Was heißt aber Auskohlung? Auskohlung heißt für Fohnsdorf nicht, daß damit die Kohle in Fohnsdorf gar ist, sondern Auskohlung heißt in diesem Sinne, mit den bereits aufgeschlossenen Vorräten bis dorthin zu reichen.

Technisch gewinnbar ist bei der heutigen Zeit wesentlich mehr, und vorhanden ist soviel, daß man zur Zeit noch gar nicht weiß, ob es 40 oder 50 Jahre reicht, denn das Kohlenflöz in seiner Gesamtheit hat eine Ausdehnung von 36 km² und eine Mächtigkeit im Osten von 1 Meter und im Westen — so fällt nämlich das Flöz ein — bis zu 20 und mehr Metern. Wo wir abbauen, ist selbstverständlich eine Mächtigkeit von 12 Meter, das heißt, wenn man 3 Meter hoch herausnimmt, muß man dreimal hintereinander herausnehmen, das kann man aber nicht in einem, sondern wenn man 3 Meter herausnimmt, läßt man das zu Bruch, und nach 8 bis 10 Jahren kann man dort wieder hinein.

Und da möchte ich nun zu etwas kommen, was uns in der letzten Zeit immerhin wieder betrübt hat und zwar eine Pressemeldung, daß man in Fohnsdorf einen Grubenbrand verheimlicht hat. Wir in Fohnsdorf haben nichts zu verheimlichen, absolut nicht und es kann jeder kommen und sich das anschauen. Ein Grubenbrand entsteht gewöhnlich dann, wenn die Kohle

zur Selbstentzündung neigt. Und ich muß sagen, wenn irgendwo einer einen Zigarettenstummel im Wald wegschmeißt und das fängt an zu glösen und es kommt einer dazu und dämpft das, kann man nicht von einem immensen Waldbrand reden oder, wenn sich irgendwo in einem Stadel das Heu entzündet, kann man auch noch nicht davon reden, wenn man es rechtzeitig dämpft, daß der Stadel abgebrannt ist.

So ähnlich ist es in der Grube und wenn man drei Scheiben hintereinander abbaut, kann es einem passieren, daß man auf einen Kohlenrest kommt aus dieser Zeit vor 10 Jahren, der sich, wenn Sauerstoff dazukommt, entzündet. Nur kann man dort nicht warten, bis es lichterloh brennt, dann geht es uns so wie bei der LAKOG — vielleicht wünschen sich manche das, kann auch sein — (Zwischenruf: „Aber geht.“) man muß sofort den Sauerstoff entziehen, daß das nicht zum Brennen kommt. Und wenn man eine Grube belüftet, wie der Bergmann sagt, so zieht doch dieser Luftstrom mit einer enormen Geschwindigkeit durch, die Kollegen, die da drinnen waren, haben das ja verspürt, daher muß man sofort die notwendigen Dämme setzen und wenn da binnen kürzester Zeit mit tausenden Säcken Sand Dämme gesetzt werden, Rohre eingeführt werden, daß man hinterher die Gaskonzentration verfolgen kann, da ist doch das nicht etwas, daß man sagen kann, die Grube hat gebrannt und das ist verheimlicht worden. Dazu kommt noch, daß die Bergbehörde unverzüglich zu verständigen ist, die sofort da ist mit der Werksdirektion, alle Maßnahmen trifft und auch gemeinsam mit der Werksdirektion einen Pressebericht hinausgibt.

Wenn man natürlich vor kurzem eine Enquete gehabt hat — ich bin gleich am Schluß — mit einem Appell an die Presse und man dort versucht hat, einander näherzukommen, um einerseits die Presse zu verstehen, andererseits den Abgeordneten aufzuwerten, so möchte ich dazu schon sagen, daß auch in diesem Fall die Presse sich an die Fachleute halten soll, das andere riecht so verdächtig nach Schnüffelei, Sensationslust, das sind Dinge, die doch bei Gott nicht am Platz sind. Das möchte ich ehrlich bitten. Damit tut man der Heimat und unseren Leuten nur einen großen Schaden und ändert nichts an der Tatsache.

Außerdem möchte ich noch sagen, daß ich die Presse bitten möchte, wenn irgendwelche Dinge, wie sie da im Landtag mitunter vorkommen können — und es ist ihr Recht zu berichten und zu kritisieren — sie es doch richtig machen sollte. Und da möchte ich für den Abg. Wuganigg eine Lanze brechen, der einer der fleißigsten Sitzter da ist — in der Eigenschaft als Nichtraucher hat er es leichter wie ein anderer, der jetzt hinausgehen muß — aber sich fast zur Hälfte aller Gruppen meldet, daß man nicht, wenn er einmal ans Telefon gerufen wird und er zur Rede aufgerufen wird, in der Zeitung schreibt, er sitzt im Buffet. Das macht einen schlechten Eindruck, denn es hat jeder das Recht bei solchen Dauersitzungen ans Buffet zu gehen, der eine um eine Zigarette zu rauchen, der an-

dere um seinen Kaffee zu trinken. Das wäre abschließend meine Bitte. Ich könnte Ihnen eine Vorlesung halten über Bergbaukunde, obwohl ich kein Professor bin, aber machen wir das so, daß Sie meiner Einladung Folge leisten und die Gruben einmal in einer größeren Zahl als es bisher der Fall war, besichtigen. Ich wäre Ihnen dafür sehr dankbar, vieles würde anders anschauen. Dem Abg. Karl Lackner bin ich vom Herzen dankbar, daß er mit seinen Fachkollegen gekommen ist. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Burger. Als nächster ist Herr Abg. Maunz vorgemerkt.

Abg. Burger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kein anderer Industriezweig steht seit Jahren so in der Öffentlichkeit als die Verstaatlichte. Und seit dem Aufliegen der Stahlgutachten wird diese Diskussion in verstärktem Maße wieder fortgesetzt. Die Diskussion, für so fruchtbar ich jede Diskussion halte, ist doch nicht dazu angetan, Maßnahmen zu ersetzen, die schon längst fällig gewesen wären. 1959 hatten wir die erste Eisenflaute, 1962 die zweite. Sie aber führte zur Erkenntnis, daß im Bereich der verstaatlichten Industrie Reorganisationsmaßnahmen unumgänglich zu sein scheinen. Beide großen Parteien legten Reorganisationspläne vor. Unter dem Vorsitz von Dr. Pittermann, der damals die zweite Periode Vorstand dieses Ministeriums war, sollten noch im Juni 1965 endgültige und fruchtbringende Maßnahmen getroffen werden. Man kann sagen, daß man wegen kleiner Belanglosigkeiten keinen Schritt weiter kam. Man begann mit der Taufe, der Name verstaatlichte Industrie sollte in Nationalindustrie umgetauft werden, ich weiß nicht, welche wirtschaftliche Bedeutung dies gehabt hätte für die Arbeiter und Angestellten, aber auch für die einzelnen Unternehmen. Notwendige Fusionierungen sollten vorgenommen werden. (Landesrat Gruber: „Das war der Grund, warum Sie gegen das Reorganisieren sind!“)

Als Ausgangsgrundlage dafür wollte man kranke und gesunde Betriebe zusammenlegen, natürlich aus Solidaritätsgründen und man bedachte dabei nicht, daß man damit auch noch die gesunden Betriebe umgebracht hätte. So geschah nichts bis auf die Tatsache, daß man die Voraussetzung der dritten Stahlflaute, die im Winter 1967/68, welche die schwerste war, schuf. Aus diesem Tohuwabohu schuf man die ÖIG, welche die vieldiskutierten Stahlgutachten erbeten hat. Diese Stahlgutachten sagen zunächst eines. Die österreichische Stahlindustrie muß durch tiefgreifende Reorganisationsmaßnahmen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig gemacht werden und sie zeigen auf wie dies geschehen soll. (Landesrat Gruber: „Also fünf Werke zusperren. Sie sind für das Wie?“)

Herr Landesrat etwas Geduld, dieses Wie werde ich jetzt inhaltsreich sagen. Es kommt nur darauf an in der Oppositionsbank — wir haben ja hier noch die gute Koalition — daß man Ge-

duld hat. (Abg. Pözl: „Herr Landesrat, hören Sie doch zu!“)

Sie sind hier in der Regierung vertreten, das meinte ich, und tragen einen Teil der landespolitischen Verantwortung. Die Aussage über das Wie geht in den Stahlgutachten, sehen Sie Herr Landesrat, etwas zu früh haben Sie gezweifelt (Landesrat Gruber: „Sie reden zu spät, weil die ÖVP nicht früh genug bereit war zu Reorganisation!“) geht in den Stahlgutachten in einigen Fragen sehr weit auseinander. (Landesrat Sebastian: „Wir könnten ein paar Sachen erzählen . . .“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Also ich stelle fest, daß in einigen Dingen die Stahlgutachten grundsätzlich auseinandergelassen und differenziert sind. Ich meine die Aussage über den Erzabbau dieser Gutachten. So sieht das amerikanische Gutachten vor, daß am Erzberg, das heißt am steirischen Brotlaib die Fördermenge von bisher 3,400.000 Tonnen auf 2,900.000 Tonnen reduziert werden soll.

Was dies für den Erzberg bedeutet und für die Bevölkerung, aber letzten Endes auch für die Hütte Donawitz, brauche ich hier ja nicht extra erwähnen. Das Leobner Professorengutachten sieht dagegen eine Erhöhung des Erzabbaues von 3,4 auf 4,2 Millionen vor, das heißt eine Erhöhung von 800.000 Tonnen (Abg. Schön: „In Eisenerz aber mit weniger Arbeitern!“) und begründet diese Erhöhung in der Zusammensetzung des steirischen Erzes. Ich könnte darüber eine Aussage machen, aber in bezug auf die Zeit ersparen Sie es mir, daß ich das tue. Zur Unterstützung der steirischen Bemühungen wurde von uns ein Antrag eingebracht, man möge den Empfehlungen des Leobner Gutachtens bezüglich des Erzabbaues Rechnung tragen. Leider hat die VÖEST Linz sich vom Vorstand her geäußert, daß sie selbstverständlich — und das ist ja schon dagewesen — das billigere Erz aus dem Ausland kaufen wird, wie die VÖEST überhaupt der Meinung ist, daß das Stahlproblem oder das Stahlgutachten Sache der Bundesstraße 17 sei. So sollte in diesem Zusammenhang auch das Streckenreduzierwerk nicht in Krieglach, sondern in Krems gebaut werden. Dies hätte für die Hütte Donawitz bedeutet, daß 200.000 Tonnen Vormaterial nicht mehr hätte erzeugt werden können. (Landesrat Sebastian: „Aber vom Bürgermeister von Krems, vom ÖVP-Bürgermeister, reden Sie nichts!“ — Landeshauptmann Krainer: „Das ist ein Sozialist, kein ÖVP-Bürgermeister!“)

Aus dieser Sorge heraus hat die ÖVP-Fraktion im Landtag einen Antrag eingebracht bezugnehmend auf die Errichtung des Rohrreduzierwerkes in Krieglach. Dies ist Gott sei Dank beschlossen worden, obwohl man in Krems schon den Spatenstich gemacht hat. Dies ist ein Erfolg, wo wir alle froh sein müssen und ich sehe mich hier verpflichtet, all jenen zu danken, die daran Anteil haben, vor allem dem Herrn Landeshauptmann an der Spitze. (Beifall bei der ÖVP.)

In der Sorge um den Ersatzarbeitsplatz vor allem (Landesrat Sebastian: „Da hätte man auch sagen müssen, daß wir dabei waren, das hat er

nicht gesagt!“) im Bereich der Kohle haben wir ebenfalls einen Antrag eingebracht betreffend geologische Untersuchung des Silberbergbaues in Oberzeiring. Silber und Schwerspat schlummern dort in der steirischen Erde. Beides muß zur Gänze eingeführt werden, Schwerspat für die Gießereien, Silber aber wird gebraucht für die Währung, Silberjodid wird gebraucht für die Film- und Fotoindustrie usw. Man spricht soviel von Ersatzbetrieben und keiner sagt welche, ohne nicht wieder andere Arbeitsplätze zu gefährden und auszukonkurrenzieren.

Die Erschließung von Oberzeiring, wenn eine Abbauwürdigkeit gegeben wäre, wäre ein echter Ersatzarbeitsplatz für die immer noch gefährdete Kohle. Doch sollten alle Bemühungen dem Arbeitsplatz gelten, und andererseits sollen alle Wege schnell beschritten werden, die unserer Grundstoffindustrie die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt geben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Maunz das Wort. Als nächster ist Herr Abg. Pichler vorge-merkt.

Abg. Maunz: Das Kapitel Industrieförderung und Alpine-Montan hat in diesem Haus noch nie eine einheitliche Auffassung erkennen lassen. Ich glaube aber, annehmen zu können, daß das Thema Feuerwehr sicherlich mehr Einigkeit in dieses Haus bringen könnte. 14,814.000 Schilling werden im Voranschlag 1969 unseren Feuerwehren zugeführt. Das ist ein Mehr von rund drei Millionen Schilling. Abgesehen von dieser sehr positiven Einstellung unserer Landesregierung kommt man bei der Betrachtung des Feuerwehrwesens zur Auffassung, daß neben der Polizei und der Gendarmerie, deren Aufgabe es ist, für Recht und Ordnung in unserem Lande zu sorgen, die Feuerwehr die bedeutendste Einrichtung darstellt und als eine echte Streitmacht des Friedens und der Hilfsbereitschaft im Dienste der Bevölkerung steht. Ihrer alten Bestimmung und Aufgabe, Hab und Gut der Mitmenschen und der Wirtschaft gegen Feuer und Katastrophen zu schützen, kommen die 30.000 Feuerwehrleute der Steiermark in einer vorbildlichen Weise nach. Wenn man bei verschiedenen Anlässen vom Freund und Helfer spricht, so muß man auch besonders an die Feuerwehrkameraden denken.

Vor kaum zwei Tagen passierte in Donawitz ein Zugsunglück. Ein Toter ist zu beklagen, und viele Verletzte sind vorhanden, denen unsere Anteilnahme gilt. Die Feuerwehren des Bezirkes wurden hier in einer vorbildlichen Weise eingesetzt und es mußten zur Freimachung der Verletzten Spezialgeräte eingesetzt werden. Diese Ausrüstung an Spezialgeräten ist, glaube ich, noch ein schwacher Punkt bei unseren Feuerwehren. Ich darf gleich den Anlaß dazu benützen, um den zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Peltzmann, zu bitten, hinsichtlich der Spezialausrüstungswerkzeuge in den nächsten Jahren bei den Feuerwehren Vorsorge zu treffen. Aber der besondere Wert liegt nicht nur im Materiellen, das heißt also, daß die Feuerwehr

maßgeblich dazu beiträgt, Volksvermögen und wirtschaftliche Werte zu beschützen, sondern daß sie in ihrer Einstellung zum Volk und Vaterland bereit sind, mit Mut und Tapferkeit, wenn es sein muß, sogar mit dem Einsatz ihres Lebens alles zu tun, um Hilfe zu leisten.

Dies gewinnt umso mehr an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß diese Männer diesen schweren Dienst in ihrer Freizeit neben ihrem Beruf vollkommen selbstlos ohne klingenden Lohn ausführen. Wenn in den vergangenen Jahren bei all unseren Feuerwehren eine gewisse Überalterung feststellbar war, so ist jetzt erfreulicherweise seit dem Jahre 1967 für junge Menschen der Feuerwehrdienst neuerlich interessant geworden. Die intensive Werbung des Landesfeuerwehrkommandos, aber auch die großzügige Förderung durch das Land für die Ausrüstung dieser rund 900 jungen Feuerwehrmänner in der Höhe von 700.000 Schilling hat ihre Früchte getragen. Damit ist aber auch die Meinung widerlegt, daß die Jugend für den Feuerwehrdienst nicht zu begeistern sei, sondern im Gegenteil, es wurde dadurch eine neue Aufgabenstellung im Dienste des gesamten Volkes, welche besonders ehrend ist für unsere männliche Jugend, erschlossen.

Wenn man den Tätigkeitsbericht der Feuerwehren für das Jahr 1967 studiert, so kommt man zur Auffassung, daß unsere Feuerwehren in der Abwehr von Hochwasser über das Feuer, Menschenrettung, Vermißtensuche zu einer Einrichtung geworden sind, die mit ihrem hohen Ausbildungsgrad einfach einen volkswirtschaftlichen Faktor darstellt. Eine besondere Zunahme ist auf dem Sektor der Bergung von Kraftfahrzeugen und Öltankern festzustellen. So waren z. B. im Jahre 1967 3.293 Mann mit dem Bergen und Abschleppen von Unfallfahrzeugen mit einem Zeitaufwand von 7.500 Stunden beschäftigt. Allein bei Tankwagenunfällen — es waren deren 12 in der Steiermark — waren 18 Wehren beteiligt. Im Zusammenhang mit diesen Unfällen kommt dem Grundwasserschutz eine besondere Bedeutung zu.

Die Steiermärkische Landesregierung hat in Erkenntnis dieser Tatsache in der Reinhaltung unseres Lebenselementes Wasser 1,280.000 Schilling freigegeben. Es wäre hier vielleicht auch angebracht, eine Vermehrung der Ölalarmstützpunkte voranzutreiben, besonders an den frequentierten Straßen. Aber hier sei mir noch ein sehr ernstes, besinnliches Wort gestattet. Unsere braven Feuerwehrmänner leisten unentgeltlich im vorbildlichen Einsatz Hilfe. Demgegenüber steht die traurige Bilanz der Steigerung der Verkehrsunfälle. Alles Mögliche wurde schon überlegt und versucht, um dieser blutigen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Ein entscheidender Erfolg scheint sich aber hier noch nicht abzuzeichnen.

Ich bin der Auffassung, daß das Autofahren nicht nur eine Beherrschung der technischen Materie, der Kunst und der Erfahrung ist, sondern in der Hauptsache eine Angelegenheit des Charakters. Sonst könnte es nicht immer wieder vorkommen, daß durch größtmögliche Nichtbeachtung der Verkehrsvorschriften schwerste Unfälle hervorgerufen und heraufbeschworen werden.

Vielleicht wäre es hier zu überlegen, dem Beispiel anderer Länder zu folgen und auf den Kraftfahrer in der Form drastisch und erzieherisch einzuwirken, daß man bei einer groben Verletzung der Verkehrsordnung wie etwa rücksichtsloses Überholen, Nichtbeachtung des Vorranges, den betreffenden Autofahrer einen Vermerk oder, wenn Sie wollen, ein Loch in den Führerschein macht und ihm bei einer dreimaligen Wiederholung, neben einer Geldbuße, eben den Führerschein abnimmt. Andere Länder haben das bereits mit Erfolg praktiziert. Abgesehen davon, daß die Fahrdisziplin besser werden könnte, würde auch der Einsatz unserer Feuerwehren, welche letzten Endes mit öffentlichen Aufwendungen und Ausrüstungsgegenständen arbeiten, nicht mehr so häufig notwendig sein.

Allen Feuerwehrkameraden des Landes Steiermark für ihre bisherige Einsatzleistung darf ich von dieser Stelle aus herzlichst danken, sie aber gleichzeitig ersuchen, weiterhin bereit zu sein, den Menschen unserer Heimat in Not und Bedrängnis zu helfen. Mit einem Gut Heil für 1969 wünsche ich, daß alle Feuerwehrmänner von ihren Einsätzen immer heil und gesund heimkehren mögen. (Beifall.)

Präsident: Abg. Pichler ist am Wort. Als nächster Redner ist Herr Abg. Pölzl vorgemerkt.

Abg. Pichler: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Ich werde mich sehr genau an die fünf Minuten halten, ich möchte nur zu einem Resolutionsantrag sprechen, der die Obersteiermark, vornehmlich den Bezirk Judenburg, Murau und Knittelfeld betrifft. Die Österr. Volkspartei war im Finanz-Ausschuß ja nicht bereit, diesem Antrag beizutreten. Ich möchte nun unter Beweis stellen, wie notwendig es ist, rechtzeitig Vorsorge zu treffen, und nicht erst dann zu löschen, wenn es bereits zu spät ist.

Meine Damen und Herren, über den Bezirk Murau allein zu sprechen ist ja schon problematisch, weil wir in diesem Bezirk fast überhaupt keine Industrie haben, wenn wir vom chemischen Betrieb in St. Lambrecht absehen. Es ist dort ein sehr betriebsarmes Gebiet zu verzeichnen und es ist auch noch niemandem möglich gewesen, und auch die Privatinitiative hat ja nicht jene Erfolge gebracht, die wir eigentlich erwartet haben, daß also die Menschen dort an Ort und Stelle Arbeit finden und nicht weiterhin zu den Pendlern zählen müssen.

Aber wie in Judenburg ist es auch in Knittelfeld mittlerweile problematisch geworden, denn, wenn wir die einzelnen Ziffern ansehen, hat das Gußstahlwerk Judenburg seit dem Jahre 1965 ihren Belegschaftsstand von 2.114 auf 2.006 bereits verringern müssen, die Papierfabrik Pöls von 663 bereits auf 549, der Bergbau Fohnsdorf von 1.955 bereits auf 1.547 summa summarum.

Nur ein leichter Sonnenschein ist zu verzeichnen über Zeltweg, über der dortigen Papierfabrik bzw. Papierverarbeitung und erfreulicherweise auch über der Alpine Zeltweg, wo für uns ein typisches Beispiel über die Auswirkungen einer Finalindustrie festgestellt werden

kann. Die Alpine Zeltweg hat sich ja vielfach auch auf den Maschinenbau umgestellt und hat auch verhältnismäßig gute Exportaufträge und das ist ja das, was immer wieder auch in diesem Hause und auch im Parlament anklingt und unsere Wünsche wären, daß unsere gesamte Industrie weiter finalisiert werden könnte. Wenn wir den Bezirk Knittelfeld nehmen, so haben wir dort das betrübliche Verhältnis, daß das Austria-Werk im Zuge der großen Konkurrenz sehr stark zurückgeht und daß die österr. Bundesbahnen im Zuge ihrer Veränderungen und der bereits gesetzten und noch zu erwartenden Maßnahmen in der Hauptwerkstätte ebenfalls große Dezimierungen vornehmen.

Und nun auch eine Ziffer zu den Österreichischen Bundesbahnen, bei denen innerhalb der letzten drei Jahre die Belegschaft der aktiven Bediensteten in Knittelfeld, was eigentlich das Um und Auf ist für die gesamte Stadt, von rund 2.480 Bediensteten bereits auf 1.962 Bedienstete ebenfalls abgesunken ist. Hier handelt es sich nicht mehr um wenige Hunderte, sondern hier handelt es sich in der Obersteiermark schon um über tausend Arbeitsplätze, die uns verloren gegangen sind und die also keineswegs ersetzt wurden und auch in absehbarer Zeit wahrscheinlich nicht ergänzt werden können, nämlich im positiven Sinne, daß für diese bereits geschwundenen Arbeitsplätze neue Arbeitsplätze kommen, wo die Menschen wieder Brot und Arbeit finden.

Aus diesem Grunde ist es mir eigentlich etwas unverständlich, daß die Österr. Volkspartei diesem Antrag weder beitrifft, noch dafür stimmt. Ich halte es für notwendig, das aufzuzeigen, denn es wird vielfach übersehen, wie sich die dortigen Situationen entwickeln und vor welchen Schwierigkeiten die Obersteiermark steht. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Pölzl. Als nächster ist Herr Abg. Stöffler vorgemerkt.

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Generalberichterstatter der sozialistischen Fraktion hat mehr Zeit aufgewendet um Wiener Probleme hier zu lösen und mehr Zeit dazu aufgewendet, um den Nachweis zu führen, daß es eigentlich die Österreichische Volkspartei in Wien ist, die an allem schuld ist, und die Sozialisten diejenigen, die nur das Gute wollen. Wir haben heute in diesem Kapitel zwei Redner aus Weiz gehört, die sich mit dem Problem der Elin-Union beschäftigt haben. Der Herr Abg. Wuganigg hat wohlweislich gesagt, mit dem Spezialproblem wird sich der Herr Abg. Meisl beschäftigen. Er wollte sich dabei wahrscheinlich die Finger nicht verbrennen.

Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich, daß der Herr Abg. Meisl erklärt hat, es müßte etwas geschehen, um die Sicherheit der Arbeitsplätze der rund 2.500 Beschäftigten bei der Elin-Union abzusichern und nicht, daß noch weitere Abteilungen von Weiz verlegt werden. Aber, wenn man nun in Weiz

sich mit einem Arbeiter der Elin-Union unterhält, man fragt wie geht's Euch denn, dann hört man von den Mitarbeitern in der Elin und zwar von den beschäftigten, nicht von politischen Mitarbeitern, ja der Herr Meisl hat damals dem Herrn Vizekanzler Pittermann nicht Halt geboten. Er hat wie der Vizekanzler Pittermann die Verantwortung über die Elin zu tragen hatte, als Zentralbetriebsratsobmann nicht Stellung bezogen dagegen, daß die kranke Stadlauer AEG mit der gesunden Elin zusammengelegt wurde. Dafür hätte er die goldene Medaille, so sagen die Arbeiter in Weiz, und dafür wäre er zum Dank vom Dr. Pittermann in den Steirischen Landtag entsendet worden.

Eine weitere Tatsache, meine Damen und Herren, es ist der Generaldirektor der Elin-Union, Dr. Widtmann, absolut dagegen aufgetreten, er hat gewarnt und hat zu seinen Parteifreunden in der sozialistischen Partei einigemal mit Bitten gesagt, ich warne, die gesunde und gute Elin mit dem kranken Stadlauer Betrieb zusammenzulegen.

Der Herr Dr. Widtmann war nicht mehr lange Generaldirektor, er war lästig. Bei der sozialistischen Partei sind diese Fachleute, die für einen Betrieb eintreten und nicht für parteipolitische Ziele ihre Hand reichen, nicht sehr lange im Vorstand eines Betriebes. (Landesrat Gruber: „Ja, weil er schon 65 war! Das ist pure Demagogie! Sie wissen, daß Generaldirektor Widtmann schon weit über 65 Jahre war, als er in Pension ging und daß der Eigentümer und nicht der Betriebsrat diese Fusion beschlossen hat!“)

Herr Landesrat, haben Sie noch etwas zu sagen? Sind Sie fertig?

Ich möchte hier aufklären. Man soll nicht scheinheilig der ÖVP Dinge vorwerfen, die man bei der Sozialistischen Partei selbstverständlich ununterbrochen macht. Man soll nicht hier versuchen Wiener Probleme hereinzubringen (Landesrat Gruber: „Warum nicht?“) und die Volkspartei-Abgeordneten zu reizen, denn wir sind in der Lage, über viele Betriebe in der Steiermark, wo die Sozialisten herrschen, die Wahrheit hier im Hohen Haus zu berichten. Im übrigen darf ich Ihnen noch eines sagen. Der Herr Abgeordnete Wuganigg lächelt nicht nur bei meinen Worten, er kann auch die Wahrheit darüber bestätigen, daß in Weiz die Elinarbeiter sagen: Schuld an der Misere ist der Herr Meisl (Landesrat Gruber: „Also das glaube ich nicht!“), weil er dem Herrn Vizekanzler Pittermann die Hand zu diesem schändlichen Werk gereicht hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Stöffler. Als nächste ist Frau Abg. Jamnegg vorgemerkt.

Abg. Stöffler: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Gruppe 7 und zum Teil auch in der nunmehr zu behandelnden Gruppe 8 ist ersichtlich, daß sich das Land bei einer Anzahl von Betrieben beteiligt, daß es Haftungen für Darlehen übernimmt zum Ausbau und für Investitionen in Betrieben, daß es

schließlich auch Zinszuschüsse und Beihilfen leistet, um auf diesem Weg der Wirtschaft zu dienen und auch Hilfe zu leisten für die Beseitigung der Strukturschwächen, die wir allenthalben festzustellen haben. Ich glaube, dieser Weg ist zu begrüßen. Es zeigt sich natürlich auch hier die enge Verflechtung von Politik und Wirtschaft, die wir so verstehen, daß die öffentliche Hand helfen soll, daß sie aber, wie unsere Generalredner schon zum Ausdruck gebracht hat, nicht selbst Betriebe führen soll. Die Konkurrenz der öffentlichen Hand schafft vielfach nur eine Verfälschung der Wettbewerbsverhältnisse, sie führt zu leicht zu Defiziten und sie läßt den Einfluß der Parteipolitik im Bereiche des öffentlichen Lebens zu sehr wirksam werden. (Abg. Dr. Klausner: „Gilt das für die Marktordnungsgesetze auch?“)

Und erst zu spät entschließt man sich dann bei rettungslos defizitären Betrieben dazu, sie einzustellen, wie z. B. dies nunmehr, aber endlich doch in Graz bei den beiden Gemeindekinos der Fall ist. (Landesrat Sebastian: „Wir wissen ein paar private auch!“)

Wenn wir, meine Damen und Herren, heute von Strukturveränderungen reden, von Strukturschwächen und dabei mit Landesmitteln helfen, so ist damit sicherlich nicht der Weg beschritten, daß behördlicherseits Strukturplanungen erfolgen sollen. Solche behördliche Planungen sind meistens nicht flexibel genug. Sie müßten es aber sein, genauso wie ja die jeweils geltenden Strukturen selbst nicht ein unveränderbares Dogma darstellen. Die notwendige Flexibilität aber haben nicht nur solche Planungen aufzuweisen, sondern auch jene, die von solchen Überlegungen betroffen oder erfaßt werden, nämlich die Menschen und die Betriebe, in denen diese Menschen arbeiten. Wir brauchen also nicht so sehr den gesteuerten, gelenkten, geführten oder gar manipulierten Menschen, sondern wir brauchen möglichst viele mit eigener Initiative und dazu möglichst viele, die auch bereit sind, selbst ein Risiko zu tragen. Je mehr das Risiko zentralisiert wird umso spröder und schwerfälliger wird die Wirtschaft. Viele Risikoträger hingegen werden eine Steigerung der Elastizität mit sich bringen.

Das Streben nach Sicherheit, meine Damen und Herren, wird immer größer. Es muß und kann aber letzten Endes nur von jenen getragen werden, die auch bereit sind, ein Risiko zu übernehmen. Ich halte die Vermehrung jener, die bereit sind, Risiko zu übernehmen und die zu Initiativen fähig sind, für eine Frage, die auch mit der staatlichen Sicherheit eng zusammenhängt. Wir werden nämlich in der Umgebung der Quantitäten wirtschaftlicher Mächte nur dann bestehen können, wenn wir flexibler, tüchtiger, fleißiger und einfallreicher sind. Wir werden nicht als hartes Korn zwischen den Mühlsteinen fungieren dürfen, sondern wir müssen gewandt und geschickt Engpässe und Härten vermeiden und uns in den freien Räumen bewegen, die auch zwischen den großen Blöcken sich immer wieder öffnen. Nur auf diese Weise

kann die wirtschaftliche Basis eines so kleinen Staates und seiner Bürger gewährleistet sein.

Meine Damen und Herren! Man hört besonders in der letzten Zeit sehr oft die Frage, nicht zuletzt ausgelöst durch die tschechoslowakischen Ereignisse, wie denn unsere Sicherheit überhaupt garantiert sei.

Hier ist die Gegenfrage berechtigt: Welcher Mensch oder welcher Staat war denn jemals absolut gesichert? Und wer ist es heute? Vielleicht sind die New Yorker viel weniger gesichert für den Fall eines kriegerischen Ereignisses als wir hier in Österreich. Wieviel weniger erscheint doch die französische Wirtschaft und die französische Währung gesichert als unsere Wirtschaft und Währung in diesen Tagen, obwohl Frankreich noch vor wenigen Monaten in dieser Hinsicht so gut wie nicht gefährdet erschien. Welche störenden Einflüsse auch immer auf uns hereinstürmen mögen, ihre Bewältigung wird stets allein unsere Sache sein. Nicht Gesetze und nicht Pläne, sondern die Abwehr- und Schaffenskraft, das Können und die Geschicklichkeit, werden stets die Hauptfaktoren sein, damit wir unsere Standfestigkeit bewahren. Mit der Hilfe der öffentlichen Hand für die Entstehung und Verbesserung bei den Betrieben allein ist es aber nicht getan. Es wirken nämlich der Ergreifung von Initiativen und dem Mut zum Risiko leider einige gewichtige Faktoren sehr stark entgegen. Solange das Steuersystem dazu angetan ist, den Fleißigen und Tüchtigen im Wege einer überhöhten Progression der Erwerbssteuern zu bestrafen und solange auch in der Lohnpolitik, für die ja die Gewerkschaft hauptsächlich verantwortlich zeichnet, sich parallele Tendenzen zeigen, so lange werden wir nicht zu jener Leistungsqualität kommen, die wir aber brauchen, um der Leistungsquantität unserer Nachbarn gegenüberzutreten.

Ein kleines Volk, das im Laufe der Geschichte feststellen mußte, daß seine von außen garantierte Sicherheit nur solange gewährleistet ist, solange es den anderen opportun erscheint und nur insoweit, als damit die „guten Freunde“ nicht zu viel riskieren, muß sich weitgehend auf seine eigenen Kräfte besinnen und sie auch mobilisieren. Es gilt also, neben der staatlichen Hilfe für die Wirtschaft, neben einer verbesserten Ausbildung unserer Mitbürger auch nach Wegen zu suchen, die dahin führen, daß es sich lohnt, fleißiger, tüchtiger und risikofreudiger zu sein.

Diese Auffassung widerspricht natürlich dem Streben nach übertriebener Vermögensumverteilung und der zu großen Abschöpfung des erarbeiteten Verdienstes. Die von gewisser Seite so gepriesene Umverteilung hat sicherlich eine soziale Untergrenze, aber, meine Damen und Herren, sie hat auch eine wirtschaftliche und durch die Vernunft gezogene Obergrenze.

Wenn in diesem Haus darüber geklagt wird, daß die Lohnsteuer im Gesamtbetrag höher ist als die Einkommensteuer, so zeigt dies nur, daß wir uns weitgehend von einer Ertragswirtschaft zu einer Umsatzwirtschaft hinbewegen mit all den Mängeln, die sich aus dem Fehlen des

nötigen Kapitals für weitere Investitionen ergeben, sondern es zeigt sich auch, daß auch dem Arbeitnehmer immer mehr von seinem erarbeiteten Verdienst abgeschöpft und in Form der Steuer weggenommen wird. Wir können uns ja nicht im Umverteilen erschöpfen, wir müssen ja vor allem danach streben, daß etwas da ist, um es zu verteilen, und vor allem auch danach, daß in Zukunft mehr da ist, daß mehr tüchtige, initiative und geschickte Menschen am Werk sind. Es wird viel von der Bildungsexplosion gesprochen, von dem Streben jedes einzelnen nach höherer Bildung. Meine Damen und Herren, wenn man sich ansieht, wie wenig es sich lohnt, durch höhere Bildung mehr zu leisten, dann fragt man sich fast, wozu eigentlich.

Die übertriebene Umverteilung und die auf ihr basierende Steuerprogression, die ja den Fleiß und die Tüchtigkeit bestrafen, sie führen ja fast zu dem Schluß, daß es bald gescheiter ist dümmer zu bleiben, weil einem dann von dem, was man verdient, perzentuell viel mehr bleibt. Sie lähmt die Verantwortungsfreude, sie erschlägt die Risikofreudigkeit. Man ist also so richtig dabei, die begehrte höhere Qualität, die durch erhöhte Bildung angestrebt wird, durch eine immer krasser werdende Vermögensumverteilung wieder wirkungslos zu machen. Auf diesem Weg, meine Damen und Herren, kann man die vermehrenden Kräfte — und um das geht es — nicht wecken. Wir haben nicht die Division zu suchen, sondern die Multiplikation. Auf diese bisherige Weise werden wir auch nicht zu den Voraussetzungen kommen, die wir brauchen, um die wirtschaftlichen und sozialen Sicherheiten zu gewährleisten und auch auf anderen Gebieten Sicherheit zu bewahren.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, erkennen wir doch, daß mit einer übertriebenen Umverteilung, ob bewußt oder unbewußt auch gewisse Voraussetzungen für die Manipulierbarkeit des Menschen geschaffen werden. Die Sozialistische Partei sollte sich daher auf diesem Gebiet gewisse Grenzen setzen, (Landesrat Sebastian: „Nein, nein, die ÖVP-Regierung, sie hat das ja in der Hand, Sie haben ja die Parlamentsmehrheit!“) weil sie sonst einem Ziel zustrebt, das ist sicher Herr Landesrat, horchen Sie einmal zu, ich horche ja Ihnen auch zu, (Landesrat Sebastian: „Beschließen Sie es doch im Parlament! Sie haben doch eine Parlamentsmehrheit! Beschließen Sie es doch!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) weil Sie sonst einem Ziel zustreben, daß Sie sicher selbst nicht wollen, nämlich das Ziel, daß Sie zur Manipulierbarkeit des Menschen kommen. (Landesrat Sebastian: „Lesen Sie doch den Koren-Plan!“)

Und ich sage Ihnen jetzt noch etwas: Aus der Generalrede Ihres Sprechers habe ich das klare Bekenntnis in dieser Hinsicht leider nicht vernennen können. (Abg. Heidinger: „Lesen Sie das sozialistische Programm, da steht es drinnen über die verstärkte Progression!“)

Ohne Ihnen etwas unterschieben zu wollen, stelle ich aber doch eines fest (Landesrat Sebastian: „Sie haben es doch in der Hand, das zu ändern!“)

Mich stört es nicht, wenn Sie Zwischenrufe machen, Herr Landesrat, in keiner Weise, nur so sehr Sie als referierender Landesrat sicherlich auch Wert darauf legen, Ihre Ausführungen einigermaßen ungestört darbieten zu können, so wenig sind Sie bereit, wenn Sie da unten sitzen, das für den Redner bei diesem Pult zu gewährleisten. (Abg. Pözl: „Wie bei der Feuerwehr, einer für alle!“ — Landesrat Sebastian: „Einem Abgeordneten ist doch ein Zwischenruf erlaubt! Ich habe mich bemüht, die Wahrheit zu sagen, jawohl, aber dann müssen Sie sich auch korrekt verhalten, Sie brauchen nur korrekt zu sein!“)

Aber mich stört es nicht, Sie kommen nur aus der Reserve und man sieht ein bißchen tiefer. Das zeigt, daß Sie nervös sind, ich dürfte den Nagel mitten auf den Kopf getroffen haben. (Landesrat Sebastian: „Ja genau, aber auf den Kopf der ÖVP-Regierung!“ — Abg. Heidinger: „Sie polemisieren!“)

Natürlich auch, das gehört ja zur Politik, polemisieren Sie nicht? (Zwischenruf von der SPÖ: „Es darf nicht zur Demagogie führen!“)

Das ist Ihnen vorbehalten. (Landesrat Bammer: „Auf die Opposition gezielt und die ÖVP getroffen!“)

Uns, meine Damen und Herren, geht es jedenfalls darum, alle individuellen Kräfte zu wecken und von unten nach oben zur Erfüllung zu führen. Und wir wollen dabei dem Menschen seine Instinkte und seine Evolutionen, um eine Redewendung aus Ihrer Generalrede zu gebrauchen, und sein Streben nach Ertrag und Besitz erhalten, weil diese Dinge nun einmal zu uns und zum Menschsein gehören, Eigenschaften, die wir nicht einfach ablegen können, die wir auch nicht gleichschalten wollen und die wir auch nicht wegmanipulieren wollen, sondern, die wir eher nutzbar machen sollen. Und in dieser Zielsetzung, das glaube ich abschließend sagen zu müssen, unterscheiden wir uns sehr deutlich von Ihnen, meine Damen und Herren auf der linken Seite und ich betone, daß wir auf diese Unterscheidung auch gesteigerten Wert legen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich erteile das Wort der Frau Abg. Jamnegg. Als nächster ist Herr Abg. Ing. Fuchs vorgemerkt.

Abg. Jamnegg: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich mich zu dieser Gruppe noch einmal zu Wort gemeldet habe, so deshalb, weil ich jetzt ein Thema hier behandeln will, das mir ganz besonders am Herzen liegt, es ist das der Themenkreis: Berufstätige Frauen. Und ich bitte um Nachsicht, Herr Präsident, nachdem das ja vielleicht die einzige Wortmeldung zu diesem Thema ist, wenn ich meine Zeit ein wenig überschreite.

Präsident: Sie haben unbeschränkte Redezeit.

Abg. Jamnegg: Danke vielmals, Herr Präsident. Ich darf nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zuerst darauf hinweisen, welcher hohen Anteil die berufstätigen Frauen in unserem

Lande zum Sozialprodukt leisten. 40 Prozent aller Erwerbstätigen in Österreich sind Frauen. In Ziffern ausgedrückt sieht das so aus: 1.360.000 erwerbstätige Frauen insgesamt und davon rund 900.000 unselbständig erwerbstätige Frauen.

Nun ist dies heute so — und ich möchte das auch hier im Hause aussprechen — daß da und dort nun Kritik geübt wird, an der Berufstätigkeit der Frau an sich. Eine Kritik, die sachlich kaum begründet ist, wenn man hier die Gesamtzusammenschau zu diesem Fragenkomplex hat. Eine Kritik geübt aber vor allem, meine Damen und Herren, an den berufstätigen Müttern in unserem Lande und wir haben in der Tat 500.000 Frauen, Mütter, die in Österreich auch berufstätig sind. Nun, auch sie werden in der Wirtschaft gebraucht, das möchte ich vorausschicken. Aber die andere Seite, wenn wir überlegen, warum auch Mütter in unserem Lande arbeiten, so ist diese Frage sehr leicht beantwortet, weil sie eben mit dazu beitragen müssen, das Familieneinkommen zu sichern, weil sie in jungen Jahren mit dazu beitragen müssen zur Wohnungsanschaffung, zur Wohnungseinrichtung und alles, was damit zusammenhängt.

Natürlich, meine Damen und Herren, ist und bleibt es unsere Zielsetzung zu erreichen, daß den Müttern einmal doch die freie Wahl gegeben werden kann zwischen Beruf und Familie. Aber das ist sicher noch ein weiter Weg, jedenfalls ist jetzt die Situation so, daß die Mütter eben arbeiten müssen. Nun, vielleicht gibt es eine Möglichkeit der Teillösung, vielleicht ist es möglich, doch auch einmal zu vermehrten Teilzeitarbeitsplätzen zu kommen und insbesondere aber auch, meine Damen und Herren, hoffe ich sehr, daß trotz der verschiedenen Einwände von mehreren Seiten es möglich sein wird, auch das Teilzeitarbeitsgesetz eines Tages zur Verabschiedung zu bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hoher Landtag, ich hoffe sehr, und gestatte mir also diese Anmerkung, daß das Thema berufstätige Frauen auch für dieses Haus interessant ist und daß man die Aufmerksamkeit diesem Thema zuwendet. Denn es ist immerhin für diesen großen Kreis in der Bevölkerung eine eminent wichtige Frage und ich glaube auch, daß die Frauen das Recht haben, die Aufmerksamkeit für Ihre Probleme in Anspruch zu nehmen. Die Zahl der berufstätigen Frauen in Österreich hat sich praktisch seit dem Jahre 1910, also seit der letzten Volkszählung kaum verändert. Es waren damals 40 Prozent, es sind heute 40 Prozent. Zahlenmäßig ist also keine Umschichtung erfolgt, eine Umschichtung allerdings wohl im quantitativen Bereich. Mit der fortschreitenden Industrialisierung sind die Frauen praktisch in alle Berufe vorgedrungen, denn sie wurden in diesen Berufen gebraucht. Es gibt heute, meine Damen und Herren, eine Reihe von Produktionen, eine Reihe von Produktionsstätten der speziellen und spezialisierten Frauenarbeit. Ich möchte z. B. nur ein konkretes Beispiel herausgreifen im oststeirischen Bereich, etwa die EUMIG, die in der Transistorenerzeugung fast ausschließlich, von wenigen Männern abgesehen, Frauen beschäftigt,

weil die Fingerfertigkeit der Frauen besser für diese Produktion geeignet ist.

Das war nur ein konkretes Beispiel für die spezialisierte industrielle Frauenarbeit. Es gibt aber heute, meine Damen und Herren, kaum eine Berufsgruppe, in der die Frauen nicht in hohem Maße vertreten sind und es gibt viele Berufsgruppen, wo sie heute auch schon überwiegen. Ich nenne nur die Privatangestellten oder das Unterrichtswesen und selbstverständlich den Bereich der Sozialberufe.

Die Wirtschaft ist, meine Damen und Herren, auf die Mitarbeit der Frauen angewiesen und es gibt heute kein Industrieland der Welt, das auf die Mitarbeit der Frauen verzichten kann und der Wohlstand — das möchte ich ganz betont herausstellen — in unserem Lande wird sehr wohl wesentlich von dem Anteil der Frauenarbeit mitbeeinflusst. In diesem Zusammenhang darf ich auch erwähnen, daß die internationale Arbeitsorganisation, der ja auch Österreich als Mitgliedsstaat angehört, im Vorjahr eine dringende Empfehlung an die Entwicklungsländer herausgegeben hat, so rasch und auf so breiter Basis wie möglich Frauen in das Erwerbsleben einzugliedern, um auch dort zu einem wirtschaftlichen Aufschwung kommen zu können. Für Österreich aber, meine Damen und Herren, darf ich feststellen: Ohne die Mitarbeit der Frauen auf dieser breiten Basis hätten wir in unserem Lande diesen wirtschaftlichen Aufschwung auch nicht möglich machen können.

Das gilt auch für die Zukunft, meine Damen und Herren. Aber auch eine Sozialpolitik, wie wir sie uns heute leisten können in diesem Maße — und Österreich hat hier keinen internationalen Vergleich zu scheuen, im Gegenteil, Österreich steht hier führend mit an der Spitze — und selbst die familienpolitischen Maßnahmen wären ohne den aktiven Anteil der berufstätigen Frauen bei der Erbringung der Mittel für die Leistungen, die hierfür Voraussetzung sind, nicht möglich.

Die Steiermark steht mit dem Anteil der berufstätigen Frauen, und zwar im Bereiche der Unselbständigen, hinter Wien, Niederösterreich und Oberösterreich mit einem Durchschnitt von 110.000 berufstätigen Frauen an vierter Stelle. Aber das Arbeitspotential der Frauen auch bei uns in der Steiermark — und ich meine jetzt nicht etwa die Arbeitslosenziffern, sondern ich meine jene Frauen insbesondere, die geneigt wären, noch einen Beruf aufzunehmen, so sie eine entsprechende Beschäftigung finden, ich meine aber auch jene Frauen, die etwa nach vorübergehendem Ausscheiden aus dem Berufsleben sich um eine Wiedereingliederung bemühen — ist noch nicht ausgeschöpft. Ich glaube, daß man hier insbesondere für jene Frauen, die wieder in das Berufsleben eintreten wollen, ganz besonders auch bei Schulungs-, Um- und Nachschulungsmaßnahmen eine Möglichkeit der besonderen Berücksichtigung finden sollte. Es ist zur Verbesserung des Wohlstandsgefälles unseres Landes notwendig, daß man hier die Möglichkeit einer weiteren Eingliederung überlegen und auch die weitere Gründung von Betrieben mit

spezieller Frauenarbeit in die Bemühungen um die Schaffung von neuen Betrieben miteinbeziehen soll.

Und zum Schluß, meine Damen und Herren, darf ich sagen: Für die Leistung, die die Frauen in unserem Lande erbringen, sei es die berufstätige Frau, ob im selbständigen oder unselbständigen Bereich, sei es aber auch die harte Arbeitsleistung der Bäuerin und sei es schließlich auch die oft unterschätzte Arbeit der Hausfrau und Mutter, dürfen die Frauen, so glaube ich, eine volle Würdigung in Anspruch nehmen, aber auch Verständnis erwarten, wenn es darum geht, ihre speziellen Anliegen auch zu erfüllen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Fuchs. Als nächster ist zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Hleschitz.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist zweifelsohne nicht zu verwundern, daß sich die Gemüter immer dann zu erhitzen beginnen, wenn das Thema der verstaatlichten Industrie und überhaupt der Industrie und ihrer Förderung und alle damit zusammenhängenden Fragen aufs Tapet kommen. Das ist etwas, was wirklich sehr natürlich ist, denn gerade in der Steiermark gibt es kaum ein Problem, das uns so angeht, so berührt und das uns auch so beeinflusst.

Nun hat der Herr Abgeordnete Schön sich in ein paar Passagen meiner Meinung nach vergangen, und ich werde in aller Freundlichkeit, Herr Kollege, nur ganz wenige Korrekturen dazu anbringen müssen. Der Herr Kollege hat zuerst beklagt, daß die beiden Gutachten an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Das war nicht nur ein Malheur, sondern das war wirklich ein Unglück. Es ist aber wohl sehr zu untersuchen, wie und durch welche Löcher es an die Oberfläche gekommen ist, denn noch weiß man nicht genau, auf welcher Seite das passiert ist.

Es ist nur so, Herr Kollege, früher oder später wäre es an das Licht der Öffentlichkeit gekommen, und es ist also unschön, daß man es zuerst in der Zeitung gelesen hat, bevor es die Betreffenden übersetzt bekommen haben. Es ist aber traurig — und das ist vielleicht ein Zeichen für verschiedene Zustände in unserem Lande, daß die wesentlich befaßten Herren unbedingt eine Übersetzung haben mußten, daß man in den Spitzen dort nicht einmal genug Leute gefunden hat, die den englischen Originaltext haben lesen können, was bei uns gar keine Rolle spielt, aber in einer Industrieführung schon etwas sehr Wesentliches ist; genauso, wie man im diplomatischen Dienst erwartet, daß die Leute französisch können, wäre es meiner Meinung nach selbstverständlich, daß jeder Industriekapitän zumindest eine schwache Ahnung von englisch haben müßte, denn sonst kann er einfach heute seinen Funktionen nicht richtig nachkommen. Das ist nun einmal die Sprache der Technik geworden.

Aber sei es, wie es sei. Der Herr Kollege Schön hat dann die Gutachten ein bißchen beklagt. Er

hat gesagt, sie sind nicht gut und hat gesagt, man hat nicht den Menschen berücksichtigt und hat rein nach fachlichen Gesichtspunkten geurteilt. Es ist selbstverständlich und die einzige Möglichkeit, daß man, wenn man sich Gutachten bestellt, nicht ein Ergebnis bestellt, sondern daß man Leute, die an und für sich davon nicht betroffen sind, bittet, ihre Meinung zu sagen. Was die Verantwortlichen, die dann zu entscheiden haben, aus solchen Gutachten machen, ist eine zweite Sache. (Landesrat Sebastian: „Sehr richtig!“)

Ich glaube, da kann man gar nichts dagegen sagen. Es ist auch ein Glück, daß man zwei verschiedene Gutachten hat, die sich widersprechen, denn nichts ist gefährlicher, als einen Wirtschaftsplan zu haben und dann zu glauben, das ist das Evangelium und alles, was da drinnen steht, ist richtig. Zumindestens haben wir hier zwei, da kann sich jeder aussuchen, was ihm paßt. (Heiterkeit.)

Dann ist der Herr Abgeordnete Schön zu einem Kapitel übergegangen, und da muß ich ihm leider widersprechen. Sie haben gesagt, es ist eine Lüge, zu behaupten, daß irgend jemand, und ich glaube, Sie haben die Regierung oder die ÖIG gemeint (Abg. Schön: „Den Bund!“), daß der Bund für die verstaatlichte Industrie etwas getan hat, und die Generaldirektoren und die Vorstände der Firmen haben gewissermaßen so wie der Münchhausen am eigenen Schopf die Sache aus dem Sumpf gezogen. So war es ungefähr zu verstehen. (Abg. Schön: „Das kann man auslegen wie man will. Auf jeden Fall steht aber eines fest, daß die ganze Stahlflaute, die ganze Misere von den Konzernleitungen behoben wurde!“ — Landesrat Peltzmann: „Dazu sind sie ja auch da!“)

Herr Kollege, dazu sind sie ja auch gut bezahlt diese Konzernleitungen:

Es hat im Jahre 1967 insgesamt der Bund Haftungen übernommen für die Elin 308 Millionen und für die Stickstoffwerke 281 Millionen. Im Jahre 1965, das ist also das letzte Jahr sozusagen der Koalition gewesen, sind insgesamt nur 310 Millionen solcher Haftungsübernahmen gewesen, wogegen es im Jahre 1967 589 Millionen waren. Das also in Zahlen. Jetzt kommen aber die Kapitalerhöhungen, die nebenher waren. Und zwar hat der Bund Kapital erhöht im Jahre 1966 24,7 Millionen, im Jahre 1967 80 Millionen und im Jahre 1968 91 Millionen. Dazu kommen Kapitalerhöhungen aus dem Investitionsfonds im Jahre 1968 von 54 Millionen, Umwandlungen von Darlehen 54 Millionen, dann haben wir noch Investitionsfondsdarlehen 81,6 Millionen.

Man kann, Herr Kollege, ohne weiters darüber streiten, ob das genug, ausreichend, zu wenig oder zu viel ist, aber man kann also nicht sagen, daß gar nichts geschehen ist und man kann nicht sagen, es ist eine Lüge zu behaupten, daß der Bund etwas gemacht hat. Bitte, vielleicht bin ich so ein Lügner jetzt, aber ich glaube, daß das einfach ein bißchen falsche Information war (Abg. Schön: „Nein!“), ich verstehe schon Ihre Sorgen und Nöte, aber man soll nicht ganz

an den Dingen vorbeigehen, denn es sind immerhin doch hübsche Ziffern.

Sie haben dann gesagt, der Mittelpunkt ist der Mensch, und hier treffen wir uns zweifelsohne, nicht? Es wird uns gerne nachgesagt und der Herr Landesrat hat das früher so ein bisserl anklingen lassen, daß wir also absolut gegen die verstaatlichte Industrie seien. (Landesrat Gruber: „Nicht mehr, würde ich sagen!“)

Schauen Sie, lassen Sie mich den Satz ausreden und nachher, dann laß ich Sie reden und dann verstehen wir uns gleich besser. Wenn wir wirklich dagegen wären, so wäre das schon vom Standpunkt der Wirtschaft, die Sie uns also zuordnen, nämlich der Privatwirtschaft aus gesehen, ja doch eine irrsinnige Dummheit. (Abg. Heidinger: „Das haben wir auch immer gesagt!“)

Jetzt passen Sie doch einmal auf. Wir, alle Privatbetriebe, sind direkt oder indirekt Abnehmer oder Lieferanten der verstaatlichten Industrie und wir werden uns sozusagen in den eigenen Fuß hacken, nur aus politischen Gründen. (Abg. Fellinger: „So?“)

Und jetzt sage ich Ihnen noch was, Herr Kollege Fellinger, weil Sie sagen so. Es gibt bei uns Leute, die sagen, „hu die Verstaatlichte“, nicht, und wenn man so einen hört, dann zitiert man gleich und sagt, na die ganze ÖVP ist dagegen. Es gibt bei Ihnen genau so Leute, die sagen, alles muß verstaatlicht werden, ja wenn wir die alle immer zitieren möchten, dann könnte man sagen, sie sind gegen die Privatindustrie. Das wäre doch ein Unsinn, das ist doch nicht richtig. (Landesrat Sebastian: „Das ist aber das kleinere Häufel bei uns, die für die Verstaatlichung der ganzen Industrie ist!“)

Häufel ist überhaupt der richtige Ausdruck, das ist ein ganz ein trübes Häufel.

Aber, bitte sehr, weil Sie sagen der Mensch, es ist der Mensch letztlich die Sorge und es ist dem Menschen nicht damit gedient, wenn man glaubt, man muß gewisse Dinge betonieren, um eine momentane Arbeitsplatzhaltung, von mir aus einen ganzen Betrieb, oder eine Industrie-gruppe, oder auch nur den Arbeitsplatz zu gefährden. Ich habe hier eine Statistik und zwar ist das der Rechnungshofbericht 1966. Da sind ausgewiesene Gewinne der verstaatlichten Industrie mit 211 Millionen österreichische Schilling, ausgewiesene Verluste der verstaatlichten Industrie 195 Millionen österreichische Schilling. Wenn man also — wie das gerne gesehen werden würde — das saldieren würde, das heißt, die Verluste von den Gewinnen abziehen, würde herauskommen ein Saldogewinn von 15 Millionen österreichische Schilling. Diese 15 Millionen österreichische Schilling würden erbracht werden von rund 120.000 Beschäftigten oder 20 Prozent aller in der österreichischen Industrie Beschäftigten. Das würde aber heißen, daß, wenn alle Betriebe so arbeiten, wie dieses Kombinat, wenn wir es einmal als ein Ganzes auffassen, daß der Finanzminister im Jahr nun noch einmal viermal soviel dazu kriegt, daß heißt, daß das Körperschaftssteueraufkommen der österreichischen Industrie etwa in der Größenordnung von 140 bis 150 Millionen österreichischen Schil-

ling wäre. Das geht nicht. (Landesrat Gruber: „Herr Abg. Fuchs, das ist sehr einseitig, das hätte ich nicht erwartet von Ihnen!“)

Nein, lassen Sie mich ausreden, deswegen geht es nicht an, daß man sagt, die eine Industrie-gruppe hat einen Gewinn von 210 Millionen, daß die führen, also 420 Millionen (Landesrat Gruber: „Ein Jahr!“) ja, ein Jahr, schauen Sie, Herr Landesrat, ich bitte Sie gar schön, ich bin also wirklich der Letzte, der von hier aus polemisiert hat oder je das tut und wenn Sie warten bis ich fertig bin, dann werden Sie sehen, daß gar nichts Unanständiges drinnen ist, in dem was ich zu sagen habe. Wirklich, es ist gar nichts Schlimmes.

Ich könnte also viel sagen, Herr Landesrat, gerade was verschiedene obersteirische Betriebe betrifft, wo man auch glaubt, manchmal Dinge tun zu müssen, die vielleicht für den Betrieb gut sind, die aber für die Gesamtheit nicht gut sind. Ich will mich aber absichtlich dieser Dinge enthalten, weil wir ja nicht über das streiten sollen, sondern wir sollen uns ja mit den Problemen befassen. Und es geht nur so, daß man sagt, der gut arbeitende Betrieb — und es gibt sehr gut arbeitende Betriebe wie z. B. Böhler oder VÖEST, die haben ja Mittel zum Investieren, dort ist es ja kein solches Problem, aber man kann nicht sagen, die sollen jetzt ihre Gewinne den Schwachen unbedingt zur Verfügung stellen. Und man kann nicht nur ein Investitionsprogramm einfach machen und sagen, na, jetzt investieren wir überall und dann wird schon was werden, sondern man muß jetzt einmal Atem holen, sich das Ganze anschauen und das Ganze reorganisieren. Es hilft nichts und wenn Sie sagen, in der Vergangenheit ist das versäumt worden, von mir aus ist es versäumt worden, das ändert aber nichts an der Tatsache, daß man es jetzt angehen muß. Ganz genau angehen, denn es geht nicht an, daß sich Schöllner-Bleckmann und Böhler in Südamerika konkurrenzieren, das ist ein Unsinn, wenn sie es im Inland tun, dann ist es noch gesund, aber auf dritten Märkten weiß man nicht, zu wessen Gewinn ist es, wer hat da was davon. (Landesrat Gruber: „Das ist der einzige Platz, wo sie sich nicht mehr konkurrenzieren!“)

Ja jetzt, aber bis vor einem Jahr taten sie es noch. Schauen Sie, man kann nicht einfach hergehen und sagen, jetzt investieren wir überall einen Haufen und dann wird es schon werden, es wird gar nichts werden. Denn die Betriebe, die in der verstaatlichten Industrie in eine Finalfertigung gegangen sind, die sind ja am richtigen Weg und denen geht es ja auch gut. (Abg. Schön: „Gerade weil Sie sagen ‚Finalindustrie‘, da haben Sie etwas aufgerissen. Denken Sie zurück, was vor ganz kurzer Zeit gesagt worden ist wegen der Finalindustrie der verstaatlichten Industrie!“)

Herr Kollege, das ist wunderbar, Finalerzeugung und Finalerzeugung ist ja ein Unterschied. Schauen Sie, die VÖEST hat eine Drehbankerzeugung, die haben eine Turbinenfertigung, ich glaube, einen Kranbau haben sie außerdem, Stahlbau haben sie, das sind ja doch Dinge, die

sind an und für sich natürlich und gesund. Böher, sie machen Ventile und alle möglichen Fertigungsware, Preßluftwerkzeuge, dagegen hat ja keiner was, hat sie ja offensichtlich niemand gehindert, das zu tun, aber wenn man herginge und das müssen Sie schon auch einer anderen Industriegruppe zubilligen, daß man da Sorgen hat, wenn einer sich jetzt alles anschaut, was lukrativ ist in Österreich, na — das machen wir auch, nur weil wir verstaatlicht sind, so geht das nicht, sondern das muß schon mit Vernunft angegangen werden. (Landeshauptmann Krainer: „Arbeitsteilung!“)

Es muß eine Arbeitsteilung kommen und gerade, weil wir vom Stahlbau der VÖEST gesprochen haben, das ist kein gutes Beispiel, weil da sind Waagner-Biro, Andritzer Maschinenfabrik und VÖEST, die sich konkurrenzieren, obwohl sie in Wirklichkeit ja alle drei irgendwo, manche ja nur über zwei Ecken verstaatlicht sind, zum Teil zumindest, das eine gehört der Länderbank, das andere gehört der CA, das sind ja auch wieder verstaatlichte Großbanken, nicht? Und diese ganzen Dinge gilt es abzustimmen und in Ordnung zu bringen.

Dann kann man gezielt investieren. Aber das Geld für diese Investitionen muß auch verdient werden. Es muß so sein, daß man, wenn man investiert, sieht, daß es wieder einmal hereinkommt, sonst hat es keinen Sinn, weil der Mensch im Mittelpunkt unserer Betrachtungen steht. Es wäre ein Fehler, den Menschen vorzuspiegeln, daß man sagt, jetzt schieben wir hinein und dann wird alles werden. Das ist ein kurzes Strohfeuer, und nichts bleibt übrig.

Ich wollte eigentlich ganz kurz noch zu einem Kapitel sprechen im Zusammenhang mit der Strukturförderung. Wir alle wissen, daß in der Steiermark jedes Jahr Strukturförderungsmittel eingesetzt werden und ich habe hier eine wunderbare Statistik, aus der hervorgeht, wie hoch diese Mittel sind, wo sie eingesetzt werden, zu welchem Zweck. Ich möchte Ihnen nur sagen, daß in den ersten 10 Monaten des Jahres 1968 insgesamt 104.400.000 Schilling von Bund, Land (Strukturförderungs-, Grenzlandförderungsmittel) eingesetzt wurden, wovon 31,5 Millionen ERP-Mittel, Grenzlandförderungsmittel waren ca. 8 Millionen, und der Rest waren dann Strukturförderungsmittel. Diese 104 Millionen sind ja keine schlechte Angelegenheit. Immer wieder zeigt es sich allerdings bei diesen Investitionen, daß es Betriebe gibt, die über ein sehr gesundes Produkt verfügen, wo der Unternehmer vertrauenswürdig ist, wo alle Voraussetzungen für eine tadellose Funktion gegeben sind, die aber nicht in der Lage sind, die bankmäßigen Sicherheiten zu bieten.

Nachdem das dann die Einstellung der Förderung bedingt bzw. von Haus aus verhindert, daß solche Betriebe Förderungsmittel bekommen, hat man jetzt sowohl auf Bundes- als Landesebene zwei Einrichtungen in Planung, die diesem Übelstand abhelfen sollen. Das ist auf der einen Seite die Entwicklungs- und Erneuerungsfonds Ges. m. b. H., die bei einem Minimum von 2,5 Millionen anfängt und eben dazu da ist, um sol-

chen Betrieben die Mittel in die Hand zu geben, ohne daß diese Betriebe die bankmäßige Sicherheit nachzuweisen brauchen, sondern nur die Lukrativität des Unternehmens nachweisen müssen, und auf der anderen Seite die steirische Kredit-Garantie Ges. m. b. H., die auch in einer entsprechenden Form gegründet wird, die auch in der Lage ist, für Gewerbe und kleinere Industrien Garantien zu übernehmen. An der Steirischen Kredit-Garantie Ges. m. b. H. hat sich auch die Kammer sehr wesentlich beteiligt und vor allem auch das Land mit einer Einlage aus dem Haftungsfonds, so daß aus diesen Mitteln allerhand gemacht werden kann.

Entschuldigen Sie, wenn ich zu lange gebraucht habe. (Abg. Zinkanell: „Alle schon jetzt!“ — Abg. Schön: „Es ist unfair, daß wir die Zeit einhalten und Sie reden eine Viertelstunde!“)

Der Herr Vinzenz Lackner hat sich auch nicht an die Vereinbarung gehalten. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ileschitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist hochinteressant, die Diskussion über die verstaatlichte Industrie in diesem Hause zu hören. Ich wundere mich, auf der anderen Seite freue ich mich aber aufrichtig über den Gesinnungswandel, der gerade hier bei der Österreichischen Volkspartei in bezug auf die verstaatlichte Industrie eingetreten ist. Es ist genau das eingetreten, was wir immer wieder gesagt haben. Wenn man selbst die Verantwortung für etwas ausschließlich zu tragen hat, dann steht man einem Problem ganz anders gegenüber, als wenn man glaubt, die Verantwortung auf einen Mitbeteiligten abschieben zu können.

In der Koalitionszeit war die Sozialistische Partei immer für all das, was nicht gleich hundertprozentig in der verstaatlichten Industrie funktionierte, schuldig. Für das, was gut war, waren der Finanzminister und der Bundeskanzler verantwortlich. Heute sieht die Situation ein wenig anders aus. Nachdem man sich mit sehr viel Ernst auf die Fragen der verstaatlichten Industrie gestürzt hat, ja sich beschäftigen muß, ist ein Gesinnungswandel eingetreten in bezug auf die Verantwortlichkeit gegenüber diesen Unternehmungen. Und das ist sehr erfreulich, weil wir ja nicht allein für die verstaatlichte Industrie verantwortlich sind, sondern wir waren es immer miteinander. Hat ein Unternehmen einen sozialistischen Generaldirektor gehabt, dann war der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Landeshauptmann, einer von Ihrer Partei.

Haben wir den Vorsitzenden des Aufsichtsrates gehabt, dann war der Generaldirektor des Unternehmens ein Vertreter der Österreichischen Volkspartei. (Abg. Stöffler: „Aber der Pittermann war allweil der Pittermann!“)

Im allgemeinen aber möchte ich folgendes betonen. Dr. Pittermann war ein Minister. Aber nun, Herr Stöffler, der Pittermann, der verrufene Pittermann hat Wege geöffnet für den Export in der verstaatlichten Industrie, auf deren

Spuren der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus gewandelt ist. (Abg. Stöffler: „Da kennen Sie die Zusammenhänge nicht!“)

Und dazu ist festzustellen, daß der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus nicht 20 Prozent an Auslandsaufträgen hereingebracht hat, als Pittermann imstande war, solche hereinzubringen.

Das ist eine Feststellung, über die wir nicht hinwegkommen.

Aber ich frage mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, wozu eigentlich das ganze führen soll. Ich habe festgestellt, daß heute nachdem Sie eben die größere Verantwortung dafür zu tragen haben, ein Gesinnungswandel in jeder Beziehung eingetreten ist und Sie sich jetzt mit wirtschaftlichen Problemen der Verstaatlichten beschäftigen, mit denen wir uns vorher ausschließlich und allein zu beschäftigen hatten. (Abg. Stöffler: „Jetzt sagen Sie wieder ausschließlich und wir reden von unseren Leuten; wie es Ihnen paßt!“)

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß wir in dieser Zeit, in der, wie Sie vorgeben, der Pittermann verantwortlich war, für die verstaatlichte Industrie und seine Vorgänger diese Betriebe übernommen haben, zu einem Zeitpunkt, als diese Betriebe wirtschaftlich nach dem Krieg völlig darniedergelegen waren, und ich möchte nur in dem Zusammenhang eine Feststellung treffen. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Aber verantwortlich war nach Eurer Meinung ein Sozialist. (Abg. Dr. Eichinger: „Ihr habt es mit Politik gemacht und wir machen es ohne Politik!“)

Was wissen denn Sie davon. Herr Kollege Eichinger, Ihnen möchte ich eines sagen: Schuster, bleib bei deinem Leisten. Ich rede nicht über Lehrerprobleme, davon verstehe ich nichts, aber Sie reden über die verstaatlichte Industrie und die Industrie überhaupt, von der Sie auch nichts verstehen. Ich möchte nun folgendes sagen, meine Damen und Herren! Vorhin ist ein Kollege von uns, der Kollege Meisl, in sehr unqualifizierter Form angegriffen worden, er wäre schuld daran, daß bei der Elin so und so vieles nicht geklappt hätte. Ich möchte hier dem Kollegen Pölzl mitteilen, daß zu der Zeit, wo Meisl mit Leitner — das waren zwei Betriebsräte zur Zeit der Russenbesetzung — gekämpft hat, um den Betrieb zu erhalten und um ihn aufzubauen, der liebe Freund Pölzl noch im Kinderwagen durch die Gegend gefahren ist. (Abg. Ritzinger: „Da war er schon im Krieg, er hat die Heimat verteidigt!“ — Landesrat Peltzmann: „Das ist ein Witz, Pölzl ist Kriegsversehrter!“ — Abg. Stöffler: „Sie werden ihm doch nicht vorwerfen, daß er jünger ist als Sie!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß 1945 und danach der Kollege Meisl im Vordergrund gestanden ist und sich große Verdienste erworben hat, daß in Weiz überhaupt die Elin wieder erstanden ist. Denn er war es mit einigen seiner Kollegen — und da möchte ich Sie bitten, die Werkschronik anzuschauen, Sie werden draufkommen, daß das stimmt. Daher ist es ungebührlich, daß man einen Menschen, der jahr-

zehntelang für diesen Bereich in der Industrie eingetreten ist und für dieses Werk im besonderen, in dieser Art und Weise behandelt. Das möchte ich nur festgestellt haben. (Abg. Pölzl: „So reden die sozialistischen Arbeiter in Weiz!“ — Abg. Zinkanell: „Ist doch nicht wahr!“)

Nun aber, meine Damen und Herren, ganz kurz ein paar Worte noch zu den Gutachten. Die beiden Gutachten sind angefordert worden auch über gemeinsamen Beschluß. Und es ist gut, daß es diese beiden Gutachten gibt. Sie wurden erstellt auf Grund der Unterlagen, die die einzelnen Werksleitungen oder Unternehmensleitungen diesen beiden Expertenteams zur Verfügung gestellt haben, und man ist heute miteinander der Auffassung, daß diese beiden Gutachten auch nicht das Alpha und Omega für die gesamte Industrie sind, sondern, daß sehr Vieles auch daneben begutachtet wurde, das möchte ich auch in aller Deutlichkeit feststellen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Sie haben eine größere Verantwortung als wir!“)

Na, selbstverständlich. Ich spreche jetzt nur, weil das angewiesen wurde. Sicher, ich möchte nun zur Übersetzung der beiden Gutachten sagen — und der Herr Kollege Ing. Fuchs hat hier etwas polemisiert —, wer kann von all den Verantwortlichen, die sich jetzt mit dem Gutachten beschäftigt haben, so gut englisch und vor allem ein technisches Englisch. Es handelt sich um einen sehr großen Kreis von Leuten, die an und für sich Sachverständige sind, die vielleicht Französisch als ihre Fremdsprache gewählt haben usw. aber die trotzdem zu den Gutachten Stellung zu nehmen haben. Die Übersetzung war also notwendig, denn das technische Englisch ist auch ein anderes, als das normale Englisch im Gespräch. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Aber das Professorengutachten war ja deutsch!“)

Ich möchte also sagen, die Gutachten sind gut, sie sind in Ordnung, sie werden die Grundlage mit bilden, daß wir unsere Betriebe in Ordnung bringen, also auf gesunde Basis stellen und ich möchte aber auch sagen, daß in diesem Zusammenhang wirklich nur in einer echten, korrekten und sauberen Zusammenarbeit eine Lösungsmöglichkeit gegeben sein wird, sonst überhaupt nicht.

Von den Stickstoffwerken, meine Damen und Herren, wenn von einer Kapitalaufstockung gesprochen wird, so ist meine Ansicht die, daß es höchste Eisenbahn war, das zu tun. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wir haben das gemacht!“)

Denn gerade die österreichischen Stickstoffwerke sind ein absoluter Aktivposten im Rahmen der gesamten Industrie. Lieber Herr Kollege Fuchs, wann waren wir vorher bereit, ich sage ja, das liegt mit in der Verantwortlichkeit heute begründet (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Aber wir entziehen uns dieser Verantwortung in keiner Weise!), daß Sie einsehen, daß das notwendig ist, vorher ist es ja verhindert worden, aber nicht nur bei den Stickstoffwerken, sondern auch in vielen anderen Unternehmungen. Ich möchte also betonen, daß diese Maßnahmen, die getroffen wurden, nur mehr eine Zwangsfolge der Verantwortlichkeit sind und sonst gar nichts,

vielleicht darüber hinaus aber auch die Sorge um den wirtschaftlichen Bestand Österreichs für die Zukunft überhaupt. Und wenn es um das geht, dann kann man das nicht bejahren, denn wir sind schon seit eh und je immer für diese Maßnahmen eingetreten, egal, ob sie auf dem verstaatlichten oder auf dem Sektor der privaten Industrie waren. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist halt eine gute Regierung!“)

Ich möchte also betonen, daß diese Regierung gut beraten war schon vorher (Bravorufe von den Bänken der SPÖ) durch die Sozialisten durch ihre Wirtschaftspolitik und jetzt wird nun das getan, was Sie in der Koalitionszeit vielfach verhindert haben. Diese Feststellung muß man zu diesem Problem treffen. Wir können also als Sozialisten sagen, die Saat haben wir gesät, die ÖVP beginnt zu ernten. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Meisl. Ich erteile ihm das Wort. Nachher kommt Herr Abg. Aichholzer.

Abg. Meisl: Ich wurde hier in einer Art apotrophiert, die mich dazu zwingt, mich noch einmal zu Wort zu melden. Der Herr Abg. Pölzl hat gesagt, daß ich schuld daran wäre, daß die Elin die Fusion mit der AEG eingehen mußte, weil ich dem damaligen Vizekanzler Dr. Pittermann zu wenig die Stirne geboten hätte. Ich möchte feststellen, daß bei der Fusion Elin-AEG, die im Jahre 1959 durchgeführt wurde, gerade der Betriebsrat dagegen war und ich in meiner Funktion als Zentralbetriebsratsobmann dagegen Stellung bezogen habe. Ich wurde damals zur IBV gerufen (Landesrat Sebastian: „Von Raab gegründet!“), das war die Industrie- und Bergbauverwaltung, der Vorsitzende war dort Dr. Iglar und der oberste Chef der IBV war der verstorbene Bundeskanzler Ing. Raab. Dort wurde mir erklärt, entweder zu fusionieren oder einen Betrieb, der von der USSIA dem Staat zurückgegeben wurde, mit Staatsmitteln zu einem Konkurrenzbetrieb auszubauen. (Zwischenrufe: „Hört, Hört!“)

Das wurde mir von Herrn Dr. Iglar, der nicht von unserer Seite, der SPÖ, sondern von der anderen Seite gekommen ist, gesagt. (Abg. Zinkanel: „Informieren muß man sich halt!“)

Weiters ist bei einer Fusion der Aufsichtsrat entscheidend mitbeteiligt, Hauptsprecher ist der Vorsitzende. Zu dieser Zeit war der Herr Generaldirektor Laudi der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Elin. Und trotz unseres Einspruches von seiten der Belegschaft durch den Betriebsrat konnten wir es nicht verhindern, daß die Fusion durchgeführt wurde. Ich muß auch hier betonen, daß man auf der anderen Seite der AEG-Union, hauptsächlich im Werk Stadlau, auch mit der Fusion nicht einverstanden war. Es wurde dort gestreikt, aber auch der Streik hat nichts geholfen, die Fusion wurde auf Anordnung der IBV durchgeführt. (Abg. Pölzl: „Der Dr. Pittermann von der Sektion V!“)

Die zweite Beschuldigung wirft mir vor, daß ich schuld daran wäre, daß der Generaldirektor Dr. Widdmann von der Elin so quasi abserviert

wurde. (Abg. Pölzl: „Ich habe ja nicht gesagt, daß Sie schuld sind!“)

Das möchte ich auch hier klarstellen. Der Herr Generaldirektor Dr. Widdmann hat aus freiwilligen Gründen schriftlich ersucht, seinen Posten als Generaldirektor bei der Elin-Union zurückzulegen. (Abg. Pölzl: „Wegen der Fusionierung!“)

Nein, das war fünf Jahre nach der Fusionierung Herr Abg. Pölzl. Scheinbar haben Sie ja gute Verbindungen zu Herrn Dr. Widdmann — fragen Sie doch, wie es wirklich war. Ich bin als Vorsitzender des Zentralbetriebsrates wiederholt zu Herrn Generaldirektor Widdmann gegangen und habe ihn gebeten, er möge weiter die Funktion des Generaldirektors beibehalten. Dr. Widdmann sagte immer nein zu mir und erklärte, er lege seine Funktion als Generaldirektor zurück und scheidet vorzeitig vor Erreichung der Altersgrenze aus der Elin-Union aus, was auch geschehen ist. (Abg. Nigl: „Mit einem Wort, der Pittermann hat alles vermeiselt!“)

Ich kenne die Geschichte der Elin, weil ich seit 43 Jahren in diesem Unternehmen beschäftigt bin, seit 1945 an verantwortlicher Stelle im Werk Weiz sowie seit 1947 als Obmann des Zentralbetriebsrates. Ich habe immer und immer wieder versucht, vom Wiederaufbau nach dem Kriege angefangen, die Interessen der Firma und der Belegschaft wahrzunehmen und zu vertreten. Und es ist eine Unterstellung, was hier im Hohen Hause passiert ist. Aber ich halte es dem Herrn Abg. Pölzl zugute, daß er in Unkenntnis der Sache, diese Äußerungen gemacht hat. (Abg. Pölzl: „Ich kenne die Sache ganz genau!“ — Landesrat Sebastian: „Dann war es eine Verleumdung!“ — Abg. Zinkanel: „Informieren, nicht diffamieren!“)

Die zweite Fusion wurde im Jahre 1967 durchgeführt. Wieder die gleiche Situation, trotz Protesten ist es nicht gelungen, die Fusion zu verhindern. Auf Grund meines Vorschlages im Aufsichtsrat wurde von seiten der sozialistischen Mitglieder der Elin der Vertrag mit Siemens abgelehnt, ist aber trotzdem mit Stimmenmehrheit von der ÖVP beschlossen worden. Es waren wieder die gleichen Personen, Herr Generaldirektor Dr. Iglar, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Elin-Union, und in der ÖIG verantwortlich, Staatssekretär a. D. Herr Dr. Taus, wo die Fusion beschlossen wurde. Nach den Behauptungen des Herrn Abg. Pölzl müßte man annehmen, der Betriebsrat und ich hätten ein so großes Mitspracherecht, daß wir in der Lage wären, Fusionen zu beschließen oder abzulehnen. Leider ist es nicht so.

Und wenn ich heute hier im Hohen Hause zur momentanen Situation im Werk Weiz der Elin-Union Stellung genommen und für einen Wirtschaftsraum gesprochen habe, der ohnedies industriell unterentwickelt ist — für die Oststeiermark — werde ich in einer Art und Weise angegriffen, die ich mir nicht bieten lassen kann. Ich habe seit 1945 immer wieder unter Beweis gestellt, daß ich alles getan habe, was irgendwie möglich war, im Interesse des Unternehmens und im Interesse der Belegschaft. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Aichholzer.

Abg. Aichholzer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Mit Landesgesetz vom 15. April 1954 wurde ein Fonds für gewerbliche Darlehen errichtet, der im wesentlichen zum Inhalt hat, daß das Land Beitragsleistungen von diesem Fonds in jener Höhe gewährt, wie diese Mittel von seiten der Kammer der gewerblichen Wirtschaft in diesen Fonds einbezahlt werden. Diese Fondsmittel sollen ausschließlich kleinen Gewerbetreibenden in Form von Kreditaktionen zur Verfügung gestellt werden. War dies zunächst ein Betrag von 20.000 Schilling, so ist dieser Betrag im Jahre 1962 auf 50.000 Schilling erhöht worden.

Meine Damen und Herren! Nun liegt dem Hohen Haus eine Regierungsvorlage vor, die einerseits besagt, daß die Kreditaktionen bis zu einem Betrag von 100.000 Schilling ausgedehnt werden können, andererseits aber auch vorsieht, daß die Beiträge, die die Kammer für diesen Fonds zu leisten hat, nicht wie bisher in gleicher Höhe erfolgen sollen, sondern nur mit mindestens 40 Prozent jener Mittel, die das Land zur Verfügung stellt. Wie schon gesagt, stehen diese Mittel ausschließlich den Gewerbetreibenden zur Verfügung, die es in der heutigen Zeit oft recht schwer haben, ihren Betrieb weiterzuführen oder entsprechende Umstellungen vorzunehmen.

Ich befürchte nun, daß diese Neuregelung, also 60 Prozent Land und 40 Prozent Kammer, eine Einschränkung bringen wird, zumal auch der Kreditrahmen für den einzelnen Kreditwerber auf 100.000 Schilling erweitert werden soll. Wenn auch anerkannt werden soll, daß die Kammer der gewerblichen Wirtschaft ein weit gespanntes Netz von Interessen zu vertreten hat und sicherlich auch bestrebt ist, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel zweckmäßig zu verwenden, so erfüllt es mich doch mit Bedauern, feststellen zu müssen, daß die Einsparungsmaßnahmen, die hier seitens der Kammer getroffen werden, gerade jene Kreise ihres Interessenbereiches treffen, die es am schwersten haben, mit den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen Schritt zu halten. Derzeit stehen dem Fonds für 1969 einschließlich des Landesbeitrages von 1,2 Millionen Schilling insgesamt 9 Millionen Schilling zur Verfügung, das ist gegenüber 1968 um 134.000 Schilling weniger. Mit Rücksicht darauf, daß der Kreditrahmen erhöht werden soll, hoffe ich doch, daß auch seitens der Kammer der gewerblichen Wirtschaft diesem Fonds jene Mittel zufließen werden, die es ermöglichen, den Wünschen und Erfordernissen der Gewerbetreibenden Rechnung zu tragen.

Wenn vielleicht eingewendet werden sollte, daß gar nicht so viele Kreditansuchen vorliegen, so kann dies durchaus der Fall sein, doch könnte ich dabei zu bedenken geben, daß es gerade für umfangreiche Investitionen doch eine Rolle spielt, ob der Kreditwerber mit einem Kredit von 50.000 oder 20.000 Schilling oder nun von 100.000 Schilling rechnen kann. Wenn man dazu bedenkt, daß diese Investitions- und Umstel-

lungsmaßnahmen in der Zukunft keineswegs billiger werden dürften und daß sich auch mehr Kreditwerber einstellen werden, so scheint es mir doch sehr zweckmäßig zu sein, den derzeitigen Fondsrahmen unbedingt zu erhalten. Ich ersuche daher den zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Peltzmann, diese Angelegenheit nach dem jetzigen Stand der Kreditwerber und deren möglicher Ausdehnung überprüfen zu wollen und sich bei der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für eine bessere Dotierung als 40 Prozent einzusetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Als nächster Redner ist Herr Landesrat Gruber vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Gruber: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige Abgeordnete der ÖVP finden es immer wieder notwendig, Lebensfragen der verstaatlichten Unternehmungen in der ihnen eigenen Art darzustellen. Ich glaube, daß es nicht sinnvoll und nicht zweckmäßig ist, einen Wirtschaftskörper von so eminenter Bedeutung wie die verstaatlichte Industrie mit ihren weit über 100.000 Beschäftigten in den verschiedensten Zweigen unserer Industrie in einer so demagogischen Art und Weise der Öffentlichkeit darzustellen. Auch zu den Darlegungen des Herrn Abgeordneten Fuchs aus dem Rechnungshofbericht wäre natürlich eine entsprechende Gegenrechnung aufzustellen, die auch dann, wenn man kein Freund der verstaatlichten Industrie ist, doch auch ein anderes Bild zeigt.

Bis zum Jahre 1967 sind die Eigenleistungen der verstaatlichten Betriebe mit etwa 36 Milliarden Schilling anzunehmen, die an den Eigentümer erbracht wurden, und zwar 2 Milliarden an Dividendenleistungen, 909 Millionen hat die ÖMV als Ablöselieferung für den Staatsvertrag erbracht; Ablöse der Niogasvorbesitzer — das würde ja sehr weit führen — einschließlich der 300 Millionen Milchpreisstützungen und was sonst noch alles erbracht wurde.

Jedenfalls, und diese Ziffern sind für Sie jederzeit überprüfbar, weil Sie ja den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der ÖIG stellen, haben die Eigenleistungen der verstaatlichten Industrie einschließlich 1967 36,3 Milliarden Schilling ausgemacht. Dem stehen die Leistungen des Bundes gegenüber, die er für seine verstaatlichten Unternehmungen aufgebracht hat, mit rund 5.650.000.000 Schilling. Darin sind enthalten: die Ablösezahlung von 900 Millionen an die Vorbesitzer, Ablösezahlungen an die UdSSR im Rahmen des Staatsvertrages, Kapitaleinzahlungen des Bundes mit 900 Millionen Schilling, Zuschüsse des Bundes, ERP-Mittel und die Bundesdarlehen sowie der Bergbauförderungsbeitrag des Bundes von 350 Millionen Schilling, also insgesamt eine Leistung des Eigentümers von 5.650.000.000 Schilling. (Abg. Dr. Heidinger: „Da ist aber die Elektrizitätsförderung nicht dabei!“)

Die Elektrizitätsförderung hat mit den verstaatlichten Unternehmungen nach dem ersten Verstaatlichungsgesetz, über die hier diskutiert

wurde, auch nichts zu tun, Herr Abgeordneter Heidinger, da müssen wir uns auf einer anderen Ebene unterhalten. Jedenfalls ist die so heftig kritisierte verstaatlichte Industrie (Eisen- und Stahlindustrie, Elektroindustrie, die Werke der Alpine und der VÖEST usw.) (Landeshauptmann Krainer: „Außerdem hat die ÖAM niemand kritisiert, möchte ich feststellen. Die verstaatlichte Industrie schlechthin wurde auch nicht kritisiert!“) in der Lage, eine Nettoeigenleistung von 30.950.000.000 Schilling zu erbringen. Wenn man diese Ziffer sich vergegenwärtigt, dann glaube ich, müßte man (Abg. Dr. Heidinger: „Herr Landesrat, was rechnen Sie zu Eigenleistungen? Investitionen?“) zu einer anderen Beurteilung kommen. Das sind die maßgebenden Kriterien. Und nun hat der Herr Abgeordnete Burger gesagt. Ja, der Dr. Pittermann hat versagt. (Landesrat Peltzmann: „Wir haben den Pittermann kritisiert und nicht die verstaatlichte Industrie!“)

Der hat ja die notwendigen Reorganisationsmaßnahmen nicht eingeleitet.

Meine Damen und Herren! Ich habe vor mir ein Protokoll des Vierzehner-Ausschusses von seiner Sitzung am 12. Juni 1964 liegen und zwar die Stellungnahme der Österreichischen Volkspartei zu den Reorganisationsmaßnahmen, die vom Herrn Vizekanzler vorgeschlagen wurden.

Darin heißt es wörtlich: „Zu den allgemeinen Ausführungen des Herrn Vizekanzlers von Seite 1 bis 11 müssen die Vertreter der ÖVP im Vierzehner-Ausschuß feststellen, daß die vorliegenden Berichte der Arbeitskreise nicht gezeigt haben, daß allgemeine Reorganisationsmaßnahmen — angesichts der Entwicklung der Produktionstechnik wie in der Marktsituation — durch eine straffe Konzernführung unbedingt erforderlich erscheinen. Ganz im Gegenteil haben die Berichte der Arbeitskreise gezeigt, daß keine Konzentration im großen notwendig ist und sehr wohl auch die historische Gesellschaftsform in der Lage ist, die notwendige Abstimmung auf den gemeinsamen Wirtschaftszweck durchzuführen.“ Und so könnte ich Ihnen noch manches aus diesem Protokoll zitieren und ich möchte damit nur zur Feststellung kommen, meine Damen und Herren, man kann nicht Jahre hindurch etwas verhindern und wenn es dann nicht geschehen ist, aufstehen und sagen, ja warum ist denn nun eigentlich nichts geschehen.

Das, meine Damen und Herren, entspricht nicht einer wahrhaften Darstellung wichtiger und entscheidender wirtschaftspolitischer Probleme. (Beifall bei der SPÖ.)

2. Präsident Afritsch: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Burger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Burger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde jetzt sicher nicht mehr über die verstaatlichte Industrie sprechen, ich möchte nur zur Auseinandersetzung zwischen zwei Kollegen dieses Hohen Hauses sagen, es ist schon richtig, der Herr Abg. Zinkanell ist nicht da, daß es keine Diffamierung ist, wenn man einen Kollegen für jünger hält, als er ist, aber

zweifelloso eine Diffamierung, wenn man behauptet, daß er noch im Kinderwagen gefahren sei, während dieser Mann an der Front war und das russische Eisen heute noch als Schwerkriegsverwehrt in seiner Brust trägt. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Peltzmann. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Peltzmann: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Gruppe 7 haben wir verschiedene Förderungsmaßnahmen, darunter auch den Abschnitt 71/72 und den Abschnitt 79. Der erstere befaßt sich mit dem Feuerwehrwesen und der zweite mit dem Katastrophendienst.

Ich habe bereits in der Gruppe 1, Zivilschutz, das eine oder das andere aufgezeigt, möchte es aber doch nicht verabsäumen, Ihnen zu diesen beiden Abschnitten kurz eine Stellungnahme über das Erreichte und über das Geplante abzugeben. Über das Wesen, über den Aufgabenbereich hat bereits einer meiner hochgeschätzten Vorredner gesprochen und die Einsatzfreudigkeit und den Idealismus unserer rund 32.000 Feuerwehrmänner dargelegt, denen die nötige Dankbarkeit des Hohen Hauses und das nötige Verständnis gebührt. Ich kann mich beschränken die echte Tätigkeit unserer freiwilligen Orts- und Betriebs-Feuerwehren, deren Bestand zum Großteil bereits auf hundert Jahre zurückreicht, hier kurz vorzutragen. Im Prinzip ist der Einsatz dieser Männer heute genau so wie vor hundert Jahren von einem Grundgedanken getragen, dem Gedanken, dem Nächsten, der in Not geraten ist, zu helfen, Hab und Gut und das Leben zu schützen. Das haben diese Männer immer wieder gemacht, oft genug unter Einsatz ihres eigenen Lebens.

Und war es vor hundert Jahren noch die Handspritze, vor 50 Jahren die Dampfspritze, so hat die Entwicklung der Technik nicht nur neue Gefahren, sondern auch neue Mittel zur Verfügung gestellt, um der Gefahren Herr zu werden. Wenn Sie heute ein Tankfahrzeug modernster Bauart betrachten und es im Einsatz sehen, da werden Sie draufkommen, daß nicht die Wassermenge allein, sondern der Druck, die Zerstäubungsform, der Zusatz von chemischen Produkten das Ausschlaggebende ist, um dem Feuer oder dem Öl Herr zu werden. Nun, ich sagte Ihnen, daß das, die Feuerbekämpfung, seit 100 Jahren herauf eines der Hauptaufgabengebiete der Feuerwehren war.

Die letzten Jahrzehnte hat sich das aber gewaltig geändert. Die Feuerwehren werden heute für alle Zwecke und überall dort, wo sich Katastrophen ereignen, eingesetzt. Bei Hochwasser, Vermurungen, Lawinen und bei Verkehrsunfällen. Und ich glaube, daß man gerade diesen Verkehrsunfällen und hier in erster Linie den Öltankerunfällen, wie wir sagen, unser besonderes Augenmerk schenken müssen. Ist doch jederzeit die Gefahr gegeben, daß das auslaufende Öl, ob Benzin oder Dieselmotortreibstoff, unser Grundwasser verseucht und immer mehr müssen unsere Ge-

meinden bei der Wasserversorgung auf die Reserven des Grundwassers zurückgreifen. Es ist unsere Aufgabe, hier den Feuerwehren und den Gemeinden die nötige Unterstützung bei der Anschaffung der Geräte zu geben. Der Hohe Landtag hat hier 1954 in dankenswerter Weise beschlossen, daß sämtliche Mittel der Feuerschutzsteuer rein dem Feuerwehrwesen zugeführt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wir sind das einzige Bundesland, das so einen Beschluß gefaßt hat. Die Feuerwehren danken Ihnen das wirklich immer wieder, die Feuerwehren danken Ihnen das, daß Sie immer wieder bereitstellen, nicht nur das, daß Sie auch mithelfen, Mittel zu erwirtschaften um selbst hier den Gemeinden zu helfen, bei der Mitfinanzierung eben dieser Geräte, Fahrzeuge und all dieser Mittel, die sie benötigen. Das werden Sie sehr selten finden, daß es sowas an Idealismus in dieser so materialistischen Zeit, wie es immer wieder heißt, noch gibt. Wir haben aber hier mit der Feuerschutzsteuer die Möglichkeit, helfend und immer wieder dort einzugreifen und Schwerpunkte dort zu bilden, wo wir glauben, daß solche Schwerpunkte von Nöten sind. So konnten allein im Jahre 1967 und 1968 außer der Feuerschutzsteuer aus Katastrophenmitteln des Landes zur Errichtung von Ölalarmstützpunkten 1.280.000 Schilling zur Verfügung gestellt werden. Wir haben im Jahre 1967 solche Stützpunkte in Judenburg, Knittelfeld, Göß, Bruck, Gleisdorf, Frohnleiten und Kindberg errichtet. In der Fortsetzung dieser wichtigen Stützpunktaktion konnten wir 1968 die Freiwilligen Feuerwehren in Neumarkt, Liezen, Voitsberg, Hartberg und Radkersburg ebenfalls mit benötigten Chemikalien und Geräten ausstatten. Ich glaube, daß damit das Referat einem Antrag des Hohen Hauses, der voriges Jahr hier gestellt wurde, Rechnung getragen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber wir sind hier einen Schritt weitergegangen. Auf Anregung des Herrn Landeshauptmannes Kraigner hat voriges Jahr die Steiermärkische Landesregierung beschlossen, innerhalb der Verwaltung des Landes ein eigenes Referat innerhalb der Rechtsabteilung 2 und zwar ein Referat für die Katastrophenschutzagenden zu installieren. Diesem Katastrophenschutzreferat steht ORR. Dr. Kreuzwirt vor; dem ich hier für seine wirklich echte kameradschaftliche Mitarbeit mit unseren Feuerwehren, mit unseren Organisationen und mit der Regierung herzlichst Dank sagen möchte. Diese Abteilung soll nicht nur koordinieren, sondern soll auch in unbürokratischer Weise all die Maßnahmen rasch und präzise einleiten, die für den Schutz vor Katastrophen notwendig sind. Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß es in der Verwaltung leider Gottes immer wieder noch gewisse Widerstände gibt, die beweisen, daß bürokratisches Denken der Notwendigkeit der Erstellung eines selbständigen Katastrophenschutzreferates verständnislos gegenübersteht. Aber die Wirklichkeit ist stärker, als alle Paragraphen und ich sagte Ihnen

schon anlässlich der Beratungen zur Gruppe 1, es hat keinen Sinn auf Gesetze zu warten, um Kompetenzen zu streiten und die Zeit verstreichen lassen und nichts zu tun. Auch hier gilt das Gleiche.

Nun, wir begannen auch schon vor Jahren mit der Erstellung eines eigenen Feuerwehrfunknetzes. Dafür haben wir 3,5 Millionen an Zuschuß in den letzten drei Jahren zur Verfügung gestellt. Aber auch das Land Steiermark ist bei Erstellung eines Landesfunknetzes und es ist auch eine Aufgabe dieses Referates, diese Agenden zu koordinieren.

Die Aufgabe dieses Verbindungsnetzes ist es, von der Verwaltung, von der Zentrale, also vom Land die Verbindung zu den Bezirksverwaltungsbehörden, den Bezirkshauptmannschaften herzustellen. Und das Feuerwehrfunknetz hat die Aufgabe, von den Bezirken zu den einzelnen Wehren die Verbindung aufrecht zu erhalten und auch in Notzeiten sicherzustellen. Durch die Koordinierung dieser Aufgabe ersparen wir uns Zeit und Geld. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, bis zum Jahre 1970 dieses Vorhaben restlos zu verwirklichen bzw. abzuschließen. Das Land verfügt über Relaisstationen, zwei auf dem Schöckel, eine auf der Mugl, auf der Tauplitzalm, und am vorigen Samstag konnten wir auf der Frauenalpe bei Murau ebenfalls eine Relaisstation in Betrieb setzen. Nun sind all diese Stationen voll elektrifiziert und außerdem mit Notstromaggregat sowie einem Batterieersatz für 20 Stunden ausgestattet, so daß wir jedem Notfall von dieser Seite her ruhigen Auges entgegensehen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit den Mitteln, die in dem Voranschlag 1969 für diesen Zweck im Katastrophenreferat aufscheinen, werden wir weitere Fixstationen sowie weitere mobile Stationen bei den einzelnen Bezirkshauptmannschaften einrichten. Aber auch beim Hochwasserschutz sind wir neue Wege gegangen. Wir haben in Zusammenarbeit mit der hydrographischen Landesabteilung der Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion die Einrichtung von funktechnischen Pegelanlagen eingeleitet und wir sind zur Zeit dabei, zehn solche Anlagen zu installieren: an der Mur in Zeltweg, in Bruck, in Wildon, an der Sulm in Leibnitz, an der Mürz in Kindberg, an der Raab in Feldbach, an der Ilz in Maierhofen, an der Mur in Spielfeld, an der Enns in Schladming und an der Lafnitz in Rohrbach. Die Gesamtkosten dieser zehn Anlagen betragen vier Millionen Schilling. Den Bemühungen des Landes ist es gelungen, für diese Aufwendungen einen 50prozentigen Bundeszuschuß zu erreichen. Ich glaube, daß die automatische Übertragung der Wasserstände an unseren Flüssen viel beiträgt, um die Bewohner an dem Unterlauf dieser Gewässer rechtzeitig zu warnen. Und Sie wissen, daß die rechtzeitige Warnung eine der Voraussetzungen überhaupt darstellt, um vorsorgliche Hilfs- und Abwehrmaßnahmen einleiten zu können.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, setzt all das voraus, daß wir unseren Män-

nen bei der Feuerwehr genauso wie im Zivilschutz die notwendige Ausbildung angedeihen lassen können. Das ist schon eine Überlegung, die rund zehn Jahre im Land Steiermark zurückliegt, weil man vor zehn Jahren schon erkannte, daß die zur Zeit bestehende Landesfeuerweherschule den modernen Anforderungen einer echten, wirklichen Ausbildung nicht mehr gerecht werden kann. Es wurde vor zehn Jahren schon von seiten des Bauamtes festgestellt, daß jede Investition in dem bestehenden Gebäude ein hinausgeschmissenes Geld darstellen würde.

Es wurde beim Feuerwehrverband ein sogenannter Schulausschuß gegründet, der hier Vorarbeiten leistete, und auf diesen Vorarbeiten aufbauend haben wir das Projekt nunmehr soweit vorangetrieben, daß die Steiermärkische Landesregierung auf meinen Antrag bei der letzten Regierungssitzung den Bau und den Standort dieser Schule einstimmig beschlossen hat. Nun wurde die Frage an mich herangezogen, warum nach Lebring-St. Margarethen, warum nicht in oder um Graz. Wie ich sagte, haben wir uns mit dieser Frage die letzten zwei Jahre ununterbrochen beschäftigt. Es wurden uns im ganzen rund 12 verschiedene Orte oder Bereiche vorgeschlagen, und ich bin kein Fachmann, weder ein Baufachmann, noch habe ich jemals vorher schon eine Zivilschutz- oder Feuerweherschule gebaut. Ich habe mich deswegen der Fachleute bedient. Es ist bekannt, daß der einzige österreichische, international anerkannte Fachmann am Zivilschutzsektor, den auch die Schweizer heranziehen, Dozent Dr. Panzhauser der Wiener Technischen Hochschule ist. Wir sind an ihn mit der Bitte herangetreten, hier einem Team von Leuten aus der Steiermark von seiten des Baues und der Feuerwehr vorzustehen und uns aus den vorliegenden Möglichkeiten den bestmöglichen Platz vorzuschlagen.

Meine Damen und Herren! Die Mindestforderungen, die an einen solchen Platz gestellt werden, waren bekannt: Fläche 5 ha, Lage an einem Fluß, womöglich teils fließendes, teils stehendes Wasser, keinerlei Überspannungen und, wenn es geht, eine gewisse Entfernung von Siedlungsgebieten. Ich glaube, kein Siedler hat Lust, sich die Sprengübungen und all diese Dinge anzuhören und nicht zu wissen, was momentan los ist. Bei der Suche nach diesem Platz hat sich zuletzt das Urteil für Lebring-St. Margarethen gebildet. Es wurde uns auch von der Stadtgemeinde Graz ein Grundstück angeboten. Auch das wurde überprüft vom vorgenannten Fachmann Dozent Dr. Panzhauser. Das Grundstück in Graz entspricht erstens größenmäßig nicht; zweitens wird es durch die Südautobahn durchschnitten; drittens hat es an seiner Ostseite ein offenes Kanalgerinne und viertens geht die Hochspannungsleitung über dieses Gelände darüber. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Das wäre halt ein Übungs-gelände!“)

Mit dem Kanal, das wäre eine Geschichte. Ich will auf die Farbe nicht hinweisen, wie diese Flußmündung ausschauen wird. Sehen Sie, des-

wegen war es nicht möglich und diese Forderungen erfüllt eben der Bauplatz in Lebring-St. Margarethen.

Es war nicht entscheidend, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die dortige Gemeinde 1.800 m² kostenlos zur Verfügung gestellt hat. Das war nicht das Entscheidendste. Aber es liegt an der Mur. Das Gelände war beim 100jährigen Hochwasser nicht überschwemmt, also ist es überflutungssicher. Es hat zwei Drittel seiner Grenzen am fließenden Wasser, das letzte Drittel geht schon in den stehenden Rückstau des Kraftwerkes. Wir brauchen für die Ausbildung der Wasserwehr stehendes Wasser, zur Abnahme der Prüfungen fließendes. Es ist wegemäßig aufgeschlossen, das heißt das ganze Gelände wird umgrenzt von einer asphaltierten Gemeindestraße, 30 m vorher haben wir die Möglichkeit des Anschlusses an eine Landesstraße. Es liegt weiter weg von Siedlungsgebieten und, wie ich sagte, es hat keinerlei Überspannungen, das heißt von elektrischen Leitungen, so daß der Ausbildung keinerlei Hemmungen auferlegt sind.

Die Schule soll ja nicht nur der Feuerwehrausbildung, sondern auch der Ausbildung des Wasserrettungsdienstes usw. dienen, sie soll auch zur Ausbildung unseres Zivilschutzkaders und zur Ausbildung unseres Funkkaders herangezogen werden.

Ich habe der Hohen Regierung die Planung sowie das Modell vorgetragen, ich glaube, daß die Hohe Regierung in Erkenntnis, daß das der richtige Platz ist, Ihre Zustimmung zu diesem Bauplatz gegeben hat. Wir wissen den Nachteil, der Nachteil ist der, daß doch die Landeshauptstadt rund 24 km entfernt ist, es wird sich die eine oder andere Schwierigkeit ergeben mit den Lehrkräften oder sagen wir auch mit anderen Schulen. Wenn hier hingewiesen wird, nun, in Eisenstadt ist die Schule in der Landeshauptstadt, am Rande der Landeshauptstadt, ich habe sie mir selbst angeschaut. Obwohl die Schule jetzt fertig ist, geht man jetzt daran, eine Ausbildungsstätte für den Zivilschutz anzubauen, da man dort rein flächenmäßig bereits in Bedrängnis kommt. Und alle anderen Landesfeuerweherschulen stehen nirgends in Verbindung mit der Landeshauptstadt. Das Wichtigste ist, daß eben diese Voraussetzungen, die hier gefordert werden mußten, daß diese Forderungen erfüllt sind.

Ich weiß schon, es hat einmal einer zu mir gesagt, alles recht und schön, aber, wenn dort kein ÖVP-Bürgermeister wäre, wäre die Schule nicht hingekommen, Sie können mir glauben, als dieser Ort genannt wurde, wußte ich es nicht. Ich muß zugeben, daß ich über das Gebiet südlich von Graz noch zu wenig informiert bin und es zu wenig kenne, aber ich habe dann gehört, daß sich diese Gemeinde 7 zu 8 zusammensetzt, na da muß man doch sagen, sind wir Demokraten oder sind wir keine.

Der Platz war das Ausschlaggebende. Und es gibt keinen Platz, der von uns nicht untersucht wurde, ganz gleich, in welchem Gebiet er gelegen ist. (Landesrat Gruber: „Ist es kein kleines Mautern?“)

Nein, ist kein Mautern bei Gott nicht. (Abg. Dr. Heidinger: „Der Herr Kollege Aichholzer hat gesagt, er wäre so nicht dagegen!“)

Ja, schauen Sie, es waren ja zuerst Widerstände innerhalb des Feuerwehrverbandes. Man hat sich festgelegt auf Gratkorn, aber meine Damen und Herren, auf einer Fläche von 1.8 ha können Sie keine solche Schule errichten, es ist unmöglich. Es wäre ein Schildbürgerstreich gewesen und wir hätten uns in ein paar Jahren an den Kopf gegriffen, wer war denn so dumm, und sie sitzen ja mitten im Siedlungsgebiet in diesem freien Gelände drin, nicht nur das, sondern das Übungsgelände an der Mur ist ein ausgesprochenes Überschwemmungsgelände, wie wollen Sie das dort machen, mit sehr hohem Kostenaufwand, es wäre nicht das Richtige gewesen. So hat auch der Landesfeuerwehrverband am letzten Landesfeuerwehrtag mit einigen Stimmenenthaltungen, mit keiner einzigen Gegenstimme, mit großer Mehrheit den Bau dieser Schule in Lebring-St. Margarethen beschlossen. Außerdem wollen wir dort an dieser Schule einen echten Katastrophen- und Ölalarmstützpunkt errichten, Ölalarmstützpunkt schon deswegen, weil eben die neue Raffinerie von uns den Feuerschutz verlangt für diese Raffinerie und das entfernungsmäßig ohne weiters in Kauf zu nehmen ist, wenn man dort eine ausgebildete, also eine stationäre Ölalarmtruppe aus den Lehrkräften heraus jederzeit zur Verfügung hat. Auch das ist hier miteinbezogen worden, diese Überlegung.

Ich glaube, auch die Bedeckung ist gegeben. Der Aufwand ist zur Zeit von den Bauleuten mit 25 Millionen Schilling errechnet. Sie wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir von der Feuerschutzsteuer der letzten Jahre bereits selbst drei Millionen Schilling angespart haben, heuer nehmen wir wieder aus der Feuerschutzsteuer weitere zwei Millionen, zwei Millionen hat das Land aus seinen Mitteln zur Verfügung gestellt, so daß die erste Bauetappe mit sieben Millionen finanziell voll gesichert erscheinen kann. Ich möchte Ihnen wirklich meinen herzlichen Dank sagen, daß Sie, meine Damen und Herren, in diesem Hause immer wieder für die Agenden der Feuerwehren soviel Verständnis gehabt haben. Aber diese Männer geben uns doch tagtäglich durch ihren uneigennütigen Einsatz und ihre Opferbereitschaft für unsere steirische Heimat und auch die Jugend, die da mit tut in der steirischen Feuerwehrjugend, ein leuchtendes Beispiel, daß es noch immer Menschen gibt, die nicht nur an ihr eigenes Ich, sondern die vor allem an das Wir, an das Gemeinsame, an das Helfen und Geben und Opfern denken. Solange es solche Männer und Frauen gibt, braucht uns um die Zukunft und um das Schicksal unserer Heimat nicht bange zu sein. Ich glaube, daß wir gemeinsam diesen Männern unseren Dank aussprechen können.

Nun, meine Damen und Herren, ich glaube nicht, daß ich in Bezug auf die Feuerwehren noch eine Frage übersehen hätte. Darf ich mich doch einigen anderen Förderungsmaßnahmen der gewerblichen Wirtschaft, wie wir sie hier

drinnen haben in der Gruppe 7 zuwenden. Herr Aichholzer, Sie haben die neue Novelle zum Kammer-Landkreditgesetz hier angezogen und sagten, Sie finden es unverstündlich, daß die Kammer jetzt nur mehr 40 Prozent der Mittel für diese Aktion zuschießen würde. Erstens ist das keine Obergrenze, sondern eine Untergrenze. Zweitens haben Sie aus dem Berufsschulreferat gesehen . . . (Abg. Aichholzer: „Es ist keine Garantie da, Herr Landesrat!“)

Schauen Sie, das wird von der finanziellen Kraft der Kammer abhängen. Ich habe Ihnen gestern vorgetragen, daß die Kammer allein nur für die Errichtung von Internaten über 100 Millionen Schilling ausgegeben hat, ich habe Ihnen vorgetragen, daß die Kammer der gewerblichen Wirtschaft 1969 weitere 50 Millionen Schilling aufnehmen muß, um die drei weiteren Internate erstellen zu können. Und zeigen Sie mir doch eine einzige Kreditaktion, wo sich eine Kammer freiwillig binden läßt, einen Zuschuß für ihre Mitglieder zu geben. Das müssen Sie mir zeigen, dann werden wir diesen Dingen naheifern. Wir werden uns bemühen von Seiten der Kammer, daß die 40 Prozent so lange es möglich ist, die Untergrenze darstellen. (Abg. Aichholzer: „Aber das ist doch eine Verschlechterung gegenüber 1954!“)

Aber ich muß Ihnen noch etwas sagen. Sie sagen, wir haben dann vielleicht zuwenig Kredit, bei Gott nicht. Und wenn wir Gott sei Dank die Summe von 50 auf 100.000 Schilling aufstokken — das ist auch eine Minimalforderung heute, denn Sie werden ja wissen, was heute eine kleinste Werkzeugmaschine kostet, na um 50.000 Schilling kriegen Sie fast gar nichts mehr — dann werden wir natürlich mit unserem Beratungsdienst schauen, daß erst richtig investiert wird und wir können ja echt eingreifen in die Investitionen mit 100.000 Schilling. Sie können mir glauben, daß es mein Bestreben sein wird, daß die Kammer, soweit ihre finanzielle Möglichkeit gegeben ist, ihren Zuschuß leistet. Es wurde — durch einen Fehler eines Voranschlag es einmal — die Kammer summe höher angesetzt, als die Landessumme und trotzdem hat sich die Kammer schriftlich verpflichtet, ihre Schuld an den Fonds im Dezember 1968 voll abzudecken. Dazu darf ich noch sagen, daß das Fondsvermögen rund 39 Millionen Schilling ausmacht, das heißt, daß die Kammer rund 19 Millionen Schilling bereits stehen hat in dieser Fondsverwaltung, daß das Umlaufvermögen dieses Fonds zur Zeit rund 80 Millionen Schilling ausmacht und ich darf Ihnen noch was Erfreuliches sagen, daß der Ausfall bei dieser Fondsverwaltung im Jahre 1959 8.868.10 Schilling betrug, 1960 14.701 Schilling, 1961 4.202 Schilling, meine Herren, das sind 0.28 Prozent der Ausleihsumme.

Sie sehen, daß gerade diese kleinen Handwerker, Gewerbetreibenden und Händler bemüht sind, pro Groschen und Heller ihre Schuld abzudecken. Ich hoffe, daß der Steiermärkische Landtag dieser Gesetzesvorlage seine Zustimmung gibt, zum Nutzen der kleinen Wirtschaftstreibenden.

Nun, meine Damen und Herren, es wurde heute sehr viel über die wirtschaftliche Entwicklung diskutiert und ich muß zur Kenntnis nehmen, Sie wissen, die wirtschaftliche Entwicklung ist immer ein Wellental, daß das Tief grundsätzlich auf Kosten der Regierung geht, grundsätzlich. (Abg. Scheer: „Wellenberge auch!“)

Die Berge kommen von außen, die kriegen wir geschenkt. Das Riesengeschrei der letzten eineinhalb Jahre ist leider Gottes nicht in Erfüllung gegangen. Ich weiß, daß die Sozialistische Partei mit dieser Entwicklung nicht allzuviel Freude hat.

Sagte doch Kreisky, die SPÖ sei die Partei für die schlechteren Zeiten (Abg. Vinzenz Lackner: „Die bessere Partei für schlechtere Zeiten!“), und die schlechten Zeiten wollen nicht kommen, weil sie die ÖVP verhindert. Man kann die Dinge doch nicht so beleuchten, wie sie heute da und dort beleuchtet werden. Wenn der eine sich an den Stahl- und Eisenplan klammert und sagt, das sei eine Aussage, natürlich hat auch in der Wirtschaft der Mensch das Maß aller Dinge zu sein, aber das ist eben ein Gutachten. Ich habe das Gefühl gehabt, daß sich viele der Redner dieses Arbeitspapier, anders kann man es ja nicht nennen, gar nicht angesehen haben, sondern je nach der Zeitungsfrage und ihrer Berichterstattung ihren Senf dazugegeben haben. Dazu ist das Hohe Haus, glaube ich, nicht geschaffen. (Abg. Pichler: „Das ist eine Diskriminierung eines Abgeordneten!“)

Wenn Sie glauben, das sei ein beschlossener Plan, wenn es so wäre, dann hätten wir vielleicht Grund, uns echt aufzuregen. Aber es sagt doch echt aus „ein Gutachten“. Ich habe den Eisen- und Stahlplan hier liegen, Sie können ihn haben. Aber ich sagte Ihnen, das ist ein Gutachten nach dem Stand 1966 und, Herr Abg. Ileschitz, was zeigt uns dieses Arbeitspapier? Daß alle Prognosen und Gutachten in der Wirtschaft nichts anderes sind als ein Wetterbericht vom Fernsehen. Was 1966 gegolten hat, ist heute schon längst wieder über Bord zu werfen. (Abg. Scheer: „Na, na!“ — Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: „Da brauchen wir so nichts mehr zu planen!“)

Auf diese Umgruppierung kommen wir noch.

Ich glaube, Herr Abg. Scheer, Sie haben das Stahlgutachten als ganzes nicht gelesen. Denn das eine Gutachten sagt, im obersteirischen Industrieraum seien um 14.500 und das andere sagt um 12.200 zuviel Arbeitskräfte. Rufen Sie doch heute ein Arbeitsamt an in Mürzzuschlag, in Bruck, in Leoben, ob es freistehende Arbeitskräfte hat. Die bekommen ja keine. (Abg. Schön: „Weil sie abgewandert sind, Herr Landesrat!“)

Ich rede von der Obersteiermark und nicht von Weiz. Ich rede von der Elin nichts, da verstehe ich nichts davon, aber von unserem Gebiet bin ich ein bisserl gescheiter, da weiß ich Bescheid. Natürlich ist das die Grundlage zum Überdenken, daß man in diese Grundlage hineinsteigen und sehen muß, was kann man zum Nutzen dieser obersteirischen Industrie aus diesem Gutachten herausholen. (Abg. Ileschitz: „Etwas anderes habe ich gar nicht gesagt!“)

Natürlich ist das die einheitliche Grundtendenz. Wir haben einen einheitlichen Plan und da gehen die Meinungen immer wieder sehr stark auseinander, daß man glaubt, es gibt hier kein gegenseitiges Finden bei beiden Gutachten, des amerikanischen und des Leobners. Aber eine einheitliche Grundtendenz sehen Sie daraus, eine Feststellung, daß unsere obersteirische stahl- und eisenerzeugende Industrie durch ihre Vieltätigkeit, bedingt durch ihre historische Entwicklung, standortbedingt und natürlich erzeugungsmäßig, Schwächen aufweist. Hat das jemand bestritten? Aber deswegen machen wir doch nicht diese Industrie schlecht, weil wir das feststellen. Wir stehen doch zu dieser Industrie, glauben Sie mir das! Wenn der eine oder der andere sagt, das war früher anders, wenn ich das heutige Wirtschaftsprogramm der SPÖ und das Programm vor fünf Jahren anschau, muß man auch denken, das kann nicht von der gleichen Partei sein, oder ist das anders? Das ist doch ein Fortschritt, wenn der eine oder der andere besser überlegt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe Ihnen das nicht als Rückschritt angekreidet, glauben Sie mir das, meine Damen und Herren. Es freut mich, daß dort die überlegenden Kräfte schön langsam Oberwasser gewinnen.

Es stellt dieses Gutachten unter anderem fest, daß z. B. die Einmannstundenleistung je Tonne Rohstahl zu ungunsten Österreichs spricht gegenüber allen Vergleichen, und als Vergleiche sind herangezogen Holland, deutsche und amerikanische Märkte. Aber, meine Damen und Herren, wir wissen, daß die Rohstahlerzeugung auch mit der Größenordnung sich irgendwie finden muß, und, mein lieber Herr Kollege, wenn Du halt eine Stabstahlstrecke laufen hast, ist das teuerste das Gerüst der Strecke. Wenn es einmal rennt, dann kannst Du mit Gewinn arbeiten. Es ist ein Unterschied, ob ich von einem Profil 100.000 Tonnen oder nur 10.000 Tonnen herunter holen kann. (Abg. Ileschitz: „Warum aber dann diese unsachliche Kritik?“)

Wer kritisiert Sie denn? Ich nicht. Ich zähle Sie zu den Fortschrittlichen und Sie versetzen mir jetzt einen Tiefschlag. Ich habe immer geglaubt, Sie gehören zu denen, die gesehen haben, daß man die Dinge anders angreifen muß als zur Zeit Pittermanns. (2. Präsident: „Bitte, Herr Landesrat, es ist nicht Brauch, daß von der Regierungsbank so polemisiert wird gegen Landtagsabgeordnete. Bitte, mit der Rede fortzufahren.“)

Das ist das erste Mal, daß ich diese Rüge vom Präsidentenstuhl herunterbekomme. (2. Präsident: „Bitte, das soll keine Rüge sein, es ist auch zum ersten Mal, daß das ein Mitglied der Landesregierung gemacht hat.“ — Landesrat Wegart: „Das gilt dann für alle!“ — 2. Präsident: „Selbstverständlich!“ — Abg. Scheer: „Der Herr Landesrat soll reden was er will.“ — Landesrat Wegart: „Es darf nicht mit ungleichen Gewichten gemessen werden!“ — 2. Präsident: „Ich er suche freundlich, fortzufahren.“)

Nach dem Stand 1966 beträgt die Pro-Kopf-Umsatzleistung bei den österreichischen Werken

194.000 Schilling und bei deutschen Werken im Durchschnitt 343.000 Schilling. Und das ist eine Grundlage, daß man dieser Zahl nachgeht und sagt, warum kommt es zu diesem großen Unterschied. Hier haben wir einen Punkt, der uns als Steirern am meisten wehtut, das ist unser Erzberg. Wir kennen die Schwierigkeiten und wir müssen diese Schwierigkeiten lösen. Ich glaube nicht, daß wir jemals die Zustimmung geben können, den Erzberg zugunsten des ausländischen Erzes zuzusperren.

So hart es sein wird, aber, meine Damen und Herren, wir haben es auch bei der Kohle gemeinsam durchgestanden hier im steirischen Landtag. Ich glaube, dort muß die Linie liegen, und dort werden wir diese Dinge erreichen. Wir haben heute kein Kohlenproblem mehr, Herr Kollege Zagler, Gott sei Dank. Sonst würde uns ja jeder für dumm verkaufen, wenn wir vom Land Geld hergeben zur Aufschließung neuer Felder. Seien wir doch froh, daß wir diese Eigenenergieversorgung haben. Einer Ihrer Herren hat ja richtig angezogen. Vielleicht hat der 21. August dem einen oder anderen die Augen aufgemacht, daß es in der Wirtschaft ja nichts Leichteres, aber auch nichts Dümmeres gibt als Zusperrern.

Daß Fohnsdorf ein eigenes Problem ist, das wissen die Bergleute von Fohnsdorf viel besser als wir. Mir tut es sehr leid, daß ich Ihrer Einladung nicht Folge leisten konnte, aber die Fachleute sagen, eine Braunkohle aus rund 1.300 m heraufzuholen, ist schon eine Sache der Berechnung. Und trotzdem sind wir auf dem Standpunkt gestanden, wir werden nie ja sagen zum Zusperrern, wenn wir nicht die Möglichkeit haben, den Menschen dort — es geht ja nicht nur um den Bergarbeiter, dieses Gebiet dort oben ist ja eine Gemeinschaft, da stirbt doch alles mit dem Verlust dieser Arbeitsplätze. (Abg. Vinzenz Lackner: „Zehn Millionen jährlich für die Forstwirtschaft!“)

Das ist der Handwerker, der Kaufmann, all die, die durch die Lohn Gelder praktisch ihre Impulse bekommen. Ich sage, das ist eine Gemeinschaft. Man kann ja Gott sei Dank nicht mehr einfach zusperrern, weil man zur Erkenntnis gekommen ist, daß das nicht geht, einen Stand herauszureißen und darauf loswirtschaften und zu sagen, wurst, was mit den anderen geschieht. Die Wirtschaft ist eben in ihrer Vielfalt wie ein Getriebe. Das beste Getriebe können Sie auf den Schrotthaufen werfen, wenn ein Zahnrad nicht funktioniert.

Aber, meine Damen und Herren, so wie Sie in einem Getriebe Öl oder Fett brauchen, brauchen wir in der Wirtschaft das gegenseitige und gemeinsame Vertrauen zu diesen Dingen und nicht die Neidkomplexe sollen uns beherrschen, es soll in Österreich auch wieder einmal ein Anreiz sein, Gewinne zu erarbeiten und man soll deswegen nicht als „Profitgeier“ betiteln. So lange sind diese Dinge ja gar nicht her. Was kann der Staat machen, wenn Betriebe keine Gewinne haben. Wir können nur aus diesen Gewinnen, die sich niederschlagen in der Steuerleistung, heute hier einen Voranschlag beschlie-

ßen. Wenn das nicht wäre, hätten wir wahrscheinlich nicht die Möglichkeit dazu. Jeder hat sein Anrecht auf den Anteil. Aber eines, das uns vielleicht ein bisschen bremsen, ist, daß wir mehr den Leistungslohn hervorheben. Das sind steirische Probleme, Du kannst Dir die Kohle aus Oberösterreich kaufen, das ist Dein Privatvergnügen. So müssen wir diese Dinge sehen.

Ich glaube — und das muß der Grundsatz sein — daß wir das Gutachten als das ansprechen, was es ist, als ein Gutachten, daß wir uns zusammensetzen, weil hier sehr viel steirische Belange berührt werden. Es hat einer meiner hochgeschätzten Vorredner gesagt, daß man in Linz leichtsinnig einmal sagte, daß eine Sache der Bundesstraße 17 nicht im Gebiet der Linzer, sondern im Donauraum liegen kann, na, dann bekennen wir uns zu dieser Bundesstraße 17, weil die betrifft in erster Linie uns, denn der Bogen geht von Neunkirchen bis Judenburg und da liegen 90 Prozent auf steirischem Gebiet und 10 Prozent auf niederösterreichischem. Dann ist es Aufgabe dieses Hohen Hauses, sich um diese Probleme Gedanken und Sorgen zu machen und ich glaube, daß die Kohlenarbeiter uns nicht böse waren, daß man hier ihre Probleme diskutiert hat und versucht hat, bis es gelungen ist, das eine oder das andere zu lösen. Ich glaube nicht, daß der Kohlenarbeiter gesagt hat, lieber Herr Abgeordneter, Sie hätten besser über was anderes diskutiert und nicht über unsere Kohle. Das zur Antwort für Ihren Zwischenruf. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Das tun wir ja, aber Sie behaupten ja, daß das die Abgeordneten nicht wissen!“)

Sehen Sie, in dieser Hinsicht müssen wir vorgehen und da habe ich gar keine Sorge, mehr Vertrauen, mehr Gespräch untereinander, nicht gegeneinander, weil die Sünden, die wir uns an der Wirtschaft leisten, bezahlen später einmal die Kinder. Die Zeit ist schnellebiger geworden, wir werden sie in Zukunft selbst bezahlen, das wollen wir nicht, deswegen zum Nutzen unserer Wirtschaft, nehmen wir die Dinge wie sie sind in vollem Ernst unserer Verantwortung. (Beifall.)

2. Präsident Afritsch: Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7 Land- und Forstwirtschaft. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abg. Buchberger das Wort. Als nächster spricht Abg. Prenner.

Abg. Buchberger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn man die Vergangenheit und die Entwicklung unseres Landes kennt, so erfährt man, daß im wesentlichen drei Faktoren der Steiermark ein besonderes Gepräge verleihen. Und gerade die heutige Diskussion in der Gruppe 7 hat das wiederum bestätigt. Nämlich, daß für die Steiermark der Bergbau mit dem Erzberg in der Mitte einer der wichtigsten dieser drei Faktoren ist. Und als zweiter die eisenverarbeitende und eisenerzeugende Industrie mit ihrem Zentrum in der Obersteiermark mit den Hochöfen in Donawitz gelegen und als dritter gesellt sich zu diesen beiden Faktoren